

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserations-Gebühren:
Beträgt für die sechspaltige Kolonelle
zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Werklungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 18. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Diplomatische Mysterien und deutsche Prinzenbriefe.

Die deutsche auswärtige Politik wird immer unheimlicher. Der
Zickzackkurs herrscht nicht nur in der „Heimatspolitik“ sondern fast
noch bedrückender in der „Weltpolitik“.

Die Wahrheit ist, daß unsere deutsche Staatsmannschaft Deutsch-
land in völlige Isolation gebracht und für lange Zeit hinaus aus
den geschichtlichen Auf einer an Unzurechnungsfähigkeit grenzenden Un-
zuverlässigkeit erworben hat.

So haben wir es mit der Zeit mit allen verdorben: Man
erinnere sich der Geschichte unserer Beziehungen zu Rußland, Frank-
reich (man denke an die Nichtbescheidung der Revolutions-Welt-
ausstellung), Japan, Transvaal, China, Oesterreich, Italien, England.

Die Amerikaner haben die Prinzen Heinrich muß in ihren Begleit-
erfahren, die allerdings in Deutschland nach Möglichkeit tot-
geschwiegen werden, ernstliche Bedenken erregen. Wenn wir auch
annehmen wollen, daß diese Friedensfahrt nicht ähnliche Wirkungen
haben wird, wie jene Reise desselben Prinzen nach Ostasien, dem
er das Evangelium der gepanzerten Faust kündete, so beginnt doch
auch die amerikanische Aktion unter Zeichen, die einen raschen und
jähren Umschwung der allzu übertrieben aufgetragenen Zärtlichkeit
ahnen lassen.

Es klingt kaum glaublich, aber man muß süßlich — da die
Echtheit des in der amerikanischen Presse veröffentlichten Prinzen-
briefes bisher nicht amtlich bestritten worden ist — die ernstliche
Frage stellen: hat die Tauffahrt nach den Vereinigten Staaten
von der deutschen Seite wirklich mit einer Bitte um Ent-
schuldigung begonnen, die noch dazu — wie amerikanische Blätter
triumphierend mitteilen können — hochmütig zurückgewiesen
worden ist?

Wir erhalten von unserem Londoner Mitarbeiter über diese
seltsame Angelegenheit die folgende bemerkenswerte Darstellung:

London, 15. Februar.

Als wir vor zwei Wochen auf die diplomatische Bedeutung der
kaiserlichen Einladung an Wih Roosevelt und des Frage- und
Antwortspiels zwischen Norman und Cranborne aufmerksam machten,
hatten wir keine Ahnung, daß sich die Episode zu einem inter-
nationalen Ereignis auswachsen werde. Unsere einzige Absicht war,
die diplomatischen Handgriffe etwas näher zu beleuchten. Geschehen
hat es indes nicht. Wenn zwei sich zanken, erfährt der Dritte die
Wahrheit. Und die Wahrheit ist, daß das Volk jetzt vor zwei sich
absolut widersprechenden Nachrichten über die Kollektionsnote steht.
Aber auch wenn man deutscher oder englischer Patriot genug ist, der
einen oder der anderen Nachricht Glauben zu schenken, so ist damit
die Sache noch lange nicht „gründlich“ erledigt.

Die internationale Diskussion über die Kollektionsnote gestattet es,
das diplomatische Rätselwerk ein wenig zu lösen — zu Ruh und
Frieden des Volkes. Wie die „Times“ jetzt erzählt, hat Mac Kinley
am Vorabend der Kriegserklärung eine Note von Spanien erhalten, in
der es sich verpflichtete, allen wichtigen Forderungen der Vereinigten
Staaten in Bezug auf Cuba nachzukommen.

Spanien, des Amerikakrieges müde, wollte sich gerne aus Cuba
zurückziehen, die amerikanische Intervention war ihm willkommen,
um wiederum in Frieden leben zu können. Präsident Mac Kinley,
der mit dem rührenden Methodistenliede „Nimmer näher zu Dir,
Gott“ seine Seele ausschüttete, teilte indes die spanische Note dem
Kongresse nicht mit. Dem kommen Präsidenten war der Krieg
willkommen. Es war sein Ehrgeiz, sein Land zur Weltmacht zu
erheben. Er wollte die Philippinen und mit ihnen den Zugang zu

China. Die Veröffentlichung der spanischen Note hätte ohne Zweifel
auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten be-
ruhigend gewirkt und die Großmachtspläne durchkreuzt. Die
Philippinen standen bereits — durch die Unterhandlungen
Aguinaldos mit dem amerikanischen Konsul Widman —
den Plänen der Washingtoner Regierung zur Verfügung. Und
mit ihrer Hilfe gelang es dem damals ganz unbekanntem Commodore
George Dewey, die verfaulenden Holzlasten Spaniens bei Cavite in
Stücke zu schlagen.

Das Blut, das im spanisch-amerikanischen Kriege floß, fällt also
auf das Haupt des Opfers von Golgotha.
Die America den armen Philippinen ihre Hilfeleistung und ihre
Waffenbrüderschaft vergalt, ist nur zu gut bekannt. Diejenigen, die
gegenwärtig um die Gunst der Panthees sich so heiß bemühen, mögen
sich diese Lektion an die Philippinen zu Herzen nehmen.

Aber das dicke Ende kommt nach. Und dieses gilt Deutsch-
land. Man muß die Geschichte der letzten zwei Jahre genau ver-
folgt haben, um nachstehende Thatsachen würdigen zu können.
Während der Blockade der Manilabucht durch die Amerikaner kam es
zu Unstimmigkeiten zwischen Dewey und dem dort stationierten deutschen
Admiral Diederich. Die deutsche Presse hat wie gewöhnlich, diese
Nachrichten dementiert. Sie waren aber nichtdeftoweniger
wahr. Wie wir sehen werden, giebt dies jetzt die deutsche Regierung
offen zu.

Dewey beklagte sich in Washington über die feindselige Haltung
des deutschen Admirals Diederich. Als Nachklang dieser Unstimmig-
keiten war das Spottgedicht „Mo and God“ zu betrachten, das
Kapitän Coghlan, einer von Deweys Helden, auf den deutschen
Kaiser bei einem Banquet in New York (1899) vortrug. Der deutsche
Gesandte beschwerte sich darüber bei Mac Kinley, und der Deklamator
des „Mo and God“ wurde bestraft.

Am bringt der New Yorker „Herald“ von gestern (14. Febr. 1902)
folgende Depesche aus Washington:

„Wie wir hören, hat Admiral Dewey, der sich gegenwärtig
in Florida befindet, einen Brief vom Prinzen Heinrich erhalten,
der ihm die besten Grüße ausdrückt. Er (Prinz Heinrich) sagt
weiter, die Deutschen haben während der Blockade Manilas
einen Fehler begangen und Deweys Handlungsweise sei richtig
und zum Besten aller gewesen.“

Admiral Dewey glaubt, der
Brief sei sowohl für das amerikanische Volk wie für ihn persönlich
bestimmt. Der Admiral wird einige Vertreter zum Empfang des
Prinzen nach New York schicken, da der Gesundheitszustand von
Krs. Dewey es ihm nicht gestattet, nach New York zu fahren.“

Dewey, der wegen seines Verhaltens seiner früheren Braut
gegenüber vom amerikanischen Volke jetzt ganz vergessen ist, läßt sich
also nicht erweichen. Der prinzipielle Brief hat offenbar auf ihn
keinen Eindruck gemacht.

Und wie war die Handlungsweise Deweys, die der Prinz als
höchst vernünftig anerkennt?

Dewey hat Deutschland aufs blutigste beleidigt. Er hat auf
die unter Kommando Diederichs stehende „Trene“ feuern
lassen!

Uebrigens wirft diese Erinnerung ein gewisses Licht auf die
Kontraverse über die Kollektionsnote. Die Haltung Diederichs in der
Manilabucht läßt keineswegs darauf schließen, daß Deutschland
beim Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges den
Amerikanern so wohlaffektioniert war, wie das jetzt Cranborne
gegenüber behauptet wird. Ein deutscher Admiral handelt nicht
auf eigene Faust.

Der „Vorwärts“ hatte wohl recht, als er am 18. Februar der
Erklärung des „Reichs-Anzeigers“ gegenüber bemerkte: „Es ist leicht
vorauszuweisen, daß der „endgültigen“ Erklärung noch „endgültigere“
folgen werden.“

So weit unser Korrespondent. Inzwischen beschäftigen sich einige
deutsche Blätter in recht unklarer und unzulänglicher Weise mit der
Affaire. Es genügt nicht, wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“
gänzlich unerbittlich verfahren: „Es ist bekannt, daß Prinz
Heinrich während seines Aufenthalts in Ostasien mit dem
Admiral Dewey freundschaftliche Beziehungen angeknüpft hat,
die ohne Unterbrechung fortbestehen. Ein Brief-
wechsel zwischen dem Prinzen und dem amerikanischen Admiral hat
jedoch seit längerer Zeit nicht stattgefunden.“ Das klingt so
unsicher, daß man aus diesem Schein-Dementi eine Befestigung
herauslesen möchte.

Es genügt auch nicht, wenn die „Rhein-Westf. Zig.“ in diesen
Ausstreunungen eine Fortsetzung der englischen Intriguen wittert.
Rein, der „Reichs-Anzeiger“ wird wieder bemäht werden
müssen, er wird amtlich zu erklären haben, daß der Brief — den
der Prinz sicher nicht auf eigene Verantwortung, sondern im Ein-
verständnis mit dem Reichskanzler geschrieben haben würde —
nicht existiert.

Wir haben in den letzten Jahren zu viel Unglaublichkeiten erlebt,
als daß man nicht schließlich gerade das Unwahrscheinlichste für das
Allerglaublichste zu halten geneigt wäre.

Uebrigens protestieren amerikanische Demokraten gegen die
Fragen-Huldigungen, mit denen die Sippe der Milliardäre den
Hohenzollern empfängt. Das „Berl. Tageblatt“ meldet mit echt
freisinniger Entrüstung, daß Wheeler-Kentuch gegen einen
offiziellen Empfang des Prinzen Heinrich
protestierte. Eine große Republik, so erklärte er, solle nicht den
Salainen zu Füßen dieses Prinzen abgeben. Die meisten Partei-
genossen applaudierten dem Redner. Das Blatt spricht zorn-
wütig — mit einem Ausdruck — von Gleichheitsregeln und stellt
fest, daß man es den Republikanern überlassen hätte, die „Ehre der
Nation“ zu retten.

Das Blutbad von Triest.

st. Wien, 16. Februar.

In den Fabriken der österreichischen Hafenstadt ruht die Arbeit.
Die Thore der Betriebe werden nicht geöffnet, die Läden der Geschäfte
sind gesperrt, der Tramwayverkehr ist eingestellt, in den Theatern
wird nicht gespielt, die Zeitungen erscheinen nicht: die gesamte
Arbeiterchaft der so thätigen Stadt steht im Streik. Die Straßen
und Plätze zeigen ein unheimliches Leben, in dem zur unentwirrbaren
Menge angesammelten Arbeitern glüht leidenschaftlicher Zorn. Auf
ihrem Zuge stoßen sie auf Militär, das sie zurückdrängt und das
Bajonett gegen sie zückt. Ein Stein fällt und trifft den
kommandierenden Offizier am Kopfe. Das Kommando erwidert:
Feuer! — und die Soldaten schießen. Und die Mannlicher-
Gewehre bewahren sich: fünf tote und zahlreiche Ver-
wundete bedecken das Schlachtfeld. Das gleiche gräßliche
Schauspiel wiederholt sich an einer andren Stelle: dort
löten die Flinten der entseelten Soldateska zwei Menschen.
Von den Verwundeten sterben in der Nacht vier: elf tote sind die
schaurige Ernte des einen Tages. Am nächsten Tage geht das
Norden weiter. Die Bürger der Stadt hüßen zum Zeichen ihres
Schmerzes schwarze Fahnen. Die hohe Behörde findet, daß solches
eine unzulässige Demonstration sei und läßt die Fahnen mit Gewalt
berunterreißen. Die gereizte Menge greift das Militär an, die
Soldaten schießen und vier Menschenleben sind vernichtet. In
einer Seitengasse wird ein Bachmann ermordet, der Attentäter
entkommt. Die Regierung erläßt die Rundmachung, daß sie über die
Stadt den Ausnahmezustand verhängt und droht mit Verhängung des
Standrechtes, das nur eine Strafe kennt: den Galgen! Das sind die
fürchterlichen Dinge, die Freitag und Sonnabend in Triest geschehen sind,
und die nun wie ein lähmender Schreden die ganze Oeffentlichkeit er-
greifen. Fünfzehn Menschen sind getödet worden —
seit den Tagen der Revolution das fürchterlichste Blutbad, das die
Flinten der Soldaten unter den Söhnen des Volkes angerichtet
haben.

Aus einem kleinen Streik ist es in Triest zu so blutigen Er-
eignissen gekommen. Am 3. Februar stellten zweihundert Heizer
des österreichischen Lloyd die Arbeit ein. Die Ausbeter-
gesellschaft hatte eine Verordnung erlassen, wodurch die so schwere
und schlechtbezahlte Arbeit der Heizer der Lloyd-Dampfer durch Heber-
arbeit in den Ruhepausen ganz unentwählich gemacht worden wäre.
Die Heizer weigerten die Abfahrt und die Gesellschaft ließ einen
Dampfer mit tüchtigen Heizern abfahren, obwohl das Geleze strenge
bestimmt, daß nur geprüfte Heizer eingesetzt werden dürfen. Die Witte,
zur alten Ordnung zurückzukehren, wurde von der prärogativen Direktion
schroff zurückgewiesen und so traten die im Hafen anwesenden Heizer
in Streik. Ihre Forderungen waren die denkbar beschiedenen: die
Abfassung des zweifelhafigen Dienstes an Bord in See nach der
Wache, Reducierung der Arbeitszeit im Hafen auf acht Stunden und
Aufhebung der Bestimmung, daß an Bord der im Hafen liegenden
Schiffe die Hälfte der Mannschaft zu verbleiben hat. Die Gesell-
schaft verblieb bei ihrer Weigerung und die Arbeiter beharrten im
Streik. Nun mißte sich die Regierung ein. Aber nicht etwa, um
auf die vom Staate subventionierte Gesellschaft zu Gunsten der Arbeiter
einen Druck auszuüben, sondern um ihr, gegenüber den Arbeitern,
Streikbrecher beizustellen. Streikbrecher von Amtswegen: zum
Dienst für den Lloyd wurden Heizer der Kriegsmarine
kommandiert. Das ging so ein paar Tage, die Vernehmungen der
socialdemokratischen Presse, die Beschwerden der socialdemokrati-
schen Abgeordneten blieben unbeachtet. Mit durchsichtigem Hohn ließ
die Gesellschaft mitteilen, daß sie bald Türlen, bald Kraber, bald
Griechen als Heizer gewonnen habe, und gegen die gefeßliche Vor-
schrift wurde ihr die Verwendung ungeprüfter Heizer gestattet.

Nun entschlossen sich die Triester Arbeiter zu einem energischen
Schritt. Die Triester Arbeiterchaft besitzt eine sehr gute gewerkschaftliche
Organisation, denn nur aus ihrer Stärke ist der Entschluß
zu erklären, zur Durchsetzung der Forderung der streikenden Heizer
einen Generalstreik der gesamten Triester Arbeiter-
chaft ins Werk zu setzen. Der Beschluß wurde Donnerstagabend
gefaßt und Freitag, nachdem die Lloyd-Gesellschaft die Er-
füllung der Forderungen der streikenden Heizer endgültig ab-
gelehnt hatte, mit großer Energie durchgeführt. Am Abend
standen bereits 10000 Arbeiter im Streik und Sonnabend war die
Arbeitsruhe allgemein. Jetzt endlich bequeme sich die übermüthige
Gesellschaft, deren Hartnäckigkeit von den staatlichen Behörden freilich
noch angefeuert worden war, zu Verhandlungen, sie einigte sich mit
den Vertrauensmännern der Arbeiter auf ein Schiedsgericht, dessen
Spruch den Streik der Heizer beilegen sollte. Allerdings war die
Erregung seither sehr gestiegen und aus den streikenden Arbeitern,
denen der Ausstand ein nichternes Rechenegempel ist, waren er-
bitterte, von Leidenschaft erfüllte Menschen geworden. Umfomehr
hatte das Besonnenheit und Vernunft not. Aber daran hat
es in Triest vollständig gemangelt. Der Statthalter, eine
geäßliche Puppe, gerade gut, um bei Festlichkeiten zu repräsentieren,
verliert den Kopf und ansatt von der die Straßen füllenden Menge
jede Provokation ängstlich fernzubalten, schickt er ihr Militär ent-
gegen. Und so geschah, was eine traurige Erfahrung so oft erwiesen
hat: das Militär schießt, weil das Militär da ist, die Gewehre gegen
los, weil sie geladen sind! Wir wollen nicht bestreiten, daß wenn
das Militär in den Kasernen geblieben wäre, vielleicht auf den
Gassen geschrien und gesungen wäre, ja daß am Ende auch ein
paar Fenstersteine eingeschlagen hätten werden können. Aber ist,
um solches Unheil zu verhüten, die Ermordung von 14 Menschen
das richtige Mittel? Die vollständige Unfähigkeit der
staatlichen Beamten in Triest ist die einzige Ur-
sache der grauenhaften Ereignisse. Wäre Graf Goss nicht
mit den mächtigen Direktoren des Lloyd so unansäniglich verknüpft, so
hätte er nicht die Schwamlofigkeit begehben können, ihnen gegen die
streikenden Arbeiter Streikbrecher von Amts wegen zu liefern.

Ganz unzweifelhaft waltet aber diese Absicht bei der Wiener
Regierung. Die gestern nachmittag den Beschluß gefaßt hat, über
Triest den Ausnahmezustand zu verhängen. Mit dieser Maßregel hat sich der schonrednerische, modernes Empfinden
vollere Herr v. Koerber als das entschließt, was er trotz aller
schönklingenden Redenarten im Wesen ist: als eine niedrige
Bureaunkatzenseele, in deren dumpfen Gehirn nichts Platz hat als der
Appell an die Gewalt, der der erste und letzte Einfall die Wieder-
errettung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten ist. Die Ver-

Hängung des Ausnahmezustandes ist nämlich in diesem Fall eine so absolut sinnlose Maßregel, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß ihre Verhängung nicht den Zweck hat, die Unruhen zu beschwichtigen — tatsächlich hat das Bekanntwerden des Spruches des Schiedsgerichts, der ein voller Erfolg für die Arbeiter ist, die Gemüter vollständig beschwichtigt — sondern den, das vergossene Blut zu rechtfertigen. Zudem die Regierung die Gewalt der von einem ratlosen Beamten gemessenen Soldateska um ihre eigene Schändlichkeit verneht, hofft sie den Eindruck zu erzeugen, es sei nicht der Ausbruch plötzlicher Leidenschaft gewesen, der in Triest zu Exzessen geführt hat, sondern irgend ein vorbereiteter Putsch, ein anarchofideles, wie der Triester Polizeipräsident faselt, oder ein irredentistischer, wie Herr v. Koerber zu glauben vorgibt, kurz, es sei in Triest nicht eine von den Behörden verschuldete Explosion der Leidenschaft am Werke gewesen, sondern eine verzweigte, bewußt genährte Bewegung antisozialistischer Art sei zum bewußten Ausbruch geführt worden. Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist keine Verhängung, sondern eine Verlegenheitsmaßregel; Herr v. Koerber hofft die Vorwürfe ob des Mordens in den Straßen von Triest damit zu betäuben, indem er zu schlimmem Unheil neues Unrecht fügt, die Schwere der Vorkehrung als Beweis führt, wie tief und groß der Ansturm gegen die staatliche Ordnung gewesen war!

Wie sinnlos die Maßregel ist, ermahnt man am besten, wenn man den Inhalt der Ausnahmeverfassung mit den Vorgängen in Triest vergleicht. Durch den Ausnahmezustand — zu dessen Verhängung, eiläufig bemerkt, die Regierungsgewalt durch ein aus der Heroenzeit des österreichischen Liberalismus stammendes Staats-Grundgesetz ermächtigt ist — werden in Triest die staatsbürgerlichen verbrieften Rechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Pressefreiheit und der Freizügigkeit aufgehoben. Da nun die Staatsgewalt schon in Friedenszeiten eine so kolossale Macht innehat, da sie die Abhaltung von Versammlungen, die Bildung von Vereinen verbietet, Versammlungen und Vereine beaufsichtigt und sie beeinflussen kann, da jedes Zeitungsblatt konfisziert werden darf: was vermöchte da noch die Suspension der ohnedies so largen staatsbürgerlichen Rechte zu begründen, rechtfertigen, erklären? Und wie und wo haben die Triester Ereignisse auch nur einen Zusammenhang mit den staatsbürgerlichen Rechten, daß die Regierung meinen könnte, dem Aufruhr, wie sie sagt, mit deren Suspension beizukommen? Im Abgeordnetenhaus hat gestern Herr v. Koerber noch erklärt, daß eine den ersten Schüssen vorangegangene Volksversammlung, die von etwa 80 000 Menschen besucht wurde, „ohne jeden Anstand verlaufen war“: wodurch hat sich also das Versammlungsrecht an den Unruhen mitwirkend erwiesen? Und die arme Pressefreiheit? Seit dem Donnerstag erscheinen in Triest überhaupt keine Zeitungen — weil sich die Schriftsetzer dem Generalstreik angeschlossen hatten —; welche Tollheit ist es also, für die Empörung der Menge die Pressefreiheit verantwortlich zu machen? Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist nur durch das schlechte Gewissen der Regierung zu erklären und durch den Mangel an Respekt vor den staatsbürgerlichen Rechten, mit dem die erleuchtete Beamtenregierung nicht minder behaftet ist wie alle die Polizeimeister, die vorher das Staatsruder geführt haben!

Die Verhängung muß dem Reichstage sofort vorgelegt werden und so wird Dienstag, dem nächsten Sitzungstage des Abgeordnetenhauses, Herr v. Koerber Rechenschaft geben müssen. Ohne Mitwirkung auf die politische Situation werden die traurigen Dinge nicht bleiben; gar so rasch, wie er sich eingebildet hat, wird Herr v. Koerber sein Budget nicht mehr erlangen. Die traurigste Mitwirkung wird freilich der Staat Desiderat verfahren: er hat Triest, seine einzige Hafenstadt, in der er schon längst ein Fremdling gewesen ist, nun endgültig verloren. Plutonschiffe sind kein Mittel, womit man in unsren Tagen den Patriotismus weckt und stärkt.

Die Freivolllät des Massakres

am Freitag erscheint noch in einem viel schlimmeren Lichte durch folgendes Privattelegramm eines bürgerlichen Blattes, der Wiener Neuen Freien Presse:

Triest, 15. Februar. Der gestrige blutige Konflikt war ein höchst beklagenswertes Verhängnis. Es ist Tatsache, daß bei der ersten Salve der Befehl zum Schießen von einem Offizier nicht gegeben wurde, und daß das zweite Feuer nach anderer Richtung nur erfolgte, weil der dort kommandierende Offizier, als die erste Salve rückwärts erfolgte, eine größere Gefahr für die Truppe annahm, als tatsächlich bestand.

Von Montag liegen noch folgende Meldungen vor: Triest, 17. Februar. Der Streit ist beendet; noch heute wird die Arbeit von allen Arbeitern wieder aufgenommen werden. Das Zeichenbegangnis der Erschossenen hat gestern unter massenhafter Beteiligung des Publikums stattgefunden. Es kommen keinerlei Unruhenfälle vor, so daß das den Friedhof besetzt haltende Militär diesen verlassen konnte, ohne einzugreifen. Der ganze Tag verlief vollkommen ruhig.

Wien, 17. Februar. (Bureau Laffan.) Die Unruhen in Triest sind nach Ansicht der dortigen Polizei von Anarchisten hervorgerufen worden, denn tatsächlich waren die Arbeiter schon vorgeführt zur Annahme eines Schiedsgerichts bereit. Während sich nun das Schiedsgericht gestern nachmittags zu ihren Gunsten entschied, erneuerten sich die Ausschreitungen. Das Bekanntwerden des Schiedsspruchs und der Ausmarsch einer großen Schar Arbeiter mit weißer Fahne wirkte jedoch beruhigend. Inzwischen wurde noch abends ein Sicherheitswachinspektor von unbekannter Hand erschossen. Gestern und vorgestern sind 15 Zivilpersonen, darunter ein Anabe und ein Mädchen, sowie mehrere Frauen getötet worden. Viele Soldaten und Wachleute wurden verwundet, eine Anzahl von ihnen schwer, ein Soldat tödlich. Zwei ins Meer geworfene Wachleute konnten gerettet werden.

Wien, 17. Februar. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Triest gemeldet: Die Polizei verhaftete in einem Restaurant 9 Sozialistenführer. Ein Kaffeehaus wurde von Polizei und Militär umzingelt; alle Anwesenden wurden einer Leibesvisitation unterworfen und diejenigen, die Waffen bei sich führten, verhaftet.

Das polizeiliche Gefasel von einer Aufhebung durch Anarchisten und die Verhaftung von angeblichen oder willkürlichen Sozialistenführern beweist nichts, als den lächerlichen Versuch, für die eigene Schuld einen Sündenbock aufzutreiben. Die Schuld an dem Blutbad trifft aber einzig und allein, das beweist nicht nur der Bericht unsres Wiener Mitarbeiters, sondern auch die ganze telegraphische Berichterstattung, die Behörden, die erst eine zwar mit allem Grund aufgeregte, aber an Exzesse nicht im entferntesten denkende Menge mit dem Bajonett attackieren und mehrere Personen, darunter auch eine Frau, niederstechen ließen, um dann die empörte, Widerstand leistende Bevölkerung vermittelst des Klein-kalibrigen niederzulegen zu lassen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Februar.

Militär-Ges.

Der Reichstag nahm am Montag den Militäretat in Angriff. Wieder lag die Resolution Lenzmann vor, die das Duell-untersuchen in der Armee mit allen gesetzlichen und disciplinarischen Mitteln bekämpft haben will. Herr Lenzmann gab seiner Resolution eine weitläufige Begründung mit auf den Weg, thät ihr aber selber dadurch Abbruch, daß er den Anhängern des Duells die Vernichtung des Segners für geboten zu halten. Man ist eben nicht umsonst Auditor gewesen und Schwiegervater zweier Offiziere. Er mußte sich dafür von dem Centrum Abgeordneten Dr. Bachem mit Recht eine gewisse Halbheit davorwerfen lassen. Herr Bachem

forderte im übrigen mehr Rücksicht auf die Bauern bei der Schaffung großer Exercierplätze und gleichmäßigere Verteilung der Manöverlasten.

Hatte Herr Bachem von einem Hauptmann zu erzählen gewußt, der in einer Ansprache an die Rekruten die Jesuiten vernichtet hatte, so konnte Bebel ihn damit trösten, daß die Socialdemokratie noch schlechter behandelt würde als die Jesuiten. Unsinntige Pamphlete über sie werden in der Armee verbreitet, und es ist wirklich ein Wunder, daß die Socialdemokraten überhaupt in das Heer eingestellt werden. Unser Genosse trat dafür ein, daß große Truppenübungsplätze auf Ländereien, die dem Staate gehören, eingerichtet oder durch Ausrodung von Staatswäldungen hergestellt würden. Nachdem er dann eingehend den Fall des Hauptmanns Luthmer dargestellt hatte, wandte er sich der Duellfrage zu. Im Zusammenhang damit wies er auf die unheilvolle Rolle hin, die der Alkohol bei Offiziersexzessen spielt. Das führt ihn wieder auf das alte und doch so neue und wichtige Thema der Militär-mißhandlungen. Jahr um Jahr führt Bebel den Kampf gegen diese Barbarei. Leider sieht es so aus, als hätte die Zahl der Mißhandlungen sich nicht vermindert, sondern vermehrt. Unser Genosse konnte eine ganze Reihe von gerabzu ungläublich rohen und barbarischen Mißhandlungen berichten. Die Strafen, die die Uebelthäter treffen, sind im allgemeinen sehr milde bemessen. Kein gutes Zeichen für die Armee ist es auch, daß die Zahl der Deserteure sich erhöht. Unser Redner schloß aus diesen Thatfachen, daß das System der Soldatenerziehung falsch ist und daß besonders die kolossale Steigerung der Anforderungen an die Vorgesetzten die Zahl der Mißhandlungen vermehrt. Das führte ihn zu organisatorischen Vorschlägen für die Umgestaltung der Ausbildung der Soldaten. Bebel bekämpfte an der Hand militärischer Zeugnisse den Samajendienst, den Siechschritt und den Parademarsch und forderte, daß die Ausbildung des Soldaten ausschließlich auf den Kriegssall zugeschnitten würde. Er erinnerte an die großen Fortschritte, die die französische Heeresorganisation in den letzten Jahren gemacht hat und wies dann nach, wie der Gedanke der Wiltz sich in allen militärischen Ländern ausbreitet. Die Finanznot drängt die Staaten unweigerlich zu Reformen auf diesem Gebiet. Mit dem Appell an das Centrum, im Hinblick auf die schlechte Finanzlage den Militarismus zur Sparsamkeit zu nötigen, schloß unser Redner seine wirkungsvollen Darlegungen.

Herr v. Gohler schien es zunächst nicht für erforderlich zu halten, unsrem Redner zu antworten. Er ließ zwei Sprechern der rechten Seite den Vortritt. Herr v. Thiedemann verteidigte das Duell verächtlich als unzertrennlich mit dem germanischen Ehrbegriff verbunden, während der fromme Graf v. Noon sich in ganz ähnlichen Gedankenengängen bewegte, nur daß er statt vom germanischen Ehrbegriff von der Sünde sprach. Nebenbei forderte dieser konservative Redner wiederum härtere Beleidigungsstrafen. Er versuchte sich dann in einer Polemik gegen die Bebel'schen Ausführungen. Durch diese Konkurrenz vermutlich veranlaßt, rang sich auch Herr v. Gohler eine Erwiderung ab, die im Tone übrigens durchaus ruhig war. Er suchte einige Fälle, die Bebel erwähnt hatte, anders darzustellen und behauptete, daß die Militär-mißhandlungen nicht zugenommen hätten. Wenn die Statistik ein andres Bild gewähre, liege daran, daß jetzt jeder Schlag und Stoß der früher disciplinarisch geahndet worden sei, vor das Militärgericht komme. Er behauptete weiter, daß die Zahl der Deserteure nicht gestiegen und daß die Ausbildung der Truppen vereinfacht sei. Hierbei konstatirte er einen merkwürdigen Zusammenhang zwischen schlechtem Parademarsch und schlechten Schießergebnissen bei den Truppen. Er rühmte das System der körperlichen Erziehung in der Armee und lehnte weitere Reformen ab, obwohl er sich nicht verhehlte, daß der nächste Krieg Deutschland in schwere Verhältnisse bringen kann. Von der Resolution Lenzmann wollte er nichts wissen, weil er eine besondere Bestrafung der Offiziere auf disciplinarischem Wege wegen des Duells als Rechtsungleichheit empfinde.

Nachdem der Pole v. Ehrzanoski sich über die ungerechte Behandlung polnischer Beamten beschwert und dabei einen Ordnungsruf davongetragen hatte und Herr Eichhoff nochmals auf den Fall des Barmer Bankdirektors eingegangen war, mit dem die Reserve-Offiziere nicht weiter verkehren dürfen, weil er ein Duell abgelehnt hat, ging Genosse Kunert ausführlich auf das Thema der Soldaten-mißhandlungen ein. Er führte eine große Zahl von Fällen an und stellte die milde Bestrafung der Chargierten der harten Bestrafung der gemeinen Soldaten gegenüber. Als er dann weiter ein Telegramm des Kaisers, das in die Kriegsmahregeln auf dem chinesischen Kriegsschauplatz eingriff, scharf kritisierte, erhielt er einen Ordnungsruf.

Die Debatte schloß mit einer humorvollen Rede des bairischen Militärbevollmächtigten, General v. Endres, der die übermühtigen Streiche junger Kavallerie-Offiziere in Bamberg als harmlose jugendliche Ausschreitungen zu verteidigen versuchte.

Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Der Minister des zweierlei Rechts.

Im Abgeordnetenhaus hat am Montag bei der Fortsetzung der Generaldebatte zum Etat der Justizverwaltung der Minister Schönsiedt von neuem bewiesen, daß er den Grundsatz des zweierlei Rechts von Herzen gern in die Strafrechtspflege eingefügt wissen will. Gegen Arbeiter, die von einem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch machen, sollen die Staatsanwälte angewiesen werden, wie gegen gemeine Verbrecher vorzugehen; dagegen sollen Staatsanwälte, die öffentlich zur Verletzung bestehender Gesetze auffordern, höchstens, um der Form zu genügen, eine möglichst milde Strafe erleiden.

Am Montag, in diesem Sinne die Klassenjustiz zu vertreten, gaben dem Minister zwei von den Abgg. Träger (fr. Sp.) und Dr. Barth (fr. Vg.) zur Sprache gebrachte Fälle. In dem ersten von uns wiederholt und auch im Reichstag erörterten Falle handelt es sich um den Zimmerer, in das Landgericht I Berlin wegen Erpressung verurteilt, weil er einen Arbeitskollegen zum Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation gezwungen haben soll. Der zweite Fall betrifft Herrn Cury, den Staatsanwalt, der auf einem Kommerz der Burghausener das Duell verhehlicht hat und hierfür strafversetzt wurde. Die Gegenüberstellung beider Fälle zeigte, wie sehr in Preußen mit doppeltem Maß gemessen wird.

Bekanntlich ist vor kurzem durch die gesamte Presse unversprochen die Behauptung gegangen, der Justizminister habe in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern die Staatsanwälte angewiesen, gegen organisierte Arbeiter wegen Erpressung einzuschreiten, falls sie auf nicht

organisierte Arbeiter einen Druck zum Beitritt zur Organisation dadurch ausüben, daß sie die Niederlegung der Arbeit in Aussicht stellen. Die Staatsanwälte sollen ausdrücklich angewiesen sein, nur gegen Arbeiter, nicht aber auch gegen Arbeitgeber einzuschreiten. Daß in diesem Falle ein derartiger Erlaß ergangen sei, bestritt der Minister; seine gebundene, unklare Rede ließ aber gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß ihm alles daran liegt, den „Terrorismus“ der Arbeiter einzuschränken und daß er gelegentlich eines andern Falles zur Erreichung dieses Zweckes in der That einen Druck auf die Staatsanwälte ausgeübt hat. Arbeiter, die einen organisierten Kollegen, der aus der Organisation austreten wollte, daran zu verhindern suchten durch die Drohung, sie würden dann dafür sorgen, daß er seine Arbeit verliert, wurden wegen Erpressung angeklagt, aber freigesprochen. Herr Schönsiedt hat das Urteil nachgeprüft und ist zu der Ansicht gelangt, daß dies Urteil der Entziehung, der Absicht und dem Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht entspricht. Er hat insolge dessen in einem Erlaß an die Staatsanwälte den Wunsch ausgesprochen, sie mögen hierüber eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeiführen, und hierzu werde sich Gelegenheit bieten in all den Fällen, wo der Thatbestand der versuchten oder vollendeten Erpressung in Frage kommt. Diesen Wink werden die Staatsanwälte verstehen, sie werden auch ohne Justizhaus-Vorlage, dem Wunsche ihres Gebietes entsprechend, in Zukunft nicht mehr auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung gegen Arbeiter einschreiten, sondern stets den Begriff der Erpressung zu statuieren suchen, wie es der Berliner Staatsanwalt in dem erwähnten Falle bereits gethan hat.

Die Aeußerungen des Ministers sind, wie Abgeordneter Dr. Crüger (fr. Sp.) mit Recht betonte, viel bedenkllicher als ein ganz bestimmter Erlaß in der Richtung, daß die Staatsanwälte stets wegen Erpressung einschreiten sollen.

Natürlich fand der Minister mit seiner Scharfmacherpolitik bei den Reaktionen aller Schattierungen, allen voran den Abgg. v. Löbell (l.) und Dr. Friedberg (natl.), ebenso lebhaften Zustimmung, wie mit seiner Entschuldigungsrede für den die Befehle verachtenden Staatsanwalt Cury, dessen Treiben insbesondere Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) einer scharfen, aber treffenden Kritik unterzog.

Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Der Zollstreit. Das Kompromiß der Wucherparteien wird in den Blättern eifrig erörtert. Die Beurteilung, die ihm widerfährt, ist selbst in der Presse der Ueberschläger überaus mannigfaltig. Die „Köln. Ztg.“ sieht im Kompromiß „die Vorgehensweise, die einen Sonnenaufgang ankündigt, der erwärmend, anregend und belebend auf das deutsche Wirtschaftsgetriebe wirkt“. Die „Deutsche Tageszeitung“ dagegen betont die außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Tarif noch überwinden müsse; sie sieht ihre Betrachungen in den Forderungen zusammen: Vertagung des Reichstages im Herbst, Fortdauer der Kommissionsitzungen mit Gewährung von Tagelohnern, frühe Einberufung des Plenums im Herbst, Bewilligung von Tagelohnern an die Reichstags-Abgeordneten. Werden diese äußeren und jene inneren Vorbedingungen nicht erfüllt, dann wird, soweit wir die Dinge übersehen können, alle Mühe vergeblich sein.

Amant sind die Vorgänge bei den Rational-Liberalen, deren Abgeordnete drei bis vier verschiedene Stellungen einnehmen. Freiherr Hehl zu Hermsheim mußte aus der Zollkommission austreten; seine Reizung, die extremsten Zoll-erhöhungsforderungen noch zu überschreiten, wird nur von einer sehr kleinen Gruppe seiner Parteigenossen geteilt, und so endet sein kurzes, durch Selbstgefälligkeit reizvoll gezieltes Wirken in der Zollkommission mit einem überaus kläglichen Sturz. An die Stelle des entthronten Vederkönigs von Worms ist Abgeordneter Sieg getreten. Dieser vertritt eine zweite Gruppe der Rational-Liberalen, die sich zwar dem Kompromiß des Centrums und der Konservativen anschließen will, aber auch bereit ist, sich mit der Regierungsvorlage zu „begnügen“. Die Mehrheit der Rational-Liberalen ist für die Regierungsvorlage. Und schließlich soll es noch einige Herren in dieser eintheilichen Partei geben, denen die Regierungsvorlage zu weit geht. Mehrererlei Meinungen kann man in einer Partei nicht gut verlangen!

Nach einer parlamentarischen Korrespondenz soll der Abgeordnete v. Kardorff wiederum als Vorsitzender in der Zolltarifkommission vorgeschlagen werden. Herr v. Kardorff soll auch bereit sein, das Amt, das ihm schon so viele Qual bereitet, wieder auf sich zu nehmen.

Die Konservativen treiben also ihre Obstruktion so weit, daß sie der Kommission einen nervös überreizten Vorsitzenden zumuten. Selbst der konservative „Reichsbote“ hat gerade bemerkt: „Der Austritt des Herrn v. Kardorff dürfte sich für die Verhandlungen eher vorteilhaft erweisen, weil Herr v. Kardorff zu nervös geworden sein soll.“

Der Hagende Normann-Schumann. Der Allertweltsphitel „Rentier“ Normann-Schumann in Zuzern hat nun in der That die angekündigte Privatklage eingeleitet, und zwar gegen den Genossen Bebel und den Redacteur des „Vorwärts“ Genossen Leid.

Der Mann sieht sich beleidigt durch jene Erinnerungen, die Bebel am 12. November v. J. über den Polizei-Agenten zum besten gab. Er will den Beweis der Wahrheit geführt sehen z. B. darüber, daß er in Diensten der preussischen Polizei die ausländische Presse mit Majestätsbeleidigungen versorgte.

Unsre Genossen hatten mit Spannung des großen Augenblicks, wo sie dem lagenden Spitzel an Gerichtsstelle gegenüberstehen. Ob er wird er sich damit begnügen, aus der Ferne dem Spektakel zuzusehen? —

Eine Razzia gegen polnische Akademiker

wurde am Sonnabend und Sonntag in Berlin und Charlottenburg von der Polizei unternommen. In Berlin hatten sich am Sonnabendabend in einem Lokal der Linienstraße circa 18 polnische Studenten zusammengefunden, um sich von ihren wegen des neulichen Vorkommnisses an der Universität relegierten Kollegen nach studentischer Sitte durch einen Kommerz zu verabschieden. Daß es sich nicht um die Abhaltung einer staatsgefährlichen geheimen Versammlung handelte, geht schon daraus hervor, daß man der Polizei ganz offen von dem Stattfinden des Kommerces Mitteilung gemacht hatte. Unse politische Polizei jedoch schien den Wiederabend für die geeignete Gelegenheit zu halten, um den hochverrätherischen Umtrieben der in dem Rofte gewisser Offiziersen studierenden polnischen Verschwörerbande auf die Sprünge zu kommen. Gegen 10 Uhr drang plötzlich ein starkes Aufgebot von Schupsteuern in Uniform und Civil in das Zimmer, in dem die Studenten kommercierten, um die Namen der Anwesenden festzustellen. Zwei Teilnehmer, die sich nicht sofort ausreichend legitimieren konnten, wurden mit auf die Polizeiwache genommen, wo ihre Personalien hochmüthlich festgestellt wurden. Einem der Studenten, den man scheinbar für

den Hauptführer hielt, wurde trotz Protestes, sein Notizbuch abgenommen. Ob gegen die Leuten nun das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden wird?

Etwas um dieselbe Stunde erreichte in dem benachbarten Charlottenburg eine Tafelrunde von polnischen Studierenden des Polytechnikums die Kenntnis in Gestalt des allgegenwärtigen Auges des Gesehes, Galt in Berlin die Pözzia deutschen Staatsangehörigen polnischer Zunge, so war es hier auf eine Tafelgesellschaft von Ausländern abgesehen: man glaubte augenblicklich auf diese Weise gleich alle Fäden der internationalen Polenverwirrung in die Hand zu bekommen. Und auch hier erlappte man die Hochverräter in flagranti: in gefelliger Unterhaltung beim Abendbrot. In diesem Falle beugte man sich nicht mit der Feststellung der Personalien; sämtliche 27 Delinquenten wurden vielmehr zur Polizei gebracht — man transportierte sie jedoch, was anerkennend hervorgehoben werden mag, nicht zu Fuß und mit Handschellen aneinandergefesselt, sondern per Droschke in einem imponierenden Droschkenzug — wozu sie, zwei Damen eingeschlossen, die Nacht auf Staatskosten zubringen durften. Am andern Morgen wurden sie zunächst auf dem Polizeipräsidium einem Verhör unterworfen und dann einzeln, von je 2 Schulheuten eskortiert, nach den Wohnungen transportiert, die primär nach hochverräterischen Schriften und Papieren durchsucht wurden. Schon am Abend vorher war den Verhafteten der Inhalt ihrer Briefschaften abgenommen worden. Schließlich wurden die Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Umfrage bei ihren Landbesitzern ergab, daß auch noch bei zehn weiteren Polen, die an der gemeinschaftlichen Abendtafel nicht teilgenommen hatten, gehäusucht worden war.

So wäre denn dank der Umsicht unserer politischen Polizei der preussische Staat wieder einmal gerettet!
Die russischen Staatsangehörigen des Charlottenburger Polytechnikums aber werden sich durch ihr interessantes Erlebnis einmal außerordentlich vaterländisch angeheimelt gefühlt haben.

Der Kaiser seiner Marine. 1000 Exemplare seiner Photographie hat der Kaiser der Marine überwiesen zur Verteilung vorzugsweise an Mannschaften der Flotte „Hohenzollern“, des Kaiserboots „Steinerner“, des Begleitschiffes „König“ und des Linienfahrers „Kaiser Wilhelm II.“

Die Denkmalsgelder zusammengefochten werden, zeigt folgendes Schriftstück:
Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Posen O., 10. Januar 1902.
Der vor Jahresfrist angeregte Gedanke, dem großen Kanzler des Deutschen Reiches, dem Fürsten Bismarck, in der Provinzial-Hauptstadt Posen ein Denkmal zu errichten, hat in Stadt und Land freudigste Zustimmung gefunden; eine reiche Anzahl von Beiträgen ist dem Komitee inlosgelassen worden.

Auch die in Postkreisen des hiesigen Bezirkes veranstaltete Sammlung hat eine ansehnliche Summe (491 M. 10 Pf.) ergeben.

Die auf 72—75 000 M. zu veranschlagenden Kosten des Denkmals sind jedoch z. B. noch nicht ganz gedeckt; es fehlen ungefähr noch 18—21 000 M.

Unter Verzugnahme auf die Verfügung vom 25. Mai 1900 werden Sie ersucht, bei dem nachgeordneten Personal und dem der Postagenturen das Interesse für die Sache erneut anzuregen. Beiträge entgegenzunehmen und diese bis zum 10. März an Herrn Ober-Postdirektions-Sekretär Selchow ohne Nennung der Namen der Spender durch Postanweisung postpflichtig zu überreichen. Der ausfallende Gesamtbetrag wird von Herrn Selchow dem Komitee überwiesen werden.

An die Herren Vorsteher der Kaiserlichen Postämter des Bezirkes des Kaiserlichen Bahnpostamts Nr. 23 in Posen W. und des Kaiserlichen Telegraphenamts in Posen O.

Wenn bei der mit Pauken und Trompeten stattfindenden Enthüllung des Denkmals der Komitteesvorsitzende den verdienten Orden erhält — dann wird er gewiß dankbar der armen Post-Unterbeamten denken, die sich „freiwillig“ dazu gedrängt haben, ihr lauer verdientes Geld dem Andenken des „großen Kanzlers“ zu opfern.

Das sagt Exzellenz Straelle zu der Amtstätigkeit des Posener Ober-Postdirektors?

Ein erledigtes Reichstagsmandat. Der Reichstagsabgeordnete des 14. hannoverschen Wahlkreises Frhr. v. Hammerstein, Welfe, ist auf seiner Bestimmung bei Celle gestorben. Er war Mitglied des Reichstags seit 1898, wo er in der Stichwahl den national-liberalen besiegte. Vorher war der Wahlkreis nationalliberal vertreten.

Ein Ausstellungsstügel. Unser Düsseldorf-Parteiblatt meldet: Die Polizei-Affaire Josefs soll, wie uns die Polizei per Telefon mitteilt, von A bis Z unklar sein. Die Untersuchung gegen uns sei eingeleitet. Der Polizei und den Lesern diene zur Kenntnis, daß unser Gewährsmann noch heute frisch unter Jügen seine Behauptungen aufrecht erhält.

Sittlichkeitsverbrechen eines Fährichs. Vor dem Kriegsgericht der Marine-Adademie in Kiel hatte sich der Fährich zur See Osterburg wegen Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. Die Anklage legt ihm zur Last, sich am 3. November v. J. an zwei minderjährigen Schulmädchen vergangen zu haben. Unter den 19 Zeugen befinden sich eine Reihe von Schulkindern. Der Angeklagte trat am 7. April 1900 in die Marine ein und wurde im April 1901 zum Fährich zur See befördert. Bei dem ihm zugeschriebenen Verbrechen ist er planmäßig vorgegangen. Kurz nach der That wurde er verhaftet und der Irren-Hin in Kiel zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen. Der Oberarzt der Klinik erschien als Sachverständiger. Die Verhaftung wurde, da eine Gefährdung der Sittlichkeit zu befürchten stand, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Sie ergab die Schuld des Angeklagten. Dieser wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen in zwei Fällen auf Grund des § 176 Abs. 3 zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt. Auch während der Verlesung der Urteilsbegründung blieb die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Ausland.

Belgien.

Rundgebungen für das allgemeine Wahlrecht. Am Sonntag fand in Charleroi, wie das Bureau Herold meldet, eine große, von mehreren Tausend Personen besuchte sozialistische Versammlung zu Gunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts statt. Sozialistische Abgeordnete hielten Reden, die von der Menge mit ungeheurer Beifall aufgenommen wurden. Die Ruhe wurde nicht gestört, da die Polizei den Auftrag erhalten hatte, nicht einzuschreiten. (Es steht's wörtlich in dem Bericht des sonst ja polizeifreudigen Depeschens-Bureaus. Der Berichterstatter hat also die Ursache der Unbeschränkungen einmal richtig erkannt!) Regaliche Rundgebungen werden von den Sozialisten in allen Industriestädten geplant.

Italien.

Die Arbeitslosen und der Minister Zanardelli. Das Exekutivkomitee der Arbeitskammer zu Rom wurde dieser Tage vom Minister Zanardelli in Audienz empfangen, um ihn über den Stand der Arbeitslosigkeit zu unterrichten. Die Kommission wies auf verschiedene Arbeiten hin, wie z. B. die Eisenregulierung, die jetzt in Angriff genommen werden müßten, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Die Kommission machte ferner

den Minister auf die Korruption aufmerksam, die bei der Vergabung öffentlicher Arbeiten bestehe und der nur abgeholfen werden könne durch Vergabung solcher Arbeiten direkt an die Arbeiter. Schließlich brachte die Kommission noch die Beschwerden der Arbeiter der staatlichen Tabakmanufaktur zur Sprache. Der Minister zeigte sich in Arbeiterfragen sehr unterrichtet und sagte seine Unterstützung in allen Punkten zu; er werde seinen Einfluß geltend machen, daß die Regierung so wohl als die Stadt Rom Konstandsarbeiten ausführen lasse.

Der Boeren-Krieg.

Englische Schuppen.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom Sonnabend: Ein Bataillon berittene Infanterie stieß bei einem Aufklärungsmarsch am 12. Februar bei Hailersboschrand auf eine ziemlich starke Boerenabteilung und wurde auf ungünstigem Gelände in einen Kampf verwickelt. **11 Mann fielen und etwa 40 wurden verwundet**, bevor es der Truppe gelang, sich unter den Schutz der Blokhäuser zurückzuziehen. Rawlinsfons Kolonne ist nun gegen die Boeren unterwegs.

Nach einem weiteren Telegramm Lord Kitcheners wurde am 10. Februar eine Abteilung der südafrikanischen Polizei in der Nähe von Santonderhoek von überlegenen feindlichen Truppen unter Verlusten zurückgeworfen.

Pretoria, 10. Februar. Am 12. Februar wurden hundert- und fünfzig Mann englische berittene Infanterie in der Nähe von Albriver nach tapferer Gegenwehr überwältigt, zwölf Mann sind gefallen und 48 verwundet, darunter mehrere Offiziere.

Abgeordnetenhause.

20. Sitzung vom 17. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Schönstedt.

Die zweite Beratung des Justizetats wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“.

Abg. Tröner (fr. Sp.):

Welche Verwandnis hat es mit dem Erlass, den der Justizminister im Verein mit dem Minister des Innern erlassen hat und durch den die Staatsanwälte aufgefördert werden, den Erpressungs-Paragrafen gegen Arbeitergewerkschaften in Anwendung zu bringen, wenn diese durch „Drohung“ zur Teilnahme an ihren Bestrebungen auffordern? Ein solcher Erlass wäre, wenn er ergangen wäre, sehr bedenklich. Ich bezweifle auch die Zuständigkeit der beiden Minister, den Erpressungsparagrafen in dieser Weise anzulegen. Dazu ist allein das Reichsgericht zuständig. Dieser Auslegung gefährdet das Koalitionsrecht der Arbeiter auf das schwerste.

Justizminister Schönstedt:

Es ist die Behauptung aufgestellt, es sei von mir und von dem Minister des Innern eine Anweisung an die Staatsanwaltschaften ergangen, wonach fortan gegen alle organisierten Arbeiter die Erpressungsanfrage erhoben werden solle, die gegen nichtorganisierte Arbeiter einen Druck zum Beitritt dadurch ausüben, daß sie in Aussicht stellen, sie würden sonst die Arbeit bei dem Arbeitgeber einstellen. **Eine solche Verfügung ist aber nicht ergangen.** Im Reichstag ist man ohne weiteres von der Existenz einer solchen Verfügung ausgegangen, obgleich man sie nicht gekannt hat. Man hat daraus schwere Angriffe gegen die preussische Justizverwaltung hergeleitet und außerdem mit einer gewissen Bestimmtheit behauptet, diese Verfügung bestimme sogar an ihrem Schluß, gegen Arbeitgeber dürfe wegen der gleichen Vergehungen nicht eingeschritten werden. Das sei unerhört. Daß das unerhört wäre, gebe ich ohne weiteres zu, aber daran ist kein wahres Wort. Diese Angriffe knüpfen an ein Urteil an, das von einer Strafkammer im Dezember ergangen ist und durch welches ein Arbeiter wegen Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt wurde. Ein Arbeiter beklagte sich in einer Eingabe an den Justizminister und den Minister des Innern darüber, daß er durch Drohungen seiner Kollegen beinahe arbeitslos geworden sei. Diese Eingabe wurde, wie alle an eine unrichtige Instanz gerichtete Eingaben, an die Staatsanwaltschaft abgegeben, die darauf die Anklage wegen Erpressung erhob. Die Strafkammer fällt dann das erwähnte Urteil. Ich bin an der Sache absolut unbedinglich. Ich hätte ja eine solche Bestimmung möglicherweise erlassen können, aber ich habe es nicht getan.

Außerdem ist — das ist aber eine ganz andre Sache — ein Urteil eines andern Landgerichts gegen eine Anzahl von Arbeitern ergangen, das auf Freisprechung lautete. Einen Arbeiter, der den Entschluß mitgegeben hatte, aus seiner Organisation auszuscheiden, hatten andre Arbeiter gedroht, sie würden dann dafür sorgen, daß er aus seiner Arbeitsstellung herauskomme. Wegen der Arbeiter, die diese Drohungen ausgesprochen hatten, wurde von seiten der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung. Es handelte sich um die Angehörigkeit zu einer allgemeinen Vereinigung, die nur einen allgemeinen Zweck verfolgte. Das Landgericht sprach die Angeklagten von der Zuwiderhandlung gegen § 153 frei, da dieser Paragraph nicht Anwendung finde auf solche allgemeine Organisationen, sondern nur auf solche, die einen konkreten Zweck verfolgten. Die Richtigkeit dieser Auffassung ist darauf im Ministerium geprüft worden, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Auffassung unrichtig sei und der Absicht und dem Sinne des § 153 nicht entspreche. Auf Grund dieses Tatbestandes habe ich darauf ohne Rücksicht des Ministers des Innern eine Anweisung an die Staatsanwaltschaften dahin erlassen, daß sie in ähnlichen Fällen, wie dem hier in Frage gekommenen, Anklage erheben auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung und, wenn möglich, eine Entscheidung des Reichsgerichts in solchen Sachen herbeiführen möchten. Am Schluß der Sitzung heißt es folgendermaßen: „Terroristischen Ausfährungen der erwähnten Art muß mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten werden.“ Die Beamten der Staatsanwaltschaft veranlaßte ich daher, den oben dargelegten Rechtsstandpunkt in weitestem Sinne aufzufassen, gegen abweichende Entscheidungen die zulässigen Rechtsmittel einzulegen und möglichst auf eine Entscheidung des Reichsgerichts hinzuwirken. Dazu wird sich eine Gelegenheit in solchen Fällen bieten, in welchen der **Tatbestand der verbotenen oder vollendeten Erpressung in Frage kommt** und daher die Zuständigkeit einer Strafkammer begründet ist. Um eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeizuführen, genügt nicht die einfache Anklage auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung, da für diese Vergehen nur die Schöffengerichte zuständig sind, sondern die Anklage muß erhoben werden auf Grund des § 153 in Idealkonkurrenz mit dem Erpressungsparagrafen des Straf-Gesetzbuchs. § 153 rechnet ja auch mit der Möglichkeit, daß nach dem allgemeinen Straf-Gesetzbuch höhere Strafen in Betracht kommen können. In einem in Bayern vorgekommenen Fall ist auch gegen Arbeitgeber — es handelte sich um Beitritt zu einem Kartell — auf Grund des Erpressungsparagrafen eingeschritten worden und eine Verurteilung erfolgt.

Von einer **Klassenjustiz** kann keine Rede sein, weder in der Entscheidung der Gerichte, noch in der von mir erlassenen Verfügung. Welche Verfügung etwa der Minister des Innern noch an die Provinzialbehörden erlassen hat, weiß ich nicht, darüber kann ich keine Auskunft geben. Die mir gemachten Vorwürfe sind also vollkommen ungerechtfertigt. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) meint, daß der Minister in diesem Fall vollkommen korrekt gehandelt habe.

Abg. v. Ebbeck (l.) billigt den Erlass des Ministers wegen Anwendung des Erpressungsparagrafen. Die Uebergangung, daß ein

Schutz der Arbeitswilligen notwendig ist, hat sich allmählich immer weiter Bahn gebrochen.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) bringt den Fall des **Staatsanwaltschafts-Rats Cury** zur Sprache, der die Gesetzesverletzung dadurch verherrlicht habe, daß er für das durch das Gesetz verbotene Duell eingetreten ist. Diese Verherrlichung ist unter ersäuernden Umständen erfolgt, da die Verurteilung in einem Loos auf den Kaiser erfolgt ist. Herr Cury hat es für angemessen gehalten, die Gesetzesverletzung zugleich mit dem Träger der Krone zu verherrlichen, der an der Spitze des Rechtsstaates steht und mehr wie andre berufen ist zur Aufrechterhaltung und Durchführung des Gesetzes. Ein solcher Mann hat die Qualifikation als Staatsanwalt verdient. (Sehr richtig! links.) Herr Cury ist nach Hagen verlegt worden. Sollte das eine Strafe oder Genugtuung für sein Verhalten sein, so wäre sie **völlig ungenügend**. Herr Cury hat nicht nur in Berlin Bergernis erragt, sondern in ganz Deutschland. In welche Lage kommt die Justizverwaltung, wenn dieser Mann in Hagen die Geschwornen auffordert, nicht nach subjektiven Empfindungen zu urteilen und ein Rechtsanwalt, vielleicht der Abg. Leuzmann in Hagen, ihn auf seine Verherrlichung des Gesetzes aufmerksam macht.

Ich wiederhole, ein Mann wie Herr Cury hat sein Amt als **Staatsanwalt verdient** und ich möchte den Justizminister fragen, warum er anderer Meinung ist. (Beifall links.)

Justizminister Schönstedt:

Herr Dr. Barth kennt die Rede des Staatsanwaltschaftsrates Cury lediglich aus den Zeitungen. Der in der Presse mitgeteilte Wortlaut wird aber von Herrn Cury selbst bestritten. Er bestritt besonders die Verherrlichungen in das Kaiserhoch verflochten zu haben. Die ihm vorgeworfene Taktlosigkeit läßt also vor vorüber. Die von Herrn Cury zugegebene Verherrlichung lautet **wesentlich milder**. Er hat lediglich die studentische Meinung verherrlicht. Nun ist doch kein Zweifel, daß die studentische Meinung, wenn sie auch unter die Strafbestimmungen des Zweikampfes gestellt ist, **etwas ganz anders ist, als das Duell**. (Widerspruch links.) Herr Cury hat sich gegen jeden frivolen Mißbrauch der Pistole erklärt und ist für Ehrengerichte eingetreten. Allerdings hat er hinzugesagt, daß manche Ehrverletzung nur mit der Pistole geklärt werden könne. (Abg. Dr. Barth ruft: Das ist die entscheidende Stelle, die ich durchaus richtig vorgetragen habe.) Nun bin ich der Ansicht, daß die Verherrlichung von einem Manne in der Stellung eines Staatsanwalts sehr ungeeignet und durchaus ungebührlich war. Was sollte ich für Konsequenzen ziehen? Ich hielt es für das Richtige, innerhalb acht Tagen durch eine Strafverurteilung nach Hagen Remedie einzutreten zu lassen. Die Verurteilung ist als Strafe gewählt und auch als solche empfunden worden. In einer Staatsanwaltschaft war die Sache nicht angehen, denn von einer Verherrlichung des Duells oder einer Aufforderung zum Duell ist nicht die Rede. Hätte ich den Herrn in den Richterstand versetzt, so hätten Sie gewiß auch Einwendungen erhoben und gesagt: Wer zum Staatsanwalt zu schlecht ist, wird Richter. Ich wiederhole: die Verurteilung nach Hagen ist eine Strafverurteilung. Es schadet auch nichts, wenn der Herr dort der erzieherischen Wirkung des Herrn Leuzmann ausgesetzt ist. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie, den Fall milde anzusehen, Sie nehmen es doch auch sonst nicht so streng, wenn einmal ein jugendlicher Herr die Grenzen des Zulässigen überschreitet. (Beifall.)

Abg. Dr. Krause (natl.):

Auch ich bin dagegen, den Fall zu einer Haupt- und Staatsaktion zu machen. Ich bin gegen den Duellkampf, der nicht so weiter gehen kann, würde es aber bedauern, wenn auch die studentische Meinung über Bord ginge. (Sehr richtig!) Diese Art eine starke erzieherische Wirkung auf die jugendlichen Gemüter aus. Herr Cury hat eine Dummheit gemacht. Mit Unentscheidung konnte diese Dummheit nicht bestraft werden. Der Minister hat das Richtige getroffen.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.):

Wir wollen aus dem Fall Cury keine Haupt- und Staatsaktion machen, aber er ist typisch. Der Anruf des Duells hat solche Dimensionen angenommen, daß mit Entschiedenheit auch solchen Verherrlichungen gegenüber vorgegangen werden muß. Der Minister hat ein paar Worte gemacht; dazu ist die Sache aber zu ernst. Cury hat tatsächlich das hohe Lied auf das Duell gesungen. Wir verwechseln eine Studentenmenschur nicht mit Duellen. Herr Cury hat das Sabelduell geradezu verherrlicht. Eine Strafverurteilung halten wir für ein ungeeignetes Strafmittel. Nicht nur der Verurteilte wird bestraft, sondern auch der Ort. Hagen ist jetzt Strafkolonie geworden. Dagegen sollten die dortigen Justizbeamten protestieren. — Die Erweiterung des Erpressungsparagrafen bedauern wir sehr. Wir bekommen darin ein Seitenstück zum Groben Ungehörigkeit. Der letzte durch die Presse gegebene Fall ist geradezu ungeheuerlich. Mit demselben Rechte könnte man die vom Munde der Landwirte ausgehenden Boykottierungen unter den Begriff der Erpressung bringen.

Justizminister Schönstedt: Ich habe keine Handhabe zur erweiterten Auslegung des Erpressungsparagrafen gegeben. Das Reichsgericht wird ja jetzt in dem betreffenden Falle sprechen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma J. F. Auer, Reanberstraße, ist aufgehoben.
Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die öffentliche Verammlung des Gewerkschaftsartikels in Halle ist — entgegen den klaren Bestimmungen des Vereinsgesetzes — ebenfalls aufgelöst worden. Die meisten Voten erinnerlich sein wird, erfolgte vor etwa acht Tagen die Auflösung der Kartellung, weil die Polizei die Meinung vertrat, das Gewerkschaftsartikell sei ein politischer Verein im Sinne des § 8 und an seinen Verammlungen dürften deshalb keine „Frauenspersonen“ teilnehmen, wie es in dem § 8 gesamtadwoll heißt. Gegen diese Auffassung ist Beschwerde eingelegt. Da aber die Sitzungen des Artikels bis zur Erledigung der Beschwerde unmöglich ausfallen konnten, griff man zu dem Auskunftsartikel, nach § 1 des Vereinsgesetzes eine öffentliche Verammlung einzubereiten, in der nach dem Gesetz auch Frauen Zutritt haben. Als jedoch die öffentliche Verammlung eröffnet und das Bureau in üblicher Weise gewählt war, verlangte der amtierende Polizeikommissar wiederum die Entfernung der Frauen. Der Vorsitzende zeigte ihm die polizeiliche Bescheinigung, auf welcher ausdrücklich die Anmeldeung einer öffentlichen Verammlung bestätigt worden war, aber ohne jedes weitere Wort und ohne irgendwelche Begründung löste der Beamte die Verammlung auf, nachdem ohne Debatte sein Verlangen auf Entfernung der Frauen einstimmig abgelehnt worden war.

Die Massen-Aussperrung der Textilarbeiter. Die Lage im Dreizer Industriebezirk nimmt immer existenzere Formen an. Es sind Kommissionen gewählt, welche alle weiteren Schritte zu thun haben, um die Unterstüßungs-Anglegenheit und die Arbeiterkontrolle zu regeln. Aus dem Streikfonds stehen den streikenden und ausgesperrten Arbeitern gegenwärtig 85 000 M. zur Verfügung, doch wurde bekannt gegeben, daß weitere Unterstüßungen vom Centralverband der Textilarbeiter und von verschiedenen deutschen Gewerkschaften sowohl des In- als auch des Auslandes zu erwarten seien. **Ausgesperrt sind rund 3000 Arbeiter an 6500 Webstühlen.** In der großen Arbeiterversammlung wurde noch beschlossen, Komitees zu wählen, die mit den 17 einzelnen Fabriken verhandeln sollen. Der Ober-Bürgermeister von Greiz ersuchte den Leiter der betreffenden Versammlung um eine Besprechung. Man glaubt, es

feien weitere Einigungsverhandlungen im Gange. Die Schlichter im Fabrikantenverein thun alles, um eine Einigung zu hinterziehen. Die jetzt aus der geheimen Sitzung bekannt wird, soll die Aussperrung nur mit einer Stimme Majorität beschlossen worden sein. Als Streikbrecher fungieren überall die Comptoir-Angestellten! Das Streikkomitee fordert die Arbeitenden auf, keinerlei Arbeit für solche Firmen anzufertigen, die ihre Arbeiter ausgesperrt haben und nun die Arbeit an andere Fabrikanten weitergeben.

Die vogtländische Textilfabrikanten-Vereinigung hatte beschlossen, sämtliche Kammergerichte in Reichenbach, Mylau, Reichenbach, Eisenberg und Meerane zu schließen, wenn die Arbeiter der Firma Gebr. Chevalier in Mylau nicht wieder zur Arbeit zurückkehren. Die Aussperrung hätte etwa 6000 Arbeiter betroffen. Diese Gefahr ist nun vermieden. Vor dem Gewerbegericht in Mylau kam eine Einigung zu stande. Die Fabrikanten versprachen, nicht den Fabrikanten-Tarif, sondern den bereits bewilligten höheren Tarif zu zahlen; darauf nahmen die Arbeiter am Sonntagabend die Arbeit wieder auf.

Sämtliche Korfbinder der Firma Rütcher u. Ehrlich in München haben wegen wiederholter Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt.

Ausland.
Die „Lloyd“-Heizer in Triest haben die Arbeit wieder aufgenommen. Das Schiedsgericht setzte fest, daß die Arbeitszeit in den Häfen zehnstündig, während der Fahrt achtsündig mit zweistündiger Ruhepause sein soll, daß Ueberstunden besonders vergütet werden und daß der Wachdienst für die Heizer auf das notwendige beschränkt wird. —

Aussperrung der Bauarbeiter in Amsterdam. In einer kombinierten Versammlung der Arbeiter des Baugewerbes, die am Sonntagabend stattfand, wurde der Vorschlag der Arbeiter, die Arbeit vorläufig aufzunehmen und dann ein Uebereinkommen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treffen, einstimmig verworfen, den Unternehmern dagegen die Bildung einer aus Vertretern beider Parteien bestehenden Kommission zur Beseitigung der Differenzen in Vorschlag gebracht.

Der Streik der Metallarbeiter der Westen von Livorno ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Er war entstanden durch die Entlassung einer Anzahl Arbeiter unter dem Vorgeben, es mangle an Aufträgen; in Wirklichkeit handelte es sich um Maßregelungen. Jetzt hat der Bürgermeister von Livorno den Konflikt durch Schiedsspruch beendet. Der Kampf hat drei Monate gedauert und kostete dem Verband der italienischen Metallarbeiter 22 000 Fr.

Lohnbewegung der Bäcker in Göteborg (Schweden). Seit längerer Zeit fanden zwischen den Vertretern der Bäckergehilfen und -Meister in Göteborg Verhandlungen zwecks Aufstellung eines neuen Tarifs statt. Wie am Freitag von dort gemeldet wird, sind die Verhandlungen gescheitert. Die Meister drohen mit einer allgemeinen Aussperrung.

Die italienischen Eisenbahngesellschaften hielten in Pisa, Genua, Siena, Florenz und Rom zusammen mit Vertretern der Arbeitskammern Massenversammlungen ab und nahmen einstimmig eine gleichlautende Tagesordnung an, welche die Angehörigen aller Gesellschaften als ungenügend verwirft und Gewährung aller Forderungen bis 1. März verlangt. Der Mailänder Centralauschuß ermahnt die Angestellten zur Ruhe und ordnet eine Generalversammlung aller Organisationen auf den 4. März an, in welcher über die zu erwartende Antwort aller Gesellschaften endgültig Beschluß gefaßt werden soll. Die Regierungsblätter äußern die Hoffnung, daß die Differenzen bis dahin erledigt sein werden.

Der Metallarbeiterstreik in Barcelona, der angeblich schon beendet sein sollte, dauert noch fort. Die Lage wird sogar immer bedenklicher; die Zahl der Streikenden wird auf ungefähr 10 000 geschätzt. Am Sonntagabend kam es wieder zu Zusammenstößen. Mehrere Arbeitgeber sollen verwundet sein; die herbeieilende Polizei wurde mit Steinwürfen und Revolverkugeln empfangen.

In den Salzwerken von San Fernando (Spanien) sind die Arbeiter ausständig geworden. Gelegentlich einer Demonstration kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Streikenden und der Polizei. Das Militär ist mobil gemacht und viele Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Der Duellprozeß Falkenhagen.

Der Domänenpächter Falkenhagen, der am 16. Januar dieses Jahres im Saupark von Springe den Landrat v. Bennigsen im Duell erschossen hat, ist gestern vom Schwurgericht Hannover zu sechs Jahren Festungshaft verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte acht Jahre beantragt. Der Verurteilte erklärte in der Verhandlung, daß er auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet und die Strafe sofort antreten wolle.

Aus der Verhandlung sind folgende Momente von Interesse: Obgleich nur gegen Karten der Ehrlauf gestattet war, drängte sich das Publikum doch in Massen zur Verhandlung. Ramentlich waren zahlreiche Damen aus den höheren Gesellschaftskreisen unter dem Einfluß der Presse. Der Beginn der auf 10 1/2 Uhr festgesetzten Verhandlung richtete der Präsident des Schwurgerichts, Herr v. Lunten, an die Vertreter der Presse die Aufforderung, alles Sensationelle aus den Verhandlungsberichten fortzulassen. Der Angeklagte Falkenhagen habe sich zweifellos schwer vergangen und werde seine Strafe finden. Trotzdem aber habe die Presse nicht das Recht, ihn zu verunglimpfen. Ueber das, was der Angeklagte nach dem Tode des Landrats in Berlin gethan habe, seien durchaus falsche Nachrichten verbreitet worden. Die Ermittlungen hätten ergeben, daß alles, was darüber berichtet worden, nicht der Wahrheit entspreche.

Unter den Zeugen befindet sich auch die Frau v. Bennigsen, deren Verkehr mit dem Angeklagten bekanntlich die Ursache zum Duell abgegeben hat. Der Verteidiger konstatierte, daß die Vorladung der Witwe nicht auf sein Verlangen, sondern durch die Staatsanwaltschaft erfolgt sei; außerdem beantragte er, während der ganzen Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen. Er beantragte ferner, von der Zeugenvernehmung der Frau v. Bennigsen abzusehen. Beide Anträge wurden abgelehnt, doch ist auf die Vernehmung der Frau v. Bennigsen, soweit aus den vorliegenden Berichten ersichtlich, verzichtet worden.

In der Vernehmung gab der Angeklagte zu, daß er seit 1900 zur Frau v. Bennigsen in unklaren Beziehungen gestanden und daß er den Briefwechsel mit der Frau auch noch fortgesetzt habe, als ihr Mann von dem Verkehr Kenntnis erhalten habe. Am 13. Januar sei die Forderung erfolgt, am 16. Januar morgens 8 1/2 Uhr ging das Duell vor sich. Es habe nicht die Absicht vorgelegen, daß jemand tot auf dem Platz bleiben solle, doch sei zumaliger Angewiesener auf 15 Schritt Distanz festgelegt worden. Er habe vergeblich 10 Schrittzündendart haben wollen, da Herr v. Bennigsen als guter Schütze bekannt sei und er die Sache ein für alle Mal bei zu Ende bringen wolle. Zuerst habe er die Absicht gehabt, vorbeizuschießen, wenn man aber vor der geladenen Pistole stehe, denke man doch anders. Beim dritten Schußwechsel wurde Herr v. Bennigsen getroffen. P. a. i.: Sie haben auch zugegeben, daß Sie nur den Gedanken gehabt haben, Ihren Gegner leicht zu verletzen, um ihn kampfunfähig zu machen. — Stimmt das? — Angekl.: Ja. — P. a. i.: Was geschah, nachdem Herr v. Bennigsen getroffen am Boden lag? — Angekl.: Ich ging bei Seite und schickte meinen Schwager, um eine Auslösung zu versuchen. Aber der Bruder des Herrn v. Bennigsen, Gouverneur v. Bennigsen, lehnte es ab.

Weiter bekundet der Angeklagte: Nach Beendigung des Duells sei er nach Hause gefahren, habe dann mehrere hundert Mark zu sich gefaßt, um dann nach Leipzig zu reisen, wo Frau v. Bennigsen weilte. Nachdem er dort seine Geliebte vom Verlauf des Duells in

Kenntnis gesetzt hatte, sei er nach Berlin gefahren. Dort habe er seinem Vater von der Affäre Nachricht gegeben und dann auf Anraten des Rechtsanwalts Krause an die Staatsanwaltschaft in Hannover geschrieben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit größtenteils ausgeschlossen. Nach halbständiger Beratung fällte der Gerichtshof das oben mitgeteilte Urteil.

In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß der Strafzumessung sei berücksichtigt worden, daß der Angeklagte das Lebensglück des Landrats v. Bennigsen vernichtet und augenscheinlich die Absicht gehabt habe, seinen Gegner im Zweikampf zu töten. Als strafmildernd komme in Betracht, daß der Angeklagte von der nun mehrere Jahre älteren Frau v. Bennigsen verführt worden sei.

Gerichts-Zeitung.

Uprekisches zum Vereinsgesetz.

Die Auslegung des preussischen Vereinsgesetzes durch untergeordnete Polizei-Organen führt nicht selten zu den unglücklichsten Dingen. Ein Beispiel liefert die Verhandlung, welche gestern vor der vierten Strafkammer am Landgericht II stattfand. Der Turnverein „Fichte“ hat eine Damenriege, die an einem schönen Sommerstage des vorigen Jahres eine Turnfahrt an den Müggelsee unternahm. Einige zwanzig Damen beteiligten sich an der Fahrt, die von dem Turnwart der Damenriege, Herrn Deibing, geführt wurde. Die Riege marschierte in Gliedern formiert um den See herum und sang dabei lustige Turnerslieder. Wenn nun einige zwanzig junge lebensfrohe Gestalten in ganz gleichem Turnerkostüm in geschlossenen Gliedern und lustig singend daher zieht, so erregt sich jedes Menschen Herz davon. Daher blieben auch alle Spaziergänger stehen, so lange der Zug vorüber ging. Anderer Meinung war ein Gendarm aus Köpenick. Derselbe nahm umsonst Kergernis an dem Aufzuge, als er die Vermutung hatte, daß das Lied, welches die junge Mädchenchor sang, ein sozialdemokratisches sei. Das Lied war ihm fremd, aber er hatte doch eine Vermutung, die sich in diesem Falle zu einer polizeilichen Kombination auswuchs. Ein „sozialdemokratisches Lied“, „gleichförmige Kleidung“, „marschieren zu zwei und zwei hinter einander“, „ohne irgend ein Kriegervereinsabzeichen“, das müßte ein öffentlicher Aufzug im Sinne des § 10 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 sein, welcher öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften oder auf öffentlichen Straßen denjenigen Versammlungen gleichstellt, welche der polizeilichen Genehmigung bedürfen. Also hielt der Gendarm den Zug an und stellte die Personalien des Führers fest, die ihm bereitwillig und höflich gegeben wurden. Darauf folgte Anzeige, Anklage und — unglücklich, aber wahr — Verurteilung durch das Köpenicker Schöffengericht. Es wurde Verurteilung eingeleitet, die Rechtsanwaltschaft vertrat. In der Verhandlung vor der Strafkammer vermachte der Gendarm außer seiner Vermutung, daß ein sozialdemokratisches Lied gesungen worden sei und daß der Aufzug auf öffentlichen Straßen den Verkehr gestört habe, weil die Leute stehen geblieben seien, als der Zug passierte, absolut nichts anzuführen, was den Aufzug als einen solchen darstellte, der unter das Vereinsgesetz fällt. Der Staatsanwalt beantragte daher selbst die Freisprechung. Der Verteidiger Rechtsanwaltschaft beantragte aber weiter, die Kosten der Verteidigung ebenfalls aus der Staatskasse zu erlegen, da die Anklage jeder Begründung entbehre. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Düg., verurteilte das Urteil dahin, daß der Angeklagte freizusprechen sei und ihm alle notwendigen Auslagen aus der Staatskasse zu erlegen seien. Es fehle hier jedes Tatbestandsmerkmal. Mit demselben Rechte müßten Radfahrer, die in gleichmäßigen Sportkostümen hintereinander herfahren, Mädchen-Pensionäre, die einen Spaziergang machen, oder Couleure-Studenten, die in ihren Farben durch die Stadt ziehen, unter das Vereinsgesetz gebracht werden. Niemand nehme daran Kergernis. Bei der Reue, die in Berlin und Umgegend herrsche, sei es selbstverständlich, daß die Leute stehen bleiben, wenn sie etwas Fremdartiges sehen.

Leberwurst mit Wehlzusatz. Von einem ganz neuen Gesichtspunkte aus verurteilte gestern die 131. Abteilung des Schöffengerichts einen Schlächtermeister, welcher der von ihm angefertigten Leberwurst etwa 3 Proz. Wehl zugesetzt hatte. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß die Lebern bisweilen von einer Beschaffenheit seien, daß sich eine zusammenhaltende Wurst nicht daraus herstellen lasse, ohne daß man die Lebern deshalb als minderwertig bezeichnen könne. Es sei deshalb der Wehlzusatz ein allgemeiner Gebrauch geworden. Die Sachverständigen, Gerichtschreiber Dr. Judenas und Dr. Bischoff, begutachteten, daß die Wurst dem Publikum dann wenigstens als „mehlig“ offenbart werden müsse. Der Staatsanwalt berief sich auf ein Erkenntnis des Kammergerichts, wonach jeder Wehlzusatz strafbar sei, er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 20 Mk. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Köhrig, wies darauf hin, daß das Gesetz betreffend Nahrungsmittel-Fälschung im vorliegenden Falle keine Anwendung finden könne, da weder ein Vermögensvorteil seitens des Fabrikanten noch eine Täuschung des Publikums vorliege. Der Wehlzusatz sei ein zwingendes Bedürfnis. Wie ihm den Fachleuten mitgeteilt sei, rühre die Wassrigkeit der Leber von der übermäßigen Fütterung der Schweine her. Früher wurden die Schweine erst nach einem Jahre geschlachtet, jetzt bringe man sie durch Fütterung mit künstlichen Futtermitteln innerhalb 8 Monaten zur Schlachtreife. Die Schlächtermeister und Händler würden durch die Polizeiverordnung inhaltlich in arge Bedrängnis gebracht. Der Gerichtshof nahm an, daß nicht subjektiv, sondern nur objektiv eine Nahrungsmittelfälschung vorliege und verurteilte den Angeklagten wegen groben Unfugs (§ 327 Abs. 7 Nr. 9 B. Verfall verfallener Nahrungsmittel) zu einer Geldstrafe von 5 Mk.

Versammlungen.

Ueber „Volksherr oder lebendes Meer?“ sprach Reichstagsabgeordneter Vebel am Sonntag in einer äußerst zahlreich besuchten Volksversammlung in den Germania-Prachtzügen. Bereits lange vor Beginn der Versammlung füllte sich der große Saal, und als der Redner Punkt 12 Uhr das Wort nahm, war auch der letzte Platz besetzt. Genosse Vebel wies in seinem von umfassender Sachkenntnis zeugenden Vortrage nach, wie so oft im Laufe der Geschichte sich in kurzer Zeit organisierte Volksherrschaften den nach militärischen Grundrissen mit vieler Mühe ausgebildeten lebenden Heeren überlegen gezeigt haben, und übte dann eine scharfe Kritik an der Ausbildung, die untern Soldaten zu teil wird, an dem Kaderness, die einen trefflichen Zielpunkt für den Feind bieten. Eine wirksame zweimächtige Ausrüstung und Ausbildung würde neben allen andren Vorteilen auch eine ganz erhebliche Erparnis herbeiführen, was bei dem großen Defizit der Reichskasse immer mehr zur Notwendigkeit wird. Der Redner legte des weiteren ansäuflich dar, welche außerordentlichen Vorzüge das Milizsystem nicht allein hinsichtlich der Wehrfähigkeit des Volkes, sondern auch hinsichtlich der Wahrung und Aufrechterhaltung demokratischer Institutionen bietet, und auf die politische Lage, besonders auch auf die Verhandlungen über den Posttarif und die nächstjährigen Wahlen hinweisend, kommt er zu dem Schluß, daß die Bahn für die Ideen der Sozialdemokratie frei ist, und daß es nur gilt, zu arbeiten, um unsern Ideen zum Siege zu verhelfen. — Dem Vortrage folgte stürmischer Beifall. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Lohnbewegung der Kleber. Eine Versammlung der Kleber (Tapetzierer), die am Sonntagvormittag tagte, nahm Stellung zu der Lohnfrage. Vor Eintritt in die Tagesordnung läßt der Vorsitzende, um einen Ueberblick über die Beschäftigung zu finden, die gegenwärtig Arbeitenden sich von den Plätzen erheben; etwa die Hälfte erhebt sich. Der Referent Straßer sowie die nachfolgenden Redner vertreten die Ansicht, daß nunmehr mit der Lohnbewegung

nicht länger mehr gewartet werden dürfe. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung der Kleber beschließt, daß am Montag, den 17. Februar, morgens von Beginn der Arbeit auf allen Bauten oder in Werkstätten, wo Kleber beschäftigt sind, resp. in Wohnungen der Unternehmer, der von der öffentlichen Versammlung am 6. Februar d. J. angenommene revidierte Lohnarif — dem von 1900 entsprechend — den Unternehmern zur Unterschrift vorgelegt wird. Wo derselbe nicht durch Unterchrift anerkannt wird, ist die Arbeit sofort niederzulegen und haben sich sämtliche Kollegen unverzüglich im Streikbureau zur Kontrolle zu melden. Wo der Tarif bewilligt ist, derselbe im Laufe des Tages der Lohnkommission zu stellen. In einer am Dienstag, den 18. Februar, nachmittags, stattfindenden Versammlung der Kleber soll dann ausführlicher Bericht über Annahme oder Ablehnung der Forderungen gegeben werden. Auch werden daselbst Streiklegitimationen resp. Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben.“

Sämtliche Streikende haben sich täglich vormittags von 9—11 und nachmittags von 2—4 Uhr im Streikbureau, Schützenstr. 18/19 Restaurant Finzer (Amt I 1308) zur Kontrolle und Empfangnahme sonstiger Anordnungen der Lohnkommission zu melden. Alle arbeitende Kollegen haben von dem Tage an, wo sie nicht mehr zur Kontrolle erscheinen, für jeden Tag bis auf weiteres 25 Pf. als Unterstützung für die Streikenden zu zahlen. Die Beiträge werden durch Marken quittiert und sind jede Woche an die Vertrauensleute und von diesen an die Lohnkommission zu zahlen. Wo keine Vertrauensleute vorhanden, geschieht die Zahlung direkt an die Lohnkommission. — Die uns mitgeteilt wird, hat die Lohnkommission bereits über folgende Bauten die Sperre verhängt: Subenerstr. 25 (Unternehmer Harmut), Regensburgerstr. 30—32 (Unternehmer Schmalian) und Wilhelmshof, Ecke Spreestraße, Charlottenburg (Unternehmer Zander).

Mit der Aussperrung der Model- und Fabrikarbeiter in der „Union“ beschäftigte sich am 13. Februar eine Branchen-Versammlung der Model- und Fabrikarbeiter, die von 450 Personen besucht war. Die in der Union beschäftigten Tischler hatten bekanntlich eine ihnen zugedachte Lohnreduzierung dank ihrer guten Organisation zum größten Teil zurückgewiesen. Der Frieden sollte aber nicht lange dauern, denn nach kaum 4 Wochen wurde eine 45 Pf.-Abfindungszahlung angekündigt. Der bisherige Lohnsatz betrug 55—60 Pf. und 10 Proz. Accordzuschlag. Der Anfang wurde mit den Leuten gemacht, die in letzter Zeit angefangen hatten; dieselben gingen aber mit Einverständnis der Werkstätten wieder aus dem Betriebe hinaus. Die Direktoren sahen nun ein, daß sie ihre Absicht nicht ohne weiteres durchführen konnten, und daher sperrten sie am 11. d. M. 40 Mann aus. Die Versammlung kritisierte scharf das Vorgehen der Unternehmer und drückte den Streikenden ihre Sympathie aus, indem sie nachfolgende Resolution einstimmig annahm: „Die heutige in Schmidt-Geleitschaftshaus tagende Branchen-Versammlung der Model- und Fabrikarbeiter sowie Modelldreher Berlins verspricht den ausgesperrten Kollegen der „Union“ ihre moralische und finanzielle Unterstützung. Des weiteren verspricht die Versammlung, so lange die Differenzen in der „Union“ nicht beigelegt sind, keine Modelle von der genannten Firma in anderen Betrieben anzufertigen. Außerdem erklärt die Versammlung, von heute ab in den Werkstätten jede Ueberstunde zu verweigern.“ — Bei der Firma Ludwig Löwe wurden die Tischler am 16. Februar ausgesperrt, weil sie sich weigerten, die Arbeiten der „Union“ anzufertigen.

Niddorf. Der „Sozialdemokratische Wahlverein Niddorf“ hielt am 12. d. Mts. im Lokal von Thomas seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Adolf Hoffmann referierte über: „Das Volk der Denker in der Zwangsjacke“. In seinem oft von Beifall unterbrochenen Vortrage zeigte Redner, wie wir, das Volk der Denker, an der Ausübung der uns verfassungsmäßig gewährten Rechte und Freiheiten behindert sind durch die Zwangsjacke in Gestalt verschiedener Gesetze. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt. Aufgenommen wurden 67 neue Mitglieder und die Aufnahme eines Neugemeldeten wurde beanstandet.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die Situation in Triest.

Triest, 17. Februar. (W. Z. B.) Die Situation hat sich wieder verschlechtert. Die Arbeiter der Werften in San Rocco, des Stabilimento Technico Triestino und des „Lloyd“-Arsenals legten die Arbeit wieder zum nieder, weil das Militär nicht zurückgezogen wurde. Unter den Verhafteten befindet sich der bekannte Anarchist Josef Novigo. Der Wiener Scharfrichter Lang ist samt zwei Gehilfen hier eingetroffen. Die Kriegsschiffe „Wien“ und „Monarch“, sowie ein Hochsee-Torpedoboot sind in den hiesigen Hafen eingelaufen.

Braunschweig, 17. Februar. (W. Z. B.) Im Nachbarorte Lehn-dorf wurde, wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, eine **Falschmünzer-Werkstatt** entdeckt. Ein Schlosser, der dort falsche Zweimarkstücke anfertigte, und seine zwei Helfer wurden verhaftet.

Paris, 17. Febr. (W. Z. B.) Auf dem großen Kanal des Verfaller Stadtparks sind gestern sechs Personen beim **Schlittschuhlaufen** eingebrochen, fünf wurden gerettet, ein Infanterie-Offizier ist ertrunken.

Toulon, 17. Febr. (W. Z. B.) Der **Marseiller Dampfer „Bionier“** ist gestern Nacht auf einen Felsen in der Nähe des Kap Taillat **aufgesehrt**. Das Wasser drang in den Kielraum, in welchem acht Tonnen Calciumcarbid lagen, das infolge dessen entwickelte Gases verurachte eine **große Explosion**, durch welche ein Teil des Schiffes zerstört und der Kapitän und ein Reisender getötet wurden. Die übrigen Reisenden und die Mannschaft konnten gerettet werden.

Rom, 17. Februar. (W. Z. B.) Heute fand eine **zahlreich besuchte Versammlung von Arbeitslosen** statt, in welcher beschlossen wurde, mit Hilfe der Arbeitskammern eine Statistik sämtlicher Arbeitslosen Italiens anzufertigen und an einem noch zu bestimmenden Tage gleichzeitig in ganz Italien Versammlungen abzuhalten. Die Versammlung hatte, verließ ohne Zwischenfall.

Alba (Piemont), 17. Februar. (W. Z. B.) Bei dem Bahnhof von Santo Stefano Belbo stieß heute ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen; neun Personen wurden verletzt, eine davon schwer.

Barcelona, 17. Februar. (W. Z. B.) Ein aus Valencia kommender **Postzug** stieß heute zwischen Tortosa und Amposta auf eine rangierende Lokomotive. **Zwanzig Reisende wurden verletzt.**

Barcelona, 17. Februar. (W. Z. B.) Der **allgemeine Ausbruch** hat begonnen, alle geschäftliche Tätigkeit ist gelähmt, die Zahl der leidenden Arbeiter wird auf 40 000 geschätzt.

London, 17. Februar. (W. Z. B.) Unterhaus. Parlamentssekretär der Admiralität Arnold-Forster erklärt, **Welhalluel** werde auch weiterhin als Flottenstation für viele Zwecke verwendet werden; der Beschluß, die Flottenstationen einzustellen, sei lediglich aus strategischen Gründen gefaßt worden. — Kriegsminister Brodrick erklärt, der **Prozeß gegen Krutinger** habe am vorigen Sonntagabend begonnen. Richter werde dafür sorgen, daß Krutinger alle Erleichterungen zur Führung des Entlastungsbeweises genötigt werden und daß ihm Gerechtigkeit widerfahre.

Tiflis, 17. Februar. (W. Z. B.) In **Sewmach** dauerten die **Bodenschüttungen** fort. Zwölf Personen wurden lebend ausgenommen. Die benachbarten Ortschaften in einem Umkreis von 20 Werst haben stark gelitten. — Ein Bataillon Schützen sowie eine Anzahl Sappeure mit 200 Zelten wurden nach **Schemacha** geschickt, wo die gesamte Bevölkerung unter freiem Himmel lagert. **Die Zahl der bei dem Erdbeben umgek. meuen Personen wird auf 2000**, die Zahl der zerstörten Häuser auf 4000 geschätzt. In **Kreife Schemacha** sind 34 Dörfer vom Erdbeben heimgesucht worden. Bei dem Dorf **Marala**, östlich von Schemacha ist ein **Vulkan** tätig und der **Vuch Geontschik** hat infolge eines Erdbebens die Richtung seines Laufes verändert.

Reichstag.

145. Sitzung vom Montag, 17. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Söfler.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Militär-Etats.

Hierzu liegt eine Resolution Benzmann (fr. Sp.) vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit allen diplomatischen und geistlichen Mitteln dahin zu wirken, daß das auch in den Kreisen der Offiziere des stehenden Heeres und der Reserve weiter um sich greifende, mit der Religion, der Moral und den Strafgesetzen in Widerspruch stehende Duellwesen beseitigt werde.

Die Beratung beginnt mit den „Fortdauernden Ausgaben“ Tit. 1 (Gehalt des Kriegsministers.)

Abg. Benzmann (fr. Sp.)

Begründet seine Resolution. Wir haben ja die Duellfrage schon in den letzten Tagen eingehend erörtert, aber meine Resolution unterscheidet sich doch wesentlich von der Resolution Gröber und dem Antrag Schradner, weil sie das Duell vor allem auf disziplinarischem Wege bestrafen will. Meine Resolution ist bereits vor 2 Jahren unter Streichung der Worte Religion und Moral einstimmig angenommen. Die Anzahl der Offiziersduelle hat sich ja seitdem einigermaßen vermindert und es sind einschränkende Verordnungen des obersten Kriegsherrn herausgekommen, die seinen ersten Willen beweisen, dem Duellumflug entgegen zu treten. Aber die ernsthaft gemeintesten Erlasse haben nicht vermocht, den traurigen Justizbürger Fall zu verhindern. Es giebt nur einen allgemeinen Begriff der Ehre und der müde sich bei den Offizieren darin offenbaren, daß sie alles zu vermeiden suchen, was sie in Konflikt führen kann, die zum Duell führen. Ich hoffe, daß meine Resolution angenommen wird; sie wendet sich direkt an den Träger der Krone und übermitteln ihm die Anweisungen, die über das Duell in weltlichen Völkern heute herrschen. (Bravo! links.)

Abg. Wachen (C.):

Wir haben damals für die Resolution gestimmt und werden es auch heute thun. Der Begründung der Resolution kann ich mich jedoch nicht anschließen. Herr Benzmann hat das absolute Verbot des Duells verlangt und trotzdem betont, daß in einzelnen Fällen der Duellant durch die Annahme des Duells besonders charaktervoll erscheint. Daburd giebt er aber seine ganze prinzipielle Gegnerschaft auf. Wir bestehen darauf, daß eine volle Ausrottung des Duells stattfinden muß, und daß keinerlei Ausnahmen gestattet werden dürfen. Das Wort „Rein ist die Sache, spricht der Herr“ hat für uns absolute Gültigkeit und wir erkennen keinerlei Selbsthilfe als berechtigt an. (Bravo! im Centre.) Redner wünscht das weitere, daß bei der Schaffung größerer Exerzierplätze möglichst Rücksicht auf die Bauern genommen werde, deren Land gebrandt wird. Sie dürfen nicht ohne weiteres durch Geldbeschädigung expropriert werden, sondern müssen an anderer Stelle ein entsprechendes Stück Land erhalten, das es ihnen ermöglicht, ihre bäuerliche Existenz zu erhalten. Weiter möge der Herr Kriegsminister dafür sorgen, daß die Wälderlasten möglichst gleichmäßig auf das Land verteilt werden, zum mindesten muß die Entschädigung der Betroffenen eine bessere werden, als das heute der Fall ist. Daß sie heute nicht genügend ist, beweist die Thatsache, daß die einzelnen Kreise den betroffenen Bauern Zuschüsse geben. Weiter möchte ich einen Fall zur Sprache bringen, der sich am 11. Januar d. J. in Köln ereignet hat. Dort hat ein Hauptmann v. Marschall vor seinen Soldaten einen Vortrag über die Jesuiten gehalten und dabei geäußert: „Die Jesuiten seien die größten Feinde des Vaterlandes. Mit solchen Leuten dürften Soldaten nichts zu thun haben.“ Kurz vorher waren einige Soldaten in Münster mit Arrest bestraft worden, weil sie sich an einer Ovation für die Jesuiten beteiligt hatten. (Hört! hört! im Centrum.) Es muß von Seiten der Militärverwaltung alles geschehen, um derartige für einen Mann von Bildung ganz unpassende Behauptungen in Zukunft zu vermeiden. Ich hoffe, daß der Herr Kriegsminister gegen derartige Vorfälle, wie den von mir erwähnten, energisch einschreiten wird. (Bravo! im Centrum.)

Kriegsminister v. Söfler:

Heber die Frage der Einquartierungslasten sind Erhebungen im Gange, die noch nicht zum Abschluß gelangt. Was die Flurenbeschädigung anlangt, so sind oft ganz unverhältnismäßige Entschädigungen gefordert worden, auf deren Zahlung man sich absolut nicht einlassen konnte. Die Beförderung von Soldaten am Fronleichnamstage bedauere ich.

Die Sache mit dem Hauptmann v. Marschall, der in Köln bei einem Appell eine Rede gegen die Jesuiten gehalten haben soll, hängt wesentlich anders zusammen. Er hat, wie er selbst mir darüber berichtet, am 11. Januar beim Compagnie-Appell die Kriegsartikel vorgelesen und daran eine Belehrung der Compagnie über die militärischen Pflichten gefolgt. Er berichtet weiter: „Ich habe scharf betont, daß die Soldaten niemals Politik betreiben dürfen. Ich habe gesagt, die Jesuitenfrage sei eine rein politische, die uns nichts angeht. So lange in Deutschland die Jesuiten nicht wieder zugelassen seien, dürften sich Soldaten an Erörungen für die Jesuiten nicht beteiligen.“ Dieser Sachverhalt wird bestätigt durch den Bericht eines anderen Offiziers, der dem Appell beigewohnt hatte. Von einer Beleidigung der Jesuiten kann keine Rede sein. Es wäre freilich besser gewesen, den betreffenden Passus herauszulassen, und der Hauptmann ist entsprechend belehrt worden. Die von dem Redner erwähnten Duellstrafen kenne ich nicht, jedenfalls ist der Hauptmann v. Marschall dadurch nicht beeinflusst worden.

Abg. Wesel (So.):

Die Beschwerde des Herrn Wachen über den Kölner Vorfall scheint ja durch den Herrn Kriegsminister in der Hauptfrage bestätigt zu sein. Welche Gründe der Herr Hauptmann gehabt hat, ein derartiges Thema bei jener Gelegenheit zu erörtern, ist mir ja nicht bekannt, daß er es aber gethan hat und möglicherweise in etwas schäferer Form, als der Herr Kriegsminister es darstellte, scheint mir richtig zu sein. Nun wird ja fortgesetzt gesagt, es dürfe keine Politik in der Armee getrieben werden, aber diese Behauptung und die Thatsachen selbst stehen doch in grellem Widerspruch. Die Jesuiten, in deren Namen Herr Wachen sprach, können sich mit den Socialdemokraten trösten. Was hier in einem Fall passiert ist, passiert den Socialdemokraten seit Jahrzehnten in Tausenden von Fällen. Die Verbreitung solcher Pamphlete wie sie Herr Wachen erwähnt hat, ist ja nicht zu vermeiden. Jedenfalls werden gegen die Socialdemokratie Hunderttausende solcher Pamphlete in der Armee unter den Augen der Organe der Armeeverwaltung verbreitet und zwar besonders durch die Kriegervereine, deren Leiter ja ein General ist.

Wenn Herr Wachen meint, 99 Proz. des Inhalts der Pamphlete gegen die Jesuiten enthielten Verleumdungen, so enthalten die gegen uns verbreiteten Pamphlete zu ganzen 100 Proz. Lüge und halblüge Verleumdungen. (Weiterkeit bei den Socialdemokraten.) Alle anderen Beschwerden dagegen haben nichts genügt, die Socialdemokraten sind ja überhaupt vogelfrei in der Armee, und man muß sich nur wundern, daß immer wieder Socialdemokraten in die Armee überhaupt aufgenommen werden. Das konsequente wäre doch, die Socialdemokraten überhaupt von der Armee auszuschließen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Herr Wachen hat dann weiter darauf hingewiesen, daß bei der Schaffung von Truppenübungsplätzen oft ganze Dörfer mit zahlreicher Bevölkerung vom Erdboden rasirt werden müssen. Wir

haben ja auch stets dagegen gestimmt. In der That haben wir noch keinen einzigen großen Truppenübungsplatz gesehen, bei dem nicht solche Expropriationen ganzer Ortschaften vorgekommen sind. Was aus den Bauern geworden ist, weiß ich nicht, jedenfalls haben auch die anderen Parteien vom Standpunkt der Erhaltung ihrer Gesellschaftsordnung aus das größte Interesse daran, daß für diese Bauern gesorgt wird. Wenn aber Herr Wachen meinte, man solle ihnen Domänenbesitz einräumen, damit sie ihren Beruf weiter ausüben können, so sind wir nicht gerade erbaut davon, daß Staatseigentum in dieser Weise parzelliert werden soll. Wie sind principiell für eine Vermehrung des Staatseigentums. Es ist ja nun nicht zu bestreiten, daß vom Standpunkt der Militärverwaltung aus eine gewisse Notwendigkeit vorhanden ist, solche Übungsplätze zu schaffen. Dann nehme man aber wenigstens dafür auch Staatsdomänen, um derartige Truppenübungsplätze zu schaffen, oder man rade Staatswaldungen aus. Damit wird einigermaßen dem vom Abg. Dr. Wachen geäußerten Liebel entgegengetreten werden.

Ich habe in diesen Tagen gelesen, daß in der nächsten Nähe von Breschen, dem belannten polnischen Städtchen, Baraden in größerem Maßstabe geplant werden, um Platz für die Garnisonierung von zwei Bataillonen zu schaffen. So viel ich weiß, ist im gegenwärtigen Militäretat keine Forderung für einen derartigen Baradenbau vorhanden. Es ist mir auch nicht bekannt, daß für das nächste Jahr eine solche Position in Aussicht genommen ist. Ich frage daher den Kriegsminister: Ist es richtig, daß derartige Baradenbauten bei Breschen vorgenommen werden? Und aus welchem Fonds sollen die Mittel genommen werden, um diesen Baradenbau zu bewerkstelligen?

Ich komme dann auf einen Vorgang, den ich bereits im März 1898 in diesem Hause erörtert habe, und zwar auf Grund einer Broschüre, die damals kurz zuvor vom Hauptmann a. D. Luthmer veröffentlicht worden war. Dieser war Chef der 3. Batterie im Feldartillerie-Regiment Nr. 31 in Hagenau i. Eis. Als der Hauptmann bei den Wunden dicht vor einem Geschütz stand, wurde er infolge der groben Ungeschicklichkeit und Fahrlässigkeit des Reserve-Lieutenants Thiel durch einen plötzlich abgegebenen Schuß angeschossen, zahlreiche Holzstäbe flogen ihm ins Gesicht und verletzten seine beiden Augen. Der Mann war von diesem Augenblick an völlig blind. Die Sache hat zu zwei kriegsgerichtlichen Entscheidungen geführt, deren letzte vom obersten Kriegsherrn bestätigt wurde. Der Reserve-Lieutenant wurde wegen Fahrlässigkeit zu 2 Monaten Festung verurteilt. Dem Hauptmann aber war natürlich die sehr gute Karriere, die ihm in Aussicht stand, völlig vernichtet. Aber noch mehr, im kriegsgerichtlichen Urteil wurde ausgesprochen, daß Luthmer selbst durch Unvorsichtigkeit und unregelmäßiges Verhalten den Schaden selbst mit verschuldet habe. Der Hauptmann hat aber nur so geandert, wie er handeln mußte. Er hat nun wenigstens wieder eine Broschüre herausgegeben: „Veröffentlichung der geheimen kriegsgerichtlichen Akten im Falle Luthmer.“ Luthmer wirft darin dem General-auditeur Jitenbach vor, er habe am 10. März 1898 in diesem Hause wider besseres Wissen geurteilt. Er bestreitet auch auf das allerentwederste, daß die Angaben, die damals der gegenwärtige Kriegsminister infolge meiner Rede machte, der Wahrheit entsprächen. Ferner beschuldigt er seinen Oberst des Meineides und der groben Fälschung. Für diese letztere Behauptung scheint mir allerdings sehr viel zu sprechen. Der betreffende Reserve-Lieutenant wurde von seinem Batteriechef, dem Hauptmann Luthmer wiederholt als ganz unfähig bezeichnet; die Qualifikation, die dem Reserve-Lieutenant dann seitens seines Obersten erteilt wurde, steht allerdings mit diesem Urteil des Batteriechefs in scharfem Widerspruch.

Dieser Qualifikationsbericht hat auf das Kriegsgericht eingewirkt, vor dem der Oberst diesen Bericht beantwortet hat. Luthmer behauptet, daß dieser Eid wider besseres Wissen geleistet worden ist. Man kann sich vorstellen, welches Maß von Erbitterung den Unglücklichen erfaßt hat, wenn man weiter erfährt, daß der ganzlich blinde Mann den Reserve-Lieutenant Thiel fordert und einen befreundeten Offizier bittet, als Kartellträger zu fungieren. Der Kartellträger sieht ein, daß Luthmer sich nicht ducken kann, und schreibt deshalb an Thiel einen Brief, worin er ihm vorwirft, daß er wider besseres Wissen solche Aussagen abgegeben habe. Der Kartellträger erwartete, daraufhin von Thiel gefordert zu werden. Thiel aber lehnt das Duell mit Luthmer ab und demüthigt den Kartellträger beim Obersten. Daraufhin tritt ein militärisches Ehrengericht zusammen. Thiel erhielt glatte Abweisung, der Kartellträger aber einen Vorweis, weil er einen Kameraden vorfälschlich beleidigt habe. Dies Urteil bringt Luthmer noch mehr auf, weil sein Freund für eine nach seiner Auffassung formelle und ehrenhafte Handlung bestraft worden ist. Der Hauptmann Luthmer hat weiter eine Klage auf Schadensersatz auf Grund des codo civil erhoben. Auf Antrag der Gegenpartei wurden die geheimen Kriegsakten bei dem Gerichtstermin zum Vortrag gebracht. Luthmers Anwalt an diesen Akten ist die denkbar schärfste und, wie ich meine, gerechtfertigt. Nunmehr hat das Landesgericht, das Oberlandesgericht und das Reichsgericht zu Gunsten Luthmers entschieden. Thiel ist zu vollen Schadensersatz verurteilt. Beim Urteil des Zivilgerichts fällt auf, daß es durch eine weit höhere Sachkunde und Objektivität in Militär-sachen sich auszeichnet als das des Kriegsgerichts. Etwas ähnliches haben wir ja auch beim Fall Stietencron erlebt. Das Militärgericht sprach Herrn von Stietencron frei, weil er in der Notwehr gehandelt hat. Das Zivilgericht aber verurteilte den Stietencron zu einer Entschädigung an die Eltern des Geschossenen. In dem Urteil der Zivilgerichte im Fall Luthmer wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sein Unfall nicht durch unvorsichtiges Verhalten von ihm herbeigeführt worden sei, sondern daß er gar nicht anders handeln konnte. Der Fall ist in der Presse wiederholt erörtert worden. Es ist im Jahre 1898 von dem General-auditeur Jitenbach und dem Kriegsminister die Sachlage ganz falsch dargestellt worden, und deshalb hielt ich mich für verpflichtet, nachdem der Spruch des Reichsgerichts vorliegt, Herrn Luthmer von den Schäften, die auf ihn geworfen sind, zu befreien.

Herr Benzmann hat hier eine Resolution über das Duell eingebracht. Bei verschiedenen Gelegenheiten haben wir bereits deutsch Stellung zu der Frage genommen. So lange das Duellumwesen von Seiten des obersten Kriegsherrn geduldet, so lange es nicht vom obersten Kriegsherrn mit aller Energie verboten wird, so lange ist nicht daran zu denken, daß es aus der Armee verschwindet. Würde der Duellant nicht nur bestraft, sondern mit schlichtem Abschied entlassen — und der schlichte Abschied wird oftmals aus viel geringfügigeren Ursachen verhängt —, so hätten wir das allerbeste Mittel, um das Duell aus der Armee zu beseitigen. Daß das Duell mit der Religion, der Moral und dem Strafgesetz in Widerspruch steht, ist schon hundertmal nachgewiesen worden. Das Charakteristische ist eben, daß das Duell trotz dieser Anschauungen von oben herab geduldet, ja unter gewissen Umständen für notwendig erachtet wird, wie die kaiserliche Verordnung vom 1. Januar 1897 beweist. Will der Reichstag Remedur schaffen, dann wird er zu viel schärferen Mitteln greifen müssen.

Unter den Fällen, die in der letzten Zeit die öffentliche Meinung stark beschäftigt haben, finden sich viele, in denen der Alkohol eine sehr erhebliche Rolle gespielt hat. Man sagt, daß die Armee ein besonders feines Gehörgefühl besäße. Die Offiziere sind als erster Stand im deutschen Volke bezeichnet worden. Bei einer solchen Qualifikation sollten die Mitglieder dieses Standes sich doch dieser Stellung bewußt zeigen und sie durch ihre Handlungen wahr machen. Das ist aber nicht der Fall, wenn sie im Zustande sinnloser Trunkenheit Exzesse verüben, die schließlich zu Duellen führen. Ich bin gewiß

kein Sittensrichter, ich lasse das Wort gelten: „Jugend hat Recht“, aber alles hat seine Grenzen. Die Dinge gehen eben, wie in Potsdam — diese zweite Residenzstadt hat sich eben sehr oft durch militärische Exzesse ausgezeichnet — hat Mitte Jertei der Lientenant v. Eichel-Streiber vom III. Garde-Regiment bei einem Liebesmahel im Casino eine Wette entz Junächst hat er mit einem Kameraden gewettet, daß er in zehn Minuten ein Schüttelglas Cognac austrinken könne. Als die Wette ausgetragen war, hat er weiter gewettet, daß er eine ganze Flasche Cognac auf einen Nuck austrinken könne. Er hat die Wette gewonnen und ist dann besinnungslos in sein Zimmer gebrochen worden. Dort soll man vergessen haben, ihm die Luftformtrage aufzuknöpfen und er ist dann buchstäblich erstickt. Wie sich dieses bei der Trunkenheit auch in andern Arten, auch im Arbeiterstand, aber welche moralische Enttäuschung macht sich dann in der bürgerlichen Presse über die Arbeiter drei. In diesem Fall habe ich von einer solchen Enttäuschung nicht bemerkt. Handelt es sich doch gerade um die Edelsten der Nation!

Anfang vorigen Monats sind dann durch die deutschen Zeitungen die Verhandlungsberichte und das Urteil gegangen, daß in Oldenburg gegen den Lientenant v. Hollmann gefaßt worden ist. Er ist zu einem Monat und mehreren Tagen Gefängnis verurteilt worden wegen schweren Hausfriedensbruchs und anderer Exzesse. Im November hat er sich im Zustande sinnloser Trunkenheit auf der Straße befunden und dort die ihm zur Last gelegten geschwändigen Handlungen begangen. Ich wundere mich nur, wie unter diesen Umständen auf eine so niedrige Strafe erkannt werden konnte. Bei Vergehen gemeiner Soldaten wird Trunkenheit stets als strafverschärfend angesehen und dasselbe Vergehen würde einem gemeinen Soldaten mindestens fünf Jahre Festungshaft eingebracht haben. Wenn wir sehen, daß bei dem geringsten Subordinations-Vergehen, namentlich wenn eine kleine Thätlichkeit dabei eine Rolle spielt, die furchtbarsten barbarischen Strafen gegen gemeine Leute erkannt werden während bei den ärgsten Exzessen von Offizieren die Kriegsgerichte sich mit verhältnismäßig geringen Strafen begnügen, dann kann man allerdings auch hier von Klassenjustiz sprechen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Ich komme nun mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu den Militär-mißhandlungen. Im vorigen Jahre erklärte ich, ich hätte den Eindruck, daß infolge der fortgesetzten Kritik dieser Mißhandlungen von der Tribüne des Reichstages aus eine Verminderung der Mißhandlungen eingetreten sei. Im Gegensatz zu mir vertrat mein Parteigenosse Amert die Ansicht, daß sich im Gegenteil die Zahl der Mißhandlungen vermehrt habe. Ich muß nun heute gestehen, daß ich damals unrecht und mein Freund Amert recht hatte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Es sind im Lauf dieses Jahres eine solche Masse von Militär-mißhandlungen vor den Militärgerichten verhandelt und infolge des öffentlichen Verkehrs bekannt geworden, daß man wirklich in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes darüber im höchsten Grade enttäuscht, aber auch erstaunt gewesen ist. Selbst die „Berliner Neuesten Nachrichten“ mußten konstatieren, daß eine geradezu entsetzliche Zahl von Mißhandlungen an den Tag gebracht sei. Dabei ist in diesen Prozessen wiederholt zum Ausdruck gekommen, daß in einer großen Anzahl von Fällen nicht Auflage erhoben wird, weil die Leute nicht den Mut haben, sondern fürchten, daß nach dem Prozeß die Mißhandlungen sich noch steigern werden. Das muß natürlich die Vorgesetzten geradezu aufs neue anreizen, ihrerseits erst recht mit Mißhandlungen vorzugehen, weil sie glauben, vor Strafen sicher zu sein und man kann mit Recht behaupten, daß die wirkliche Zahl der Soldaten-mißhandlungen eine weit größere ist, als sie durch die Verhandlung zur öffentlichen Kenntnis gelangt ist, und daß wir gar keine genaue Uebersicht über die wirklichen Zustände in der Armee haben. Es sind eine ganze Anzahl von Fällen so roher und barbarischer Art vorgekommen, daß man sich wirklich fragen muß, wie es möglich ist, daß am Anfang des 20. Jahrhunderts in einer Zeit hoher Entwicklung auf allen menschlichen Gebieten solche Noheiten vorkommen können. Da müßte es die erste und vornehmste Aufgabe der Militärverwaltung sein, alles, was ihr irgend zu Gebote steht, aufzubieten, um wenigstens diesen geradezu barbarischen Noheiten ein Ende zu machen!

Ich will nun einige wenige charakteristische Fälle heranzogreifen. So hatte ein Unteroffizier in der 11. Division in Oestlau einem Untergebenen an einem Sonntagmorgen sämtliche Knöpfe vom Rock gerissen, ihn genötigt, im Vadekloß zu dastehen, ihn mit der Hufe vom Kopf geschlagen, ihm die Kleider zerschnitten und dann beschloß, dieselben zurecht zu nähen und sich selbst marschmäßig anzukleiden. Im 9 Uhr morgens zerschnitt er ihm dann nochmals die Kleider und ließ ihn wieder alles zurecht machen. Der Mann ist angefaßt und in 63 Fällen der Mißhandlung überführt. 200 Ohrschläge mit dem gezogenen Seitengewehr wurden ihm nachgewiesen und für alle diese Mißhandlungen wurde er mit neun Monaten Gefängnis bestraft, allerdings auch wohl degradirt. In einem anderen Fall wurde ein Offizier bei dem 2. Armee-corps wegen Mißhandlung eines Untergebenen, die den Tod desselben zur Folge hatte, zu einem Jahre und mehreren Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. In einem Fall in Steina wurden einem Unteroffizier 97 Fälle der schweren Mißhandlung seiner Untergebenen nachgewiesen. Er wurde mit acht Monaten und Degradation bestraft, auch vergleichsweise eine äußerst milde Strafe! In Oldenburg wurden bei der 6. Compagnie des 1. Oldenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 83 einem Unteroffizier rund 100 Fälle von Mißhandlungen nachgewiesen. In einem Falle hatte er seiner Korporalschaft beim Felddienst befohlen, sich auf den Kassen zu werfen und wie die Ahe Gras zu fressen. Es ist ungläublich, daß die Leute dem Befehle Folge leisteten; hätten sie es aber nicht gethan, so würden sie natürlich wegen Insubordination hart bestraft worden sein. Derselbe Unteroffizier ließ einen Mann durch seine Kameraden in nachtem Zustande mit Wesen und mit kaltem Wasser abwürfen. Einen Seemann stellte er in ein Spind, ließ ihn eine Stunde darin stehen und zwang ihn, das Lied zu singen: „Was nützt dem Seemann sein Geld.“ (Weiterkeit.) Ein anderer ist erst durch die socialdemokratische Presse bekannt geworden und, wie ich weiß, ist nachträglich im kriegsgerichtlichen Verfahren die Bestrafung des Unteroffiziers erfolgt. Ein Musikler erschien unraziert vor der Korporalschaft. Der Unteroffizier schreit ihn an: „Du Schwein, ich werde dich schon rasieren!“ nahm sein Taschenmesser und riß und kniff ihm die Vorhaare aus. Während dieser Prozedur kommt ein Sergeant dazu und sagt: „Das müßten Sie machen, wie ich es gemacht habe.“ Er giebt ein Streichholz an und hält es brennend dem Mann unter Arm und Backen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist doch ein Akt ganz seltener Rohheit! Wo sind denn die Leute, eigentlich geboren und wie sind sie erzogen, wenn sie solche Rohheiten begehen können. Beim 8. schlesischen Infanterie-Regiment wurde ein Hauptmann Courcel in 63 Fällen wegen vor schriftwidriger Behandlung Untergegener zu 3 Monaten Festung verurteilt. In Jitta erhielt ein anderer 9 Monate Festungshaft, in Dortmund 1 Jahr 3 Monate. In letzterem Falle handelte es sich um ein Sittlichkeitsvergehen und es ist zu konstatieren, daß solche Verbrechen in der Armee ganz außerordentlich milde behandelt werden; wenn es sich um Vorgefetzte handelt, erfolgt in der Regel Degradation. Interessant ist die Broschüre eines bayerischen Oberst v. Hagnolo, der konstatiert, daß die militärischen Mißhandlungen namentlich seit dem deutsch-französischen Kriege in hohem Grade zugenommen hätten. Wenigstens

feien weitenhafte Armee behauptet er das. Es wird notwendig sein, die Schärfe auf die Gründe hierfür einzugehen. Zunächst noch eine zu hinterfragen. Die Zustände in der Armee haben zur Folge, daß die Zahl der Deserteure alljährlich eine sehr erhebliche ist. Diese Zahlen gehen zum größten Teil in die französischen Fremdenlegionen. In einem Artikel der „Neuen Zeit“ Nr. 39 vom Jahre 1901, der auf eine Schrift eines französischen Romanarbeits über die Fremdenlegionen basiert, wird mitgeteilt, die ihre Fremdenlegionen zu 45 Proz. aus Engländern und aus 12 Proz. Fabrikangehörigen des übrigen Deutschlands besteht. Zahlreiche deutsche Deserteure befinden sich außerdem in der Schweiz, in Belgien, in Holland, in England usw. Dieser ist es wohl noch zu wenig, wenn in jenem Artikel die Zahl der Deserteure von 1871—1897/98 auf der Stärke eines vollständigen Armeekorps geschätzt wird. Der Dienst zur Fremdenlegion ist sicher kein leichter und da ist es besonders charakteristisch, daß trotzdem die Leute lieber dorthin gehen, als in Deutschland ihre Militärzeit zu absolvieren. Die Zahl der Sterbefälle in der Fremdenlegion ist sehr groß, alljährlich werden 4—600 Totenscheine von deutschen Reichsangehörigen von dem französischen Auswärtigen Amt dem deutschen auswärtigen Amt überreicht. Nehmen wir auch nur 400 an, so macht das in 30 Jahren nicht weniger als 12 000 Deutsche, die in der Fremdenlegion starben, das ist doch ein erschrecklicher Verlust an Nationalkraft! Ein mit den Verhältnissen vertrauter Mann sagte mir, daß im Dezember sich in Paris 320 deutsche Deserteure beim Generalkommando gemeldet hätten. Die zahlreichen Militärmisshandlungen und die Thatsache, daß so viel Soldaten desertieren, hätte schon längst die Militärverwaltung veranlassen müssen, zu der Frage Stellung zu nehmen. Wie kann diesem Uebel entgegengetreten werden? Mit hohen Strafen ist dagegen nichts zu machen, diese Vergehen werden sich nicht ausrotten lassen, wenn nicht die Fehler des Systems selbst beseitigt werden.

Wenn wir Sozialdemokraten hier von dieser Tribüne aus die Missstände in der Armee einer Kritik unterziehen, so ist für viele die bloße Thatsache, daß es Sozialdemokraten sind, die diese Missstände geißeln, genügend, um unsre Kritik zu bekämpfen. Immer heißt es, wir wollten doch nichts anderes, als die Armee diskreditieren. Aber auch aus militärischen Kreisen selbst, sogar aus Offizierskreisen mehren sich die Stimmen, die sagen: Das System, das wir gegenwärtig verfolgen, ist durch und durch falsch und verderblich. Wenn Oberst Signolo die Behauptung aufstellt, daß seit dem Kriege von 1870/71 die Missstande in der Armee in höherem Grade zugenommen haben, so hängt das zusammen mit den von Jahr zu Jahr erhöhten Anforderungen, die an die Ausbildung von Soldaten, Sergeanten und Unteroffizieren gestellt werden. In den letzten drei Jahrzehnten sind die Anforderungen an die Ausbildung der Mannschaften ganz kolossal gestiegen, zum Teil durch die total veränderten Kriegs- und Gefechts-Verhältnisse, die eine Folge der technischen Entwicklung in der Armee sind. Auf der anderen Seite aber wird noch eine ganze Masse veralteter, überwundener und ganz überflüssiger Anforderungen an die Soldaten gestellt. Schon seit 1 1/2 Jahrzehnten wird von den sachverständigsten Leuten aus der Armee in Schriften und Aufsätzen lebhaft darüber beschwert, daß der Armee noch heute eine Menge von Dingen zugemutet werde, die infolge der modernen Entwicklung des Kriegswesens als total überflüssig anzusehen sind. Dazu gehört alles, was man als „Gamauchendienst“ zu bezeichnen pflegt, der Stechschritt, der Parade- und Gefechts-Verhältnisse, die eine Folge der technischen Entwicklung in der Armee sind. Auf der anderen Seite aber wird noch eine ganze Masse veralteter, überwundener und ganz überflüssiger Anforderungen an die Soldaten gestellt. Schon seit 1 1/2 Jahrzehnten wird von den sachverständigsten Leuten aus der Armee in Schriften und Aufsätzen lebhaft darüber beschwert, daß der Armee noch heute eine Menge von Dingen zugemutet werde, die infolge der modernen Entwicklung des Kriegswesens als total überflüssig anzusehen sind. Dazu gehört alles, was man als „Gamauchendienst“ zu bezeichnen pflegt, der Stechschritt, der Parade- und Gefechts-Verhältnisse, die eine Folge der technischen Entwicklung in der Armee sind.

Das schlimmste aber ist, daß Anforderungen gestellt werden, die mit der kriegerischen Ausbildung und Befähigung nichts zu thun haben. Ich habe schon im vorigen Jahre auf einen Artikel hingewiesen, den General v. Püttkammer in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht hat und worin er namentlich gegen die Unvernunft und den Widerspruch des Parade- und Gefechts-Verhaltens geistert hat. In neuerer Zeit ist auf diesem Gebiete eine andere Publikation erschienen: „Die Sozialdemokratie im Heere. Von einem Offizier.“ Der Offizier hat diese Broschüre aus dem besten und edelsten Absichten heraus geschrieben. Sie richtet sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie. Es ist mir, der ich zu den sogenannten Führern der Partei gehöre, im höchsten Grade überraschend gewesen, aus dieser Broschüre zu erfahren, wie weit und stark der sogenannte „sozialdemokratische Geist“ in der Armee bereits verbreitet sei, wie er anfangs, eine Gefahr für die Armee zu werden, und wie die Militärverwaltung verpflichtet sei, alles aufzubieten, um dem Anwachsen der Sozialdemokratie entgegenzutreten dadurch, daß man Aufklärung verbreite über das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie. Wenn man sich dabei an die Wahrheit halten wollte, so könnten wir damit ja durchaus einverstanden sein. Aber wir wissen, daß dabei Aufschauungen zu Tage treten würden, die mit der Wahrheit auf dem allergeringsten Fuße stehen. Der Offizier behauptet sogar, die sozialdemokratische Partei habe Instruktionen gegeben, durch die sie möglichst viel Anhänger in der Armee zu erlangen suche; sie sei besonders bestrebt, ihren Anhängern die Unteroffiziersstellen zu eröffnen. Wir werden nicht so einfältig sein, derartige Instruktionen zu geben, die uns doch in einen sehr unangenehmen Konflikt mit dem Strafgesetzbuch bringen könnten. Für uns ist die Armee gewissermaßen ein „noli me tangere“. Wir kümmern uns nicht darum, so weit nicht die Zustände in ihr der öffentlichen Kritik zu unterliegen sind. Es war für mich sehr interessant, in jener Schrift Forderungen wiederzufinden, denen wir Sozialdemokraten nahezu Wort für Wort zustimmen können. Das ist wieder ein Beweis dafür, daß die Entwicklung der Dinge aus sich selbst heraus zu Forderungen drängt, die erfüllt werden müssen, man mag es wollen oder nicht. Der Offizier verlangt entschieden, allem überflüssigen Exerzierdrill entgegenzutreten. Er schreibt weiter: „Der Parade- und Gefechts-Drill soll abgeschafft werden.“ Der Parade- und Gefechts-Drill, in dem sich sozusagen das höchste Wesen der preussischen Armee inkarniert, soll abgeschafft werden! (Heiterkeit.) Wenn das ein Sozialdemokrat sagt, so lacht man und meint, das ist ein dummer Kerl, der versteht nichts davon. Nun aber erheben Herr v. Püttkammer und dieser Offizier dieselben Forderungen! Der Offizier sagt: „Der Parade- und Gefechts-Drill soll abgeschafft werden und von vielen überhaupt nicht zu erlernen.“ Ich habe das noch gar nicht gewußt; ich habe nicht das Vergnügen gehabt, Soldat zu sein. (Heiterkeit.) „Der Parade- und Gefechts-Drill soll abgeschafft werden und von vielen überhaupt nicht zu erlernen.“ Dieses Urteil stimmt überein mit dem des Dr. Wegener, des Berichterstatters des „Berliner Lokal-Anzeiger“ in China, der seinem Blatte schrieb, die große Parade, die General-Feldmarschall v. Waldersee bei seiner Ankunft in China über die deutschen Truppen abgehalten habe, habe bei den Zuschauern allgemeine Verwirrung erregt. (Heiterkeit.) Wenn das am grünen Holz eines der Armee glänzt gegenüber stehenden Beurteilers geschieht, so brauchen wir Sozialdemokraten diese Institution kaum noch zu bekämpfen. Weiter wendet sich der Offizier gegen das Schulergeräten und das Parade-Exerzieren in großen Verbänden. Alles das sei fürchtbare Zeitverschwendung. Man trennt sich in der Armee nur sehr schwer von alten Ueberlieferungen. Das ist allerdings wahr. Ich erinnere nur an das Schicksal des alten Scharnhorst, dem, als er die Reorganisation der preussischen Armee in Angriff nahm, sogar von dem General-Feldmarschall v. Waldersee nachgesagt wurde, seine Bestrebungen seien diejenigen eines Kosmopoliten und Nationalen. Allerdings: jeder Fortschritt wird zunächst nur von einer kleinen Minderheit befürwortet. Der Offizier sagt weiter, die

Armee stehe infolge der außerordentlichen Bevorzugung des Parade- und Gefechts-Drills in den Leistungen der Kriegsausbildung nicht auf der wünschenswerten Höhe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist denn aber die Armee da, als für Kriegszwecke ausgebildet zu werden? Jetzt kommt dieser Offizier und sagt, unter der Bevorzugung des Exerzier- und Parade-Drills leide die eigentliche Ausbildung für den Kriegszweck; die Detailausbildung für den Kriegszweck komme zu kurz, sie wäre nicht einmal 3 Monate in einem Jahre — also 6 Monate in zwei Jahren. Wenn wir verlangen, daß die Soldaten in 6 Monaten für den Kriegsdienst ausgebildet werden sollen, so schreit alle Welt und erklärt das für eine ganz tolle Forderung. Weiter urteilt der Verfasser der Broschüre, die Führer der Truppen würden bei Besichtigungen weit mehr nach ihren Leistungen im Parade-Exerzieren beurteilt als nach den Leistungen im Gefechtsdienst. (Hört! hört! b. d. Soc.) Schließlich fährt der Verfasser auch die Missstande auf den Schuldruck zurück, mit dem in der Armee gearbeitet wird, um die Vorschriften zu erfüllen. Wenn solche Urteile aus dem Innern der Armee selbst laut werden, dann hätten die entscheidenden Stellen alle Ursache genau zu prüfen, ob alles im Heere in Ordnung ist. In jener Broschüre wird wiederholt von Jena gesprochen, und was Jena für die preussische Armee bedeutet, weiß man. Wenn unser ungeheures Heer in seinem blauen Hosenputz als erstes der Welt gepriesen wird, dann haben wir angefaßt dieser Stimmen alle Ursache, bescheiden zu sein. Wir wandeln auf einem bedenklichen Wege. Wir Deutschen, heißt es jetzt, sind die erste, die großmütigste, die tapferste, die frömmste, und was weiß ich sonst noch, der Nationen. Das ist der Weg, den früher die Franzosen gewandelt sind, und den sie heute — nicht mehr wandeln. In ihrer Armeearganisation sind uns die Franzosen jetzt vielfach überlegen. Ein zweites 1870 erscheint heute ausgeschlossen. Graf Waldersee hat unsere Truppen, die in China gekämpft haben, ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Nun, der weitaus größte Teil der chinesischen Truppen trug noch nicht 3 Monate den bunten Rock und hatte nicht einmal ein Knäuel mitgemacht. Auch 1896 waren die sächsischen, bairischen und württembergischen Truppen erst kurze Zeit in Dienst und thaten doch ihre Schuldigkeit.

Der Gedanke der Einführung der Miliz, der bei uns als eine Art militärischen Hochverrats gilt, hat in den Nachbarländern mehr und mehr an Boden gewonnen. Ich erinnere an das Buch des französischen Artilleriehauptmanns Gaston Roch, der die Umwandlung der französischen Armee in eine Miliz anstrebt und zu ganz überraschenden Resultaten in der Kostenfrage gekommen ist. Auch ein anderer französischer Offizier, ein Oberst hat sich ähnlich ausgesprochen. In Frankreich wird jetzt die Idee der zweijährigen Dienstzeit, auch für Artillerie und Kavallerie erörtert. Der Oberst erklärte: Wir werden in mehr oder weniger kurzer Zeit notwendigerweise zur Organisation von Miliztruppen gelangen, schneller, als man es glaubt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in Italien und Oesterreich macht der Milizgedanke Fortschritte. Der italienische Oberst Marozzi befragte das Milizsystem, Zanardelli hat sich ähnlich ausgesprochen. Der Gedanke ringt sich durch trotz aller Widerstände: die ganze Entwicklung drängt dazu. Der kommandierende General des VIII. französischen Armeekorps hat im September v. J. den Truppen beim Abschied aus dem Feldlager gesagt: „Es ist notwendig, daß wir wissen, was die Uhr geschlagen hat. Sie sind der lebende Beweis, daß eine sechsmonatige Ausbildung befähigt, nicht nur Unteroffiziere, sondern Offiziere der Reserve heranzubilden und daß eine Abkürzung der Dienstzeit nicht nur möglich, sondern notwendig und nützlich ist im Interesse von Handel, Industrie und Ackerbau.“ Würden wir eine kurze Dienstzeit haben, dann bröckelten Sie (nach rechts) nicht mehr über Leutenot zu klagen. Es sind ganz banale Wahrheiten, die der französische General da ausgesprochen hat. Auch der französische Kriegsminister André, den Herr v. Gohler in der Budgetkommission als tüchtigen Mann anerkannt hat, beglückwünscht diese Idee. Der Gedanke taucht auf, die Schüler von St. Cyr und die Schüler der Polytechnischen Schule erst ein Jahr als Gemeine dienen zu lassen, bevor sie Offiziere werden, damit sie das Fühlen und Denken des gemeinen Soldaten kennen und ihn als Kameraden schätzen lernen. Es wird ferner daran gedacht, ein Drittel der Offiziersstellen aus den Reihen der Unteroffiziere zu besetzen. Das sind Gedanken, die sehr verschieden von denen der deutschen militärischen Kreise sind. Der Oberstbrigadier Wille in der Schweiz, der ein großer Verehrer der deutschen Heereseinrichtungen ist, spricht sich in der „Allgemeinen Schweizer Militärzeitung“ folgendermaßen aus: Es ist eine alte Erscheinung, daß in der langen Zeit des Friedens in den bestehenden Armeen eine ganze Reihe von Einrichtungen geschaffen wird, die sich im Ernstfalle absolut nicht bewahren. Auf Kosten der kriegerischen Tüchtigkeit werden diese Einrichtungen gefördert, die dann wie ein Kinderpielzeug von der rauhen Hand des Krieges zerdrückt werden. Auch die deutsche Armee scheint solche Pfade zu wandeln, eine Unmasse Einrichtungen sind bei ihr vorhanden, die in der Praxis, im Felde sich nicht bewähren können, obwohl die preussische Geschichte Beispiele dafür giebt, wie bedenklich diese Entwicklung werden kann.

Aber auch die unerträglichen Zustände der Reichsfinanzen müssen zu Veränderungen im Heerwesen drängen, die ohne die Schlagfertigkeit und Verteidigungsfähigkeit des Landes zu beeinträchtigen, doch Tausende von Millionen Mark ersparen können. Wie unsre Finanzverhältnisse liegen, hat der Schatzsekretär in der Budgetkommission klargestellt. Im laufenden Etat haben wir bis Ende Dezember ein Defizit von 43 Millionen. Dazu kommen Mehrausgaben im Betrage von über 7 Millionen, so daß das Defizit 51 Millionen beträgt. Bei der Aufstellung des gegenwärtigen Etats aber sind 57 Millionen Mark Annehmungen aus verschiedenen Reservoirs gestrichen worden; das ergibt beim nächsten Etat ein Defizit von 108 Millionen. Dazu kommen die Neuforderungen z. B. für die Militärpension. Ja, meine Herren, selbst wenn Sie den Tarif bekämen, für diese Mehrausgaben würde nicht eine Mark von den Zoll-erträgen übrig bleiben. Auf allen Seiten drängen sich die Kulturbedürfnisse hervor. Man sagt, die Einzelstaaten sollen sie befriedigen. Zum Teil geht das über ihre Kraft, zum Teil handelt es sich um Forderungen von solcher Wichtigkeit, daß nur das Reich sie erfüllen kann. Wo wollen wir hinaus? Der allgemeine finanzielle Krach steht und bevor. Und werden, wie man fürchtet, auch noch die vereinigten Staaten in die Krise hineingezogen, dann besteht die Gefahr, daß wir in eine ganze Reihe von Krisenjahren hineingeraten und für lange hinaus mit Mindererträgen rechnen müssen. Italien, Oesterreich und Frankreich sind in der gleichen Lage. Alle diese Umstände erzeugen dem revolutionierenden Gedanken einer Umgestaltung unserer militärischen Einrichtungen von Grund aus. Bei der Flottenvorlage haben die Herren vom Centrum das feierliche Versprechen abgegeben, daß sie in keine neuen indirekten Steuern oder Erhöhungen bestehender indirekter Steuern willigen werden. Wie Sie (zum Centrum) ihr Versprechen halten wollen angesichts der steigenden Anforderungen, darauf bin ich sehr neugierig. Es giebt nur ein Gebiet, wo Sie sparen können, das ist der Militärdienst, hier können Sie gründlich ändern, wenn Sie nur wollen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Liebenow (Rp.): Ueber das Duell können wir uns beim Antrag Schrader noch eingehend unterhalten. Ich habe den Eindruck je häufiger hier im Reichstag gegen das Duell debattiert wird, desto häufiger wird duelliert. Das Duell werden Sie nicht ausrotten, wenn Sie nicht vorher den germanischen Ehrbegriff ausgerottet haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Liebenow (Rp.): Ueber das Duell können wir uns beim Antrag Schrader noch eingehend unterhalten. Ich habe den Eindruck je häufiger hier im Reichstag gegen das Duell debattiert wird, desto häufiger wird duelliert. Das Duell werden Sie nicht ausrotten, wenn Sie nicht vorher den germanischen Ehrbegriff ausgerottet haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Liebenow (Rp.): Ueber das Duell können wir uns beim Antrag Schrader noch eingehend unterhalten. Ich habe den Eindruck je häufiger hier im Reichstag gegen das Duell debattiert wird, desto häufiger wird duelliert. Das Duell werden Sie nicht ausrotten, wenn Sie nicht vorher den germanischen Ehrbegriff ausgerottet haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Gohler:

Rach der ruhigen Art und Weise, in der Herr v. Liebenow heute sprach, war ich zunächst im Zweifel, ob ich ihm antworten sollte. Ich muß jedoch einige seiner Angaben berichtigen. Nach Dresden und Gnesen soll je ein Bataillon von Polen verlegt werden. Wenn irgend möglich, sollen die Kosten aus den laufenden Mitteln bestritten werden. Da die Verlegung nur im Interesse Preußens geschieht, wird auch wohl Preußen einen Beitrag zu den Kosten leisten. — Das Lieutenant v. Eichel durch einen mähigen Trinken zu Tode gekommen ist, ist nicht richtig. Die betreffende Zeitungsnachricht ist berichtigt worden. Lieutenant v. Eichel war schon vor Weichuaten leidend. An dem Abend vor seinem Tode hat er bei seinem Jugendfreunde sehr wenig getrunken, denn er verlegte nichts. Es ist richtig, daß er in einem Zustand war, der seiner Freund veranlaßte, ihn nach Hause zu bringen. Am nächsten Morgen ist er dann nach dem Gutachten des Arztes am Herzschlag gestorben. — Bei dem Lieutenant v. Hollmann ist konstatiert, daß er an einer schweren nervösen Störung gelitten hat, er ist mit der Hoffnung auf dauernde Heilung in eine Anstalt gebracht worden. — Ein Gegensatz zwischen Urteilen von Militär- und Zivilgerichten, wie ihn Herr v. Liebenow in zwei Fällen — nachweisen zu können glaubte, existiert nicht. Im Fall Stietencron haben beide Gerichte übereinstimmend angenommen, daß Stietencron in der Rotwehrrückgehabt hat. Das Zivilgericht hat mir hinzugefügt, daß er die Rotwehrrückgehabt überschritten habe. Im Fall des Hauptmannes Luthmer hat das Zivilgericht in Uebereinstimmung mit dem Militärgericht zwar nicht im Urteil, aber in der Begründung angenommen, daß Luthmer vorsätzlich vorlag. — Die Militärmisshandlungen haben der Zahl nach nicht zugenommen. Dem ewigen Druck durch die Vorgesetzten und dem bestimmten Willen des obersten Kriegsherrn ist es zuzuschreiben, daß die Militärmisshandlungen abnehmen. Außerordentlich erschwerend für uns ist es, daß nach der neuen Strafgesetzgebung jeder Schlag, jeder Stoß kriegsgerichtlich abgeurteilt werden muß, während früher leichtere Fälle disciplinär bestraft werden konnten. Es macht aber viel größeren Eindruck, wenn der Betreffende auf der Stelle bestraft werden kann. Die Zahl der Militärmisshandlungen beträgt 0,6 Proz. der Zahl der Vorgesetzten, die der einzelne Mann hat, das ist also keine große Zahl. (Auf links: Im Gegenteil, das ist ja kolossal!) Jedes Jahr werden ungefähr pro Armeekorps 2—3 Offiziere wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt bestraft. Die Zahl der kriegsgerichtlichen Urteile wegen Soldatenniederhandlung entspricht ungefähr der Zahl der Bataillone der deutschen Armee. Dies Verhältnis halte ich an sich nicht für groß, wünschenswert wäre es natürlich, wenn Soldatenniederhandlungen überhaupt nicht mehr vorkämen. Der erste Wille, sie zu beseitigen, ist auf allen Stellen vorhanden. Es wird kein Fall konstatiert werden können, in dem nicht streng nach dem Gesetz verfahren wäre. Freilich ist zu bedenken, daß 14 Proz. aller Rekruten gerichtlich oder polizeilich verurteilt sind. Von den Ersatzmannschaften 1900 waren 2900 verurteilt. (Hört! hört!) Durch diese Elemente wird die Ausbildung der Rekruten sehr erschwert, und dadurch sind auch so manche Mißhandlungen zu erklären. Wenn man jeden Schlag bestrafen wollte, z. B. in den Schulen, ich glaube, die Schulen wären bald von Lehrern frei. — Daß bei Sittlichkeitsvergehen in der Armee Begnadigung eintritt, ist ganz unrichtig. Im Gegenteil, der höchste Kriegsherr lenkt da keine Schonung; wer wegen Sittlichkeitsverbrechen belangt wird, muß unerbittlich aus der Armee entfernt werden. — Die Zahl der Deserteure ist nicht gestiegen, sondern geringer geworden. — Auf die Vorschläge des Herrn v. Liebenow über eine andre Ausbildung unserer Truppen gehe ich nicht weiter ein. Die Vorschriften werden bei uns ununterbrochen vereinfacht. In meiner Division gab es ein Regiment, in dem die Truppen nicht nach den gewöhnlichen Prinzipien ausgebildet wurden, auf Parade- und Gefechts-Drill wurde kein Wert gelegt. Das Resultat war, daß das Regiment in Schießen das schlechteste in der Armee war. Wir werden auch weiter die alte preussische Erfahrung befolgen, die Hauptsache ist, den einzelnen Mann so weit zu bringen, daß er die volle Gewalt über seinen Körper hat. Umre Art des Marsches ist von ärztlicher Seite als die vorteilhafteste für den Körper anerkannt worden. — Die Broschüre des sogenannten Offiziers in Jena hat auf mich keinen besonderen Eindruck gemacht. Ich glaube übrigens nicht, daß sie wirklich einen Offizier zum Verfasser hat, dazu spricht zu viel Unfahrenheit aus ihr. — Die Wohnung von Jena trifft nicht zu. Wir sorgen uns selbst, daß wir in Zukunft wahrscheinlich schwerer Verhältnissen entgegensehen werden, daß wir aber entschlossen sind, unsre Pflicht zu thun. (Brauo! rechts.)

Herr v. Liebenow (Rp.): Ich hoffe, daß der Herr Kriegsminister alles thun wird, um Mißhandlungen in der Armee immer mehr zu vermindern. Was die Duellfrage anlangt, so beweist die Stellung des Kriegsministers, daß seitens der Armeeverwaltung nicht die Absicht besteht, in Bezug auf das Duell irgend etwas zu ändern. Wir haben deshalb auf andrem Wege versucht, eine Besserung zu erzielen. Ich möchte den Kriegsminister bitten, seine Stellung darzulegen zu der zu diesem Etat eingebrachten Resolution Lengmann.

Kriegsminister v. Gohler: Der Vorredner hat von mir eine Antwort verlangt auf die Resolution Lengmann. Das ist nicht Sitte; ich bin nicht ermächtigt, auf eine Resolution zu antworten, die an den Bundesrat resp. an den Reichskanzler geht. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß mich in dieser Hinsicht bescheiden, bis der Bundesrat Beschluß gefaßt hat. Meine persönliche Stellung zu dieser Frage ist außerordentlich einfach. Es ist nämlich der Grund zu der Resolution, daß sich die Quelle in der Armee vermehrt hätten, hinsichtlich der Quelle in der Armee haben sich fortbauend vermindert. Die Offiziere haben das Recht, gelegentlich ebenso behandelt zu werden wie jeder andre. Daß Verstärkungen der Duellstrafe speziell für Offiziere notwendig sind, erkenne ich für meine Person nicht an.

Herr v. Liebenow (Rp.): Ich möchte den Kriegsminister bitten, seine Stellung darzulegen zu der zu diesem Etat eingebrachten Resolution Lengmann. Kriegsminister v. Gohler: Der Vorredner hat von mir eine Antwort verlangt auf die Resolution Lengmann. Das ist nicht Sitte; ich bin nicht ermächtigt, auf eine Resolution zu antworten, die an den Bundesrat resp. an den Reichskanzler geht. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß mich in dieser Hinsicht bescheiden, bis der Bundesrat Beschluß gefaßt hat. Meine persönliche Stellung zu dieser Frage ist außerordentlich einfach. Es ist nämlich der Grund zu der Resolution, daß sich die Quelle in der Armee vermehrt hätten, hinsichtlich der Quelle in der Armee haben sich fortbauend vermindert. Die Offiziere haben das Recht, gelegentlich ebenso behandelt zu werden wie jeder andre. Daß Verstärkungen der Duellstrafe speziell für Offiziere notwendig sind, erkenne ich für meine Person nicht an.

Herr v. Liebenow (Rp.): Ueber das Duell können wir uns beim Antrag Schrader noch eingehend unterhalten. Ich habe den Eindruck je häufiger hier im Reichstag gegen das Duell debattiert wird, desto häufiger wird duelliert. Das Duell werden Sie nicht ausrotten, wenn Sie nicht vorher den germanischen Ehrbegriff ausgerottet haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

die Hauptleute bei Kontrollversammlungen an polnische Akten errichtet haben sollen. Wenn die Hauptleute solche Akten gehalten hätten, könnten sie es nur im Jesuiten gethan haben. Ich bitte, mir Namen zu nennen und solche Zeugen anzuführen, die die Wahrheit dieser Angaben vor Gericht beschwören können. Ich halte diese Angaben für vollkommen irrig.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Ich war im vorigen Jahr optimistisch genug, anzunehmen, daß mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit des Militär-Strafverfahrens die Mißhandlungen in der Armee abnehmen würden. Leider habe ich mich in dieser Hoffnung getäuscht. Wir haben die Pflicht, den Finger immer wieder auf diese Wunde zu legen und gegen solche Mißthaten und Gemeinheiten auf das Schärfste zu protestieren.

Ich komme auf einen Fall zurück, den ich schon im vorigen Jahre erwähnt habe. Bei einer Feier von Kaisers Geburtstag in einer größeren rheinischen Industriestadt wurde ein Kaufmann von einem Mittmeister der Reserve auf das Schärfste und in taktlosester Weise provoziert. Der Kaufmann erwiderte, durch solche Verleumdungen gereizt: „Galtten Sie den Mund!“, worauf der Mittmeister erwiderte: „Sie sind ein Flegel!“ Darauf wieder der Kaufmann: „Dafür habe ich Sie sehr lange gehalten.“ (Heiterkeit.) Darauf schlug der Mittmeister den Kaufmann ins Gesicht; dieser aber packte seinen Gegner an der Kehle und schlug ihn zu Boden, bis die beiden durch die anwesenden Herren getrennt wurden. Am anderen Tage forderte der Mittmeister den Kaufmann zum Duell, was der letztere ablehnte. Der Mittmeister wurde wegen dieser Tathandlung zu 7 Tagen Festung verurteilt, die im Gnadenwege in Studienarrest umgewandelt wurden. Ich frage den Kriegsminister: Hat ein ehrenrätliches Verfahren gegen den Mittmeister stattgefunden, und welchen Ausgang hat dasselbe genommen? In der letzten Rang- und Quartierliste ist er noch als solcher bezeichnet. Wie kann ein Mann, der sich in so taktloser Weise gegen die Pflichten seines Standes vergangen hat, noch dem Offizierscorps angehören? Es wird weiter erzählt, daß der Bezirkskommandeur die Reserve-Offiziere seines Bezirks angewiesen habe, den Verkehr mit dem Kaufmann wegen seiner Verweigerung des Duells zu meiden. Ich frage den Kriegsminister: Hat der Bezirkskommandeur die Verurteilung tatsächlich ergehen lassen? Hat er dabei auf Grund bestimmter Vorschriften gehandelt? Gelten diese möglicherweise vorhandenen Vorschriften eventuell auch heute noch? Ich darf wohl annehmen, daß der Bezirkskommandeur inzwischem reaktiviert worden ist.

Kriegsminister v. Goltz: Ich bedauere, daß der Beredner diese Angelegenheit nochmals zum Vortrag gebracht hat. Der betreffende Offizier der preussischen Landwehr nimmt in Vornamen eine sehr geachtete Stellung ein. Die Sache an sich ist ja erledigt. Das ehrenrätliche Verfahren hat stattgefunden, und der Mittmeister hat den Abschied erhalten. Was den Vordirektor anlangt, so ist nur verfügt worden, daß es dem Tatgefühl jedes einzelnen überlassen bleiben müsse, ob er mit ihm gesellschaftlich weiter verkehren wolle. Etwas anderes konnte meines Erachtens gar nicht verfügt werden.

Abg. Kumer (Soz.):

Bei den Soldatemißhandlungen handelt es sich um eine Angelegenheit, an der alle Parteien gleichmäßig interessiert sein sollten. In der Bekämpfung und Ausrottung dieses Uebelstandes müssen wir einig sein, wenn wir etwas erreichen wollen. Es mag sein, daß der gute Wille besteht, die Mißhandlungen in der Armee zu beseitigen. Das zeigen die Erlasse des Prinzen Georg von Sachsen und des Kaisers Wilhelm II. Es wird aber nichts damit erreicht, es erfolgen immer neue Mißhandlungen. Ich will nun eine Reihe der allerschwersten Fälle, in denen die Mißhandlungen den Tod des Gemißhandelten zur Folge gehabt haben, zur Sprache bringen. Man muß sich wirklich wundern, daß nicht das ganze Volk wie ein Mann aufsteht und mit allen Mitteln, mögen es sein, welche es wollen, diesen Uebelstand austrotzet!

Redner führt zunächst zwei Fälle an, in denen Soldaten infolge von Mißhandlungen beim Baden den Tod fanden. Ein Soldat wurde übermäßig lange unter Wasser gehalten, stieß sich beim Herauskommen aus dem Wasser und nahm dann die erste Gelegenheit wahr, um sich selbst zu töten. Ein zweiter Fall ereignete sich in Mühlhausen i. G. Bei der Leibschwadron des Garde du Corps verstarb ein Soldat, Niederstein, infolge von Mißhandlungen. Hier liegt gewissermaßen Totschlag vor. Ein Soldat beim Feldartillerie-Regiment Nr. 89 zu Paderborn fand gleichfalls seinen Tod durch fortgesetzte Mißhandlungen, er mußte endlose Anbiederungen machen u. s. w. Bei einem Jäger-Regiment wurde ein Mann geödet durch Kölnische vor die Brust. Es lag zweifellos Totschlag vor. Ähnlich liegt der Fall Meise in Danzig. Ich erinnere weiter an den Fall des Mittelmeisters Grafen Stolberg-Wernigerode, der einen Sergeanten zunächst mit den schändlichsten Verbölnungen belegte, ihn dann mit Ohrfeigen taktierte und schließlich mit der Plemppe erschoss hat. Die Stabsärzte als Sachverständige sahen freilich regelmäßig aus, ein Zusammenhang zwischen der Mißhandlung und dem erfolgten Tode besteht nicht. Die für diese Mißhandlungen erteilten Strafen sind sehr gering: 6 Wochen, 6 Monate, 9 Monate Gefängnis. Der genannte Mittmeister erhielt 3 Jahre Gefängnis, obwohl er 3 Jahre Zuchthaus als Minimum hätte erhalten müssen. Die Disciplinlosigkeit des gemeinen Mannes wird mit ganz anderen Augen angesehen als die des Charquierten. Wenn ein Soldat ein Pferd mißhandelt, wird er zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Unteroffizier, der einem Soldaten zwei Ohrfeigen herunterhaute, bekam dafür 12 Tage gelinder Arrest! Er hat den Gemißhandelten gefragt, haben Sie etwas dagegen? (Heiterkeit.) Weil dieser geantwortet hatte: Jawohl! und noch mehr hinzugesagt hatte, wurde er zu 14 Tagen strengen Arrests verurteilt. Ein Mann, der auf seiner Sichel geriet hatte: „Neh die Arbeit! Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ wurde zu sechs Monaten Gefängnis wegen Verhöhnung sozialdemokratischer Gesinnung verurteilt. Wie milde werden dagegen schwere Anschuldigungen der Offiziere beurteilt. Jener Herr Webe, der in der Weihnachtsnacht, die Regimentsmusik voran, mit seinen Kameraden durch das nächtlich stille Bamberg zog, erhielt dafür 1 Tag Studienarrest. Drei Reservisten, die in der Betrunkenheit einen Gendarmen verprügelten, erhielten dafür 15 Jahre Zuchthaus. Das wurde also noch härter bestraft, als in unsern Kolonien das Vorfahren eines Menschen. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.

Das System der Mißhandlungen führt zur Korruption, die Soldaten werden zur Begehrtheit erzogen. Viele Soldaten verfallen auch durch die fortgesetzten Mißhandlungen in Wahnsinn. In verschiedenen Fällen ist der Zusammenhang zwischen Mißhandlungen und Geistesgekränktheit andrücklich nachgewiesen. Auch Frauenflucht ist sehr häufig eine Folge der Mißhandlungen. Redner führt eine Reihe solcher Fälle von Frauenflucht an. Die Thatfache, daß 1897 bei der Stellung zum Militärdienst 100 000 Leute unentschuldig ausgeblieben sind, spricht wirklich wenig für die Beliebtheit der Armee. Redner zählt weitere Fälle von Soldatemißhandlungen auf Grund kriegsgerichtlicher Urteile auf, die Einzelheiten bleiben jedoch bei der wachsenden Unruhe des Volkes auf der Tribüne unverständlich. Die Selbstmorde häufen sich auf erschreckendem Maße. 235 Fälle sind pro Jahr zu verzeichnen, d. h. sechs oder siebenmal so viel als im Civilleben. Der Herr Kriegsminister meinte, die Schuld an den Mißhandlungen liege darin, daß so viele der Rekruten vorbestraft seien. Wollen Sie denn aber ein derartiges schändliches Material durch körperliche und geistige Mißhandlungen verbessern? So harmlos wie der Herr Kriegsminister die Zahl der Mißhandlungen hinzustellen suchte, ist sie denn doch nicht. Ich verwahre mich übrigens dagegen, gesagt zu haben, die Mißhandlungen hätten sich vermehrt. Ich habe auch nicht gesagt, sie hätten sich vermindert, sondern ich habe überhaupt kein so bestimmtes Urteil abgegeben, dazu bin ich viel zu vorsichtig. Die Zahl der Mißhandlungen betrug nach der Angabe des Herrn v. Siebach in der

preussischen Armee im Jahre 1899 0,63 Prozent. Das heißt, auf 380 000 Mann kamen 2394 Mißhandlungsfälle im Jahre, auf einen Tag 7 Mißhandlungen. (Hört! hört!) Das ist doch ein ganzer Abgrund von Schänderei. Die Zahl der Mißhandlungen in der preussischen Armee ist übrigens viermal so groß als die Zahl der Mißhandlungen in Bayern. Es ist möglich, daß eine Abnahme der Mißhandlungen stattgefunden hat, weil das Heer seit 1889 ein einfacheres Reglement hat. Aber es fragt sich, ob seit 1895 eine weitere Abnahme stattgefunden hat und ob sie stetig ist. Alles in allem wird auch in Bayern seit 1870 eine Zunahme der Mißhandlungen stattgefunden haben.

Freilich, gewisse Dinge, die in Berlin alle Tage möglich sind, sind in München unmöglich. Als Graf Waldsee in China war, erhielt er ein Kablelgramm, das ihn aufforderte, die bei Hoku stehenden chinesischen Truppenkörper unverzüglich zu zerstreuen und an die große Mauer zurückzudrängen. Dieses Telegramm erinnert an den seligen Hofkriegsrat zu Wien und an die telegraphischen Befehle des Sultans im Harem an den Verteidiger von Varna, Osman Pascha, die diesen zu falschen Maßnahmen zwangen. Sie sehen, meine Herren, der blutige Diktatorismus macht sich nicht nur auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft, der Rederei bemerkbar, sondern auch auf dem Gebiete der Strategie. Der Absender des Telegramms ist — ich nenne ihn, damit sein falscher in den Verdacht kommt — nicht etwa der Kriegsminister oder einer seiner Räte, sondern Wilhelm II., rex imperator. (Stoche des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Kallstrem: Aus Ihren letzten Aeußerungen ersehe ich, daß Ihre früheren Worte als eine Majestätsbeleidigung gelten müssen. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Kumer (fortfahrend):

Ich bedauere, daß es im Deutschen Reichstag nicht möglich ist, gewisse Dinge zu sagen, die man in jeder öffentlichen Versammlung ausprechen kann, ohne daß die Polizei oder der Staatsanwalt eingreift. Was ich gesagt habe, ist wahr. Ich berufe mich auf das Heftblatt zum Militärischen Wochenblatt von 1902 Seite 63, wo das Telegramm abgedruckt ist. Wir haben also nur die Schönbeyten des Militarismus zu bewundern und zu bezahnen. Bezahlt muß er werden vom Schweiß, Blut und Hunger der Arbeiter. (Chal! rechts.) Sie dürfen nicht leugnen, daß die Haupterträge aus den indirekten Steuern stießen. Diese Expansionsfähigkeit des Militarismus führt zum politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der Staaten. Die Parteien, die den Militarismus unterstützen, unterminieren ihre eigene Stellung. Der Militarismus ist Wahnsinn, allerdings Wahnsinn mit Methode! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

General v. Einem: Die Zahl von 0,63 Prozent, die Herr v. Siebach für die Militärimißhandlungen im Jahre 1899 anführt, bezog sich nicht auf die Anzahl der Mannschaften, sondern auf die Anzahl der Vorgelegten. Statt der 2000 sind also tatsächlich im Jahre 1899 nur 507 Fälle vorgekommen. Auf die andern Einzelheiten, die jahrelang zurückliegen, kann ich jetzt nicht eingehen, da mir das Material fehlt.

Vorsitzender Militärdenkschriftlicher Generalmajor v. Endres: Der Herr Vorredner ist auf einen Vorgang in Bamberg zu sprechen gekommen. Dort ging es auf einen Feste junger Offiziere sehr lustig zu. Nachdem die höheren Vorgesetzten sich schon nach Hause begeben hatten, feierte sich, wie das ja immer der Fall ist (Heiterkeit), die Heiterkeit. Der übermüdigste unter den jungen Leuten sah nun vor: Holen wir uns die Pferde und reiten wir mit der Musik in der Stadt herum. (Heiterkeit.) Nun gebe ich zu, bei dieser Gelegenheit sind schwere Vergehen vorgekommen. Die jungen Leute haben die polizeilichen Vorschriften über die Benutzung des Trottoirs vollständig übersehen. (Große Heiterkeit.) Der Zweck der Vorschriften ist von ihnen völlig verkannt worden. (Erneute Heiterkeit.) Als die Geschichte vorüber war, sind sie schlafen gegangen. Von Brutalität habe ich hierbei bisher noch nichts bemerkt. (Heiterkeit.) Es war lediglich ein III, den die jungen Leute sich mit der friedlichen Stadt Bamberg erlaubten. Es ist falsch, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) darin eine Art Klassenstil sehen wollen. (Große Heiterkeit.) Wenn in der That kommen solche jugendliche Mißstreiche in allen Bevölkerungsschichten vor. Ich behaupte, daß niemand hier unter Ihnen sitzt, der nicht mal so einen III mitgemacht hat (Heiterkeit), ja, ich gehe noch weiter, ich sage, es sitzt hier niemand, der sich nicht jetzt noch freut, daß er einen solchen III mitgemacht hat. (Erneute große Heiterkeit.) Vom polizeilichen Standpunkt ist ja die Sache schmerzlich, vom Standpunkt der Jugend aber doch sehr vogeristlich. (Lebhaftes Bravo! rechts, in der Mitte und links.) Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Der Jahresbericht des Vorstandes der sozialdemokratischen Landesorganisation Wadens ist soeben erschienen. Er stellt einleitend fest, daß das abgelaufene Geschäftsjahr 1901, das im Zeichen der Landtagswahlen und des Brauereistand, reichliche Gelegenheit zu politischer Agitationsbetätigung gab. Flugschriften allgemeinen politischen Inhalts wurden 30 000 Stück verbreitet, der in Mannheim seit 1. Mai v. J. monatlich einmal herausgegebene „Arbeiter- und Bauernfreund“ wurde im Inlande in einer Auflage von insgesamt 60 000 Exemplaren abgesetzt. Während der Landtagswahlbewegung wurden außer dem vom Landesvorstand in einer Auflage von 55 000 Exemplaren herausgegebenen allgemeinen Wahlprogrammabdruck in den einzelnen Wahlkreisen noch eine ganze Reihe größerer und kleinerer Wahlflugblätter verbreitet, deren Gesamtzahl sich auf mindestens 200 000 Exemplare beläuft. Besonders gute Dienste leistete im Wahlkampf das vom Landtags-Abgeordneten Genossen Fendrich verfaßte und in etwa 2000 Exemplaren abgesetzte „Handbuch für sozialdemokratische Landtags-Wähler“. Der Ausfall der Landtags-Wahlen ist bekannt; er brachte der Partei den Gewinn von einem, den Verlust von zwei Mandaten, so daß die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in der zweiten Kammer von 7 auf 6 zurückging. Eine Genehmigung bei dabei müssen dadrüben Genossen allerdings die Thatfache, daß in allen Bezirken, in denen die Partei mit eigenen Kandidaten in die Wahl trat, die Zahl der sozialistischen Urwählerstimmen gegenüber der letzten Wahl erheblich gestiegen ist.

Der Aufwand für die Landtagswahlbewegung belief sich in den 8 mit eigenen Kandidaten besetzten Bezirken auf 6188 M., denen nur 2609 M. an Einnahmen gegenüberstehen, so daß ein Gesamtdefizit von 3579 M. zu decken bleibt.

Die allgemeinen Finanzverhältnisse der Landesorganisation haben sich nach dem Bericht nicht unerheblich verschlechtert und den Vermögensbestand von 1876 M. auf 675 M. herabgedrückt. Dieser Rückgang ist in erster Linie durch einen Beschluß der letzten Landesversammlung verschuldet, nach dem die Beiträge der Mitgliedschaften an die Landeskasse um ein Drittel ermäßigt wurden. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben der Landeskasse balancieren im Jahre 1901 in der Höhe von 6051 M.

Die auf der vorjährigen Landesversammlung beschlossene Einleitung des Landes in vier Agitationsbezirke scheint sich, den Aeußerungen der einzelnen Komitees zufolge, nicht sonderlich bewährt zu haben. Es wird über die Schwerfälligkeit und Langsamkeit des Verfahrens mit den einzelnen Mitgliedschaften geklagt und der Wunsch nach einer Abänderung des bestehenden Zustandes ausgesprochen.

Zu der Gemeindevertretung von Delmenhorst haben unsere dortigen Parteigenossen bei der letzten Wahl beinahe die Majorität erlangt. Bei der Einführung der neuen Mitglieder hielt der Bürgermeister eine Ansprache, die recht bezeichnend ist und Erwähnung verdient als ein Beweis dafür, daß sich ein Bürgermeister auch in eine

socialdemokratische Mehrheit schäzen kann. Der Bürgermeister erklärte, er wolle den Standpunkt des Stadtmagistrats gegenüber dem neugewählten Stadtrat von vornherein offen klarlegen. Gegte der Stadtmagistrat die Befürchtung, der Stadtrat werde eine einseitige Parteipolitik treiben, so würden sich die Mitglieder des Stadtmagistrats von einem Zusammenarbeiten mit dem Stadtrat keinen Erfolg versprechen können, und sich, wie er ausdrücklich betonen wolle, nicht an ihr Amt klammern. Der Stadtrat werde aber gewiß auch seinerseits einsehen, daß Fragen der hohen Politik nicht in einem Stadtrate gelöst werden könnten, und daß eine unzulässige Parteipolitik, einerlei, welche Partei sie betreibe, stets zum Schaden der eignen Partei ausschlage. Der Stadtmagistrat habe das Vertrauen zum Stadtrat, daß er zu praktischer Arbeit zusammenkomme, und dazu werde der Stadtmagistrat ihm hinreichende Gelegenheit geben. Die Einrichtung des im Bau begriffenen Kleinbinderheims, die Vergabe des Düsternorts zum Bau von Arbeiterwohnungen, die Beschaffung einer der Hygiene entprechenden Bauordnung, die Aufstellung eines Besatzungsplans, die Uebernahme von Genossenschaftswegen und — als Schlüsselstein zur Selbstverwaltung der Gemeinde — die Umwandlung Delmenhorsts in eine Stadt erster Klasse und Bildung eines eigenen Amtsverbandes seien die nächsten größeren Aufgaben des Stadtrats. So lange der Stadtrat das Wohl der Gesamtbevölkerung im Auge habe, könne er überzeugt sein, daß er an dem Stadtmagistrat keinen offenen Feind oder verdeckten Widersacher, sondern einen ehrlichen Berater finden werde.

Totenliste der Partei. In Köln-Sülz starb der Möbelpolierer Karl Kollhoff, einer der bekanntesten Parteigenossen des Ortes. Er gehörte der Partei seit vielen Jahren an und war unermülich für die Verbreitung unserer Ideen thätig.

Der diesjährige Kongreß der sozialistischen Partei Belgien findet am 30. März bis zum 1. April in Brüssel statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Die Berichte des Parteivorstandes, der Fraktion, der Gewerkschaftskommission, des Bundes der sozialistischen Korporationsgenossenschaften, des Bundes der sozialistischen Gemeindeführer, des Bundes der jungen sozialistischen Garde und des sozialistischen Frauenbundes. 2. Die politische Situation. 3. Die Errichtung eines ständigen Parteisekretariats. 4. Reorganisation des Parteivorstandes.

Aus Industrie und Handel.

Vom Eisenmarkt wird vielfach über eine Besserung der Geschäftsverhältnisse berichtet. Es ist damit keineswegs gesagt, daß er flott aufwärts geht, wohl aber berichten einige größere Werke über den Eingang von Aufträgen, die vorläufig ein weiteres Herabfallen der Konjunktur aufhalten werden. In einer Sitzung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, die vor einigen Tagen in Düsseldorf stattfand, besprach der zweite Vorsitzende, Kommerzienrat Brauns, im Anschluß an den Geschäftsbereich auch die Lage des Eisenmarktes und bräute die Ueberzeugung aus, daß die schlimmste Zeit des Niederganges unserer Industrie vorüber sei. Schon lägen bestimmte Anzeichen vor, daß die Börde überall bald geräumt sein werden und daß das Vertrauen wiederkehrt. Die Beschäftigung der Eisenhütten sei allgemein lebhafter geworden. Die Verluste dringenden Preise hätten eine, wenn auch vorläufig nur geringe Aufbesserung erfahren. Vermutlich seien die Anordnungen des Ministers Theilen betreffs der vermehrten Staatslieferungen. Notwendig sei der baldige Ausbau eines Kanalnetzes und der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen. Die Versammlung nahm diese Darlegungen mit lebhaftem Beifall auf.

Ob sich die Voraussetzungen des Herrn Brauns erfüllen werden, steht auf unfrüher Grundlage, bemerkenswert ist es aber, daß man in der Eisenindustrie allenthalben versucht, wieder die Preise herauszusetzen. Es haben die rheinisch-westfälischen und westdeutschen Walzwerke die Erhöhung des Grundpreises für Stabeisen um 5 M. pro Tonne beschlossen. In der Versammlung der Interessenten, die in Köln tagte, wurde auch wieder der Zusammenschluß zu einem Walzwerkverband angeregt und sollen in der Sache noch weitere Verhandlungen gepflogen werden.

Die Konkursverwaltung der Trebertröcknungs-Gesellschaft teilt mit, daß sie an die Gläubiger Anfang August eine Abschlagsdividende von 1/3 Proz. zur Verteilung bringen werde.

Die Bank für Rheinland und Westfalen in Köln hat ihren Aktionären eine unangenehme Ueberraschung bereitet. Die Bank schließt mit einer Unterbilanz von 2 174 000 M. ab, die durch außerordentliche Abschreibungen von 2 578 567 M. entstanden sind. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Aktien von 6:5 zusammenzulegen, um das Unternehmen zu konsolidieren. Das Aktienkapital würde demnach von 10 500 000 auf 8 834 000 herabgesetzt werden. Die schlechte Lage der Bank wird aus dem allgemeinen Zustand der Geschäfte hergeleitet.

Sociales.

Zahl und Größe der Haushaltungen.

Das kaiserlich statistische Amt hat jetzt die Zahl der Haushaltungen zusammengefaßt, die bei der Volkszählung am 1. Dezember 1900 festgestellt worden sind. Danach lebten 83 868 405 Personen, das sind 85,6 Proz. der Gesamtbevölkerung, in gewöhnlichen Haushaltungen mit zwei und mehr Personen. In Einzel-Haushaltungen lebten 870 601 oder 1,5 Proz. der Bevölkerung und der Rest in Anstalten etc.

Die Gesamtzahl der Haushaltungen betrug 12 260 012. Auf eine Haushaltung kommen (mit Ausnahme der Anstalten etc.) 4,8 Personen. Diese Feststellung bestätigt wieder, daß es durchaus gerechtfertigt ist, bei Verbrauchberechnungen die Familie zu fünf Köpfen zu rechnen.

1000 Arbeitslose versammelten sich in Lübeck und forderten in einer Resolution die Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung sowie die Vornahme von Kostlandarbeiten. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen Lübeds schätzt man auf 1500.

Im Subventionierung des Arbeiterssekretariats hat das Gewerkschaftsrat in Rassel ein Gesuch an die dortigen städtischen Behörden gerichtet. Es wird um Bewährung von jährlich 1000 M. gebeten.

Berichtigung. In der Rottz „Verbrechen und Strafe“ in voriger Nummer ist selbstverständlich auch die Zahl der erstmalig Verurteilten auf 100 000 zu beziehen und nicht auf 1000, wie es dort infolge eines Druckfehlers heißt.

Aus der Frauenbewegung.

Prostitutions-Statistik. Der bayrische Verein für Bekämpfung des Mädchenhandels und der Prostitution geht damit um, in den größeren Städten und Arbeitscentren Bayerns mit Unterstützung der Polizei eine Prostitutions-Statistik aufzunehmen. Es sollen namentlich über das Milieu, aus dem die Prostituierten hervorgegangen sind, über ihren früheren Beruf und über den Weg, auf dem sie zur Prostitution gekommen sind, Erhebungen angestellt werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jostrow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsschlichter“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 10 des 5. Jahrganges unter anderem: Die Bedeutung der Konsumskaffen für die Verfolgung der wirtschaftlichen Politik. — Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben. (Bredowbewegung. Steigender Export. Entlassungen im Maschinengewerbe; Textilgewerbe (Geschäftsgang in Gera, Ulm, Baden und Bayern. Lohnbewegung); Graphische Gewerbe (Durchführung des neuen Tarif). — Statistisches Monatsmaterial; Weiterbericht. — Arbeitsnachweise. — Frankfurter. — Streikzeitung für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsschlichter nebst zahlenmäßigen Angaben über Januar 1902.

Nur den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 18. Februar.
Opernhaus. Hofoper. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Mit Hobbs. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Geschlossen.
Schiller. König Harlekin. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Maria von Schottland. (1. Teil: Darnley) Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Das Bild. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Verlegt. Vorder: Bucht vor der Schwelgermutter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die brave Frau. - Die Kaufleute. - Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kaiser. Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rezeptionsbühne. Dellek. Ullenswons Bunter Breitt. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunter Theater (Ueberbreitt). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimo. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralie u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Martha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich Wilhelmstädtisches. Der Festschindler. Anf. 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Darauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Circus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Circus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Passage. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Urania. Taubens-Str. 48/49. (Im Theateraal) Anfang 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hofsaal. Anfang 8 Uhr: Dr. Schmidt: Aus den Archiven der Urwelt.

Urania.
Taubens-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Im Hofsaal um 8 Uhr:
Dr. P. Schwahn:
Aus den Archiven der Urwelt.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Neu! Der Burenkrieg und seine Schreckensscenen. Vorstellungen: 11-1 Uhr vormittags und 4-10 Uhr nachm. Neu! Gutenberg und der Buchdruck. Neu! Konzert (Tiroler Sänger) - Vorträge (Konzertsänger). Lebende Photographien. Entree 50 Pf. Kinder und Militär 25 Pf.

Central-Theater.
Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von F. Reinhardt. Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise: „Schneewittchen bei den sieben Zwergen.“
Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72/73.
Mit vollständig neuer Ausstattung
Seine kleine.
Große Ausstattungsbühne mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm u. G. Guido Heilfelder. Helmerding, Postwäcker, Gerda Walde, Wolf, Wagnowits, Junfer-Schlag. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Günther. Musik von Jean Gilbert.
Nina Mechtel als Gast. Morgen: Das Jungfernstift. Sonnabendnachm.: Hans Hudebein.
Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barlesko Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
W. Noacks Theater.
Frammstrasse 10.
Bajazzo und seine Familie.
Schauspiel in 5 Akten v. F. Wittmann. Heute: Tanzkränzchen. Mittwoch: Penion Schöler.

Belle-Alliance-Theater.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Die Dame aus Trouville.
Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. G. Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms. Lebensbild in 1 Akt. Regie: Gr. Ritzki Birkner. Rosa Marton.

Apollo-Theater.
Neu einstudiert!
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Operette in 1 Akt von Benno Jacobson. Musik von Wilh. Rosenzweig.
Ferner: O'Neil and Torp. **The Leamy-Truppe.**
Fräulein Svensson. Griffith Roads.
Willi Walden
François Rivolt. Kosmograph. Anfang 8 Uhr.
E. von Wolzogens Bunter Theater (Ueberbreitt) Köpplikerstr. 65.
Dienstag, 18. Februar, ab. 8 Uhr: U. a. „Zufall“ von Fuld, „Atollerspuh“, „Fescher Domino“ von E. v. Wolzogen, „Nora-Parodie“ von Bernauer. **Lina Abarbanell.** Sonnabend: 2. Subscriptions-Redoute.

Schall und Rauch (Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Dienstag, 18. Febr., abds. 8 1/2 Uhr: **Serenissimus-Zwischenspiele**
Grenze - Bauernkomedi - Abschiedssouper.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr. Anf. des Abendprogramms 8 Uhr.
Ganz Berlin spricht von der siebenjährigen Lola Gray
in dem erschütternden Mimosendrama:
Der Bajazzo und sein Kind.
Der wunderbare Imitator von Otero und Fongoro
Lanzetta.
5 Sisters Wanton.
16 ersteklassige Nummern.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur ersteklassige Spezialitäten. J. M. Hütt.
Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Louis Kellers Festsäle
Roppenstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fahrmann, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. 53328* Nach jeder Solice:
Familien-Kränzchen.
- Band haben Gültigkeit. -
Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kasanien-Allee.

Palast-Theater
(früher Beun-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Neue Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Großer Erfolg des Dir. Wilhelm Fröbel in der Ausstattung-Operette
Die süßen Mädel.
Ren! Fredoff Ren!
Ren! Wardenis Ren!
Dazu das große glänzende **Februar-Programm!**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Bühnen-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.
Freitag, den 28. Februar: Festvorstellung. Robert Dillé Benefiz.

Casino-Theater.
Lothringersr. 37.
Glänzender Erfolg! Abendlich ausverkauft!
W. Richter in „Lustige Brüder“.
Hans Berg in „Edies“ etc. etc. Anfangswochent. 8 Uhr, Sonntag. 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse.
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 86. Male: **Coralie & Co.** Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Cirkus A Schumann.
Heute Dienstag, 18. Februar, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
Grosse ausserordentliche Gala-Vorstellung
mit besonders gewähltem Programm. U. a.: Ren! Phänomenal Novität!
? L'écuycère lumineuse ?
In Feuer und Pianissimo angeführt von Frä. Dora Schumann. Moss. Sosmann mit seinem vollständig neuen Sports-Akt, sowie Auftreten von Mad. Ranz, Herrn Ernst Ranz, Herrn Bodjini und den übrigen Spezialitäten. Dir. A. Schumann mit seinen anerkannt unerreicht dastehenden Original-Dressuren. Die meist herrliche Pferde als Akrobaten. Ein Ständchen in der Kapelle Ranz. Zum Schluss zum 20. Male die große Ausstattung-Pantomime
Mephisto
vom Hof-Balletmeister H. Siem. Avis! Donnerstag, 20. Februar, abends prächtige 8 Uhr: Grosse ausserordentliche Gala-Sport-Vorstellung zum Behen der Frankfurter Brüderstrasse 10.

Indische Menagerie
im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)
Lothringersr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Treffer mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf. Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf. Die Direktion: Froese.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Eine Theaterprobe.
Nach jeder Solice: **Tanzkränzchen.**
Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Cirkus Busch
Dienstag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Klondike, Orig.-Pantomime des Cirkus Busch. Solo auf Stelzen. Stefan u. Ferd.

Charivari-Theater.
Alte Jakobstr. 37.
Neues glänzendes Februar-Programm.
Pepi Weiss Mizzi Braun
Lotte Selus Albert Kühne
Max Reichard u. a.
1/2 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfangswochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Steppdecken
billig in Fabrik Oranienstrasse 158.
Katalog Emil Lefèvre, Berlin franko.

Die Geburt eines Töchterchens zeigen hochachtungsvoll an
Oskar Skaller und Frau
Lea geb. Horbat.
Berlin, Ullandstr. 160.
Dem Jüngerer
Ernst Bode
(Rüstener Platz) zu seinem 35. Geburtstag ein donnerndes Begehoh 1896
C. K. B. B.
Freigezinkt auf allen Weltverstellungen.
Gegen

Nicht
Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh., Blutandrang ist vielseitig ersichtlich empfohlen - ohne Beruhigung -
Monhaupt Citronensaft
mit natürlichem Zitronensaft von reifen Citronen als „Citromon“ gesch.
Berlin und nächste Vororte sende 1 Flasche „Citromon“, 4 l. Saft von 50 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilo, 4 l. Saft von 50 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Auswärts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kapseln und Dankzettelchen vieler Geheilten.
Täglich frische Pressung.
F. Monhaupt, Berlin F. Sebnhäuser Allee 177.
Fabrik sämtlicher Spezialitäten. Sonst nirgendwo weiter.
Telephon: Amt III. No. 98.

1 1/2 Millionen Mk.
sind mit einem Loos zu gewinnen. Jedes Loos mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einzug, daher bei Auflösung kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Klassenlose. Gefälligst erlaube! Kein Schwindel! Jeder überzeuge sich erst und verlange Prospekt. 5/6
F. Seidenfaden, Wühlhausen 181 (Thüringen).

Charlottenburg.
F. Kunstmann, Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Reelle Garantie!
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.
Kaufpunkt bis abends neun. (33502*)

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
König Harlekin.
Ein Kostspiel in vier Aufzügen von Rudolf Lothar.
Mittwochabend 8 Uhr:
König Harlekin.
Donnerstagabend 8 Uhr:
König Harlekin.

W. Noacks Theater.
Frammstrasse 10.
Bajazzo und seine Familie.
Schauspiel in 5 Akten v. F. Wittmann. Heute: Tanzkränzchen. Mittwoch: Penion Schöler.

Betriebswerkstätte für Knaben-Konfektion Gustav Laaser, Knaben-Anzüge
Brunnenstrasse 84.
in größter Engrospreisen. Aufbruch zu Aufstellung nach Maß in kürzester Zeit.
Grosses Stofflager.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Eine Theaterprobe.
Nach jeder Solice: **Tanzkränzchen.**
Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Steppdecken
billig in Fabrik Oranienstrasse 158.
Katalog Emil Lefèvre, Berlin franko.

Kleine Anzeigen.
Jedes 5 Pfennig. Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Buchstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Schaufelgeschäft, 760 Miets, hand- bettelbar sofort zu verkaufen. Potsdamerstrasse 20. 4636
Gardinenhaus Große Frankfurter-Strasse 9, parterre. 437*
Zweijährige elegante Herrenhosen aus feinen Stoffen 9-12 Paar. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Potsdamerstrasse Germania, Unter den Linden 21, II. 9748*
Tepiche! (Jehelaste) in allen Größen für die Hälfte des Preises im Teppichlager Berlin, Dadescher Markt 4, Dadescher Markt. 1117*
Sportbillig! Tepiche, weißen Eleoparden, Gardinen, Uhren, Leder- und Reiterbedarf 6. Teilzahlungen gestattet. 8/8*
Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Kömer, Sebassianstr. 81.
Tepiche mit Farbenfeinern Fabriküberlage Große Frankfurter-Strasse 9, parterre. 437*
Wasservogel, blutblau, für Plutarque, Brustbrücke, Schwäbische, Gewächshaus, bessere Verhältnisse, überaus schön, 14 Hühner 3 Paar, 1/2 Tonne 350 erlösch. Nicht Hühnerzucht, Qualität ersichtl. Portiererei Ringler, Bernauerstrasse 119. 11216*Wolldecken, Damenjacken 4,50, 5,50, 8,00, 10,00, Kapuzen 3,95, 4,50, 8,00, elegante Ausfertigung, Nierenauswahl. Rosenbergs, Rotenbuserstrasse 93.

Wasserkraften, preiswerte Be-
zugsanlage, ohneKinzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Vandsbergerstrasse 82, 82, Adenauer-Strasse 60/61. 488*
Tischdecken billig! Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 437*
Kanarienvogel verkauft Brandt, Holzmarktstrasse 9. 4886
Kanarienvogel, 5 Paar an, Just-Weiden, feine, Hochhaltung, Doppelfarbe, Gänzlich nachgekauft. Kaufe jeden Vogel Kanarienvogel. Richter, Oranienstrasse 57. 4956
Kanarienvogel mit tiefer Stimme, sehr feine, Joachim, Brunnenstrasse Nr. 97. 4999
Veiten, prachtvolle, 17,00, Michel, Köpenickerstrasse 30. 6766
Kolonialwaren, Obst, Gemüse und Mehl in wegen Krankheit billig zu verkaufen, Hagenstrasse 31.
Zinger-Ringelblumen (nur angebracht), 1 Jahr Garantie, für 40,00. Koch, Rosaltr, Bremerstr. 57.
Cigarrengeschäft, passend für Cigarrenraucher, 20 Jahre bestehend, schöne Wohnung, Arbeitsstube, sofort veräußert. Käfers Tr, Brieger-Strasse 43, I rechts. 422
Kanarienvogel, Weibchen, Schwelz, Schöneinstrasse 20. 4122
Zehnfaltungsbücher billig zu verkaufen Potsdamerstrasse 11, Tischler-Werkstatt.
Altes Materialwaren-Geschäft mit Kasse verkauft billig Urbanstrasse 33.

Vermischte Anzeigen.
Rechtsbureau „Westen“ Potsdamerstrasse 26 b. Raterteilung in schwierigen Fällen durch langjährigen Rechtsanwältin A. D. 4875*
Anschaffungen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Siegelwesen. 426*
Rechtsbureau, Teltowstrasse 11, 1. Etage, Eingabengeld, Raterteilung. 9912*
Kochfreie zahnrätliche Behandlung Zahnärztliche Poliklinik, Gausstrasse 1a. 9992*
Union Zahnärztin, Brunnenstrasse 42. Täglich 9000 verschiedene Patienten. Dr. dental surgery. 4418
Wasservogel, ärztlich geprüft, empfiehlt sich in allen vorliegenden Fällen außer dem Hause. Penow, Adalbertstrasse 68, II. 4945
Rechtsbureau! Wer sich über diese wichtige Kaufsanleihe unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsbundes gegen Falschkauf, welche unentgeltlich verschickt werden vom Tierärztverein Berlin, Köpenickerstrasse 108. Derselbe können auch Referenten für Beiträge in Arbeitervereinen über Falschkauf bestellt werden. Um gültigen Ausdruck wird gebeten. 161b*

Kunststoffserei von Frau Kofodts,
Esterstrasse 48, Quergebäude hoch parterre.
Fächerverkauf zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafstrasse 101. 13011*
Wiederverkauf, Hochhaus und alle andren Bücher, leichtest Baumemann, Kochstrasse 66, I. Amt VI, 8397. 9222*
Wiederverkauf aller Art kosth. Leder, Oppelstrasse 16, Raumystrasse 18. 3989*
Vereinigung, Regelbahn frei, Boltzgarten, Brunnenstr. 150. 5618*
Rechtsbureau Pöhlisch, Andreasstrasse 10, 1. Etage, Rechtsbureau, Raterteilung. 6756
Anfertigung eleganter Herren- und Damenkleider. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstrasse 20. 5612*
Zahnärztin, Schlegelstrasse 30, III. Uebrigsteilliche Behandlung. 6656
Terrier, 8. Februar zugelassen, weiß-schwarz Kopf, reines Ohr, weiß gefärbt. Scheitel. Strauß, Pant-Strasse 45 a. 470
Goldfäden, Zahngebisse, Uhren, Silber, kosth. Brunnstrasse 137, Uhrmacherarbeiten. 5893
Kanarienvogel, Preisangabe, kaufte Romopla, Schindlerstrasse 31. 912
Geschäftsbüro, Interventionen, Unfälle! Raterteilung, Stellungsgeld, Klagen, Klagen. Kienstrasse 36.
Die bedeutendsten Worte gegen Herrn A. Rosenow, Jungferstrasse 4, nehme ich hiermit gern zurück. G. Gerull, Jungferstrasse 4. 5846

Vermietungen.
Zwischentüren mit Wohnung und besten Arbeitsräumen zu vermieten, Kommandantenstrasse 29. 5656
Zimmer.
Vorzimmer, klein, schön möbliert, separat, 15 Mark, Peter-Strasse 3, 3 Treppen. Zu erfragen bei Pöhlisch, Langenbeckstrasse 5 (Briedrichshagen). 488
Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle für Herrn, Weiber, Vandsbergerstrasse 35. 5677
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.
Blinder Stuhlreiter bittet um Arbeit. Stelle werden zu den billigen Preisen gesucht, werden abgeholt und mündlich prüfung abgelesen. Adresse: Ullandstrasse 27, K. Wüster.
Stellungsangebote.
Strohverkäufer und Hausierer für leicht veräußerten gutwährenden Kleinfabrikanten gesucht. Brauner, u. Co., Werbau in Sachsen. 4785

Tüchtigen Bühler verlangt Rosen-berg, Seidelstrasse 22. 5878
Tüchtigen Bühler verlangt Jensch, Waldemarstrasse 15. 4722
Stanger auf Holz-Photographie Rahmen verlangt Wolff, Diefenbachstrasse 33. 5746
Kompletterin auf Holz-Photographie Rahmen verlangt Wolff, Diefenbachstrasse 33. 5738
Jüngeres Schulmädchen zum Kind sucht Rietter, Wilschauerstrasse 48. 4800
Ein Dienstmädchen für Restauration verlangt Albert Garje, Sophien-Strasse 11. 4750
Jadett- und Modarbeiterrinnen verlangt Vandsbergerstrasse 33, I. 5858
Gebilde Unterred-Partnerin verlangt. Kottbuserstr. 63, 3 rechts. 4800
Wasserkraften, Preisangabe, kaufte Romopla, Schindlerstrasse 31. 912
Mantel auf Jadett auf dem Haus! Bage, Schwedterstrasse 36.
Tüchtige Stepperinnen verlangt Rifoy, Wilschauerstrasse 33, vorn III.
Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
Achtung, Zinfischer.
Die Verhaftung von Goldheim & Feder, Alexanderstrasse 23, ist wegen Vollstreckung gestoppt. Zugang fernschreiben. 280/3
Die Agitationskommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, wird Genosse Rechtsanwalt Dr. Herzfeld in den Kurhallen unter dem Bahnhof Bellevue über die Politik der Socialdemokratie sprechen. Da uns die letzte Versammlung hintertrieben wurde, so richten wir die dringende Aufforderung an die Genossen, wiederum recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand des Wahlkreises.

Zweiter Wahlkreis. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7, eine Versammlung statt, in der Genosse Fritz Jubel über „Die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen“ sprechen wird. Regen Besuch erwartet der Vorstand besonders von den Genossen der „Friedrichstadt“, da uns dort kein größeres Lokal für eine Versammlung zur Verfügung steht.

Dritter Wahlkreis (Gesundbrunnen). Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlkreises im Lokal „Marienbad“, Badstr. 36. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten R. Fischer über: „Marinepolitik und Socialpolitik“. Diskussion. Verschiedenes. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Treptow - Baumshulweg. Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlkreis im Restaurant Richter seine Monatsversammlung ab, in welcher Stadtverordnete Genosse R. H. über „Die Pflichten der Wahlvereinsmitglieder“ referieren wird.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet im Obstischen Lokale eine Versammlung des Wahlkreises statt. Auf der Tagesordnung steht außer einem Vortrag des Genossen G. Remy über „Unsere technischen Fortschritte“ auch ein Antrag betreffend Vermehrung der Wahlstellen.

Lokales.

Der neuere Stadtbaurat.

Gegen die Bauten des Stadtbaurats Hoffmann wird seit einiger Zeit von freisinniger Seite mit wachsendem Eifer Sturm gelaufen. Herr Hoffmann legt auf die künstlerische Ausgestaltung seiner Bauten mehr Wert, als man bisher von den Berliner Stadtbauräten gewöhnt war. Infolge dessen muß er aber auch an den Stadtsäckel etwas höhere Anforderungen stellen, als das beispielsweise sein Vorgänger Stadtbaurat Blankenstein gethan hat. Daher der Grimm des Freisinn!

Die besondere Ingnade der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit hat sich Herr Hoffmann dadurch zugezogen, daß er sogar den Gemeindefürsorgeämtern den Stempel seiner künstlerischen Persönlichkeit aufzudrücken bestrebt ist. Vom Standpunkt eines freisinnigen Spiehbürgers aus ist das in der That geradezu unverzeihlich. Wer hätte früher solche Gemeindefürsorgeämter in Berlin für möglich gehalten! Hatte nicht bisher auf diesem Gebiete das Schlimmste als gerade gut genug für Proletariatskinder gegolten?

Die Wortführer des Freisinn suchten allerdings ihren Verdruß über diese ihnen unverständliche „Verschwendungssucht“ hinter allerlei Bemängelungen anderer Art zu verbergen. Unter anderem will man herausgefunden haben, daß Hoffmann zu unpraktisch baue, und speziell mit Bezug auf seine Schulbauten wirft man ihm vor, daß die Klassenräume zu dunkel ausgefallen seien. In dem Stadtvorordneten-Ausschuß, der sich kürzlich mit der Prüfung der Baupläne für drei neue Doppelschulhäuser zu beschäftigen hatte, ist diese Frage zur Erörterung gekommen. Dabei wurde von einem Mitgliede des Ausschusses versucht, den zahlenmäßigen Nachweis zu führen, daß Hoffmanns Schulen wirklich zu dunkel seien.

Herr Hoffmann hat diesen Vorwurf, der in der That schwer genug wiegen würde, wenn er begründet wäre, nicht auf sich sitzen lassen wollen, und hat auf Klarstellung des Sachverhalts gedrungen. Eine darauf durch den Ausschuß vorgenommene Besichtigung mehrerer Gemeindefürsorgeämter hat ergeben, daß allerdings in einer der letzten Schulbauten Blankensteins die Lichtzuführung etwas besser ist als in den ersten Schulbauten Hoffmanns. Doch mußten sämtliche Ausschußmitglieder zugeben, daß in den Klassenzimmern der Hoffmannschen Schulen alle Plätze gleichmäßig beleuchtet und ausreichend hell seien.

Wir sind gespannt darauf, was nun das nächste Mal versucht werden wird, um den Beweis zu erbringen, daß Herr Hoffmann — der „neuere“ Stadtbaurat, wie er selber in einer der letzten Stadtvorordneten-Sitzungen sich scherzend nannte — ein elender Stümper ist, und daß sein Vorgänger Blankenstein, der in seinen Bauten nicht bloß die beschränkenden Vorschriften freisinniger Sparsamkeit so sorgfältig zu befolgen, sondern auch den nächstern Geschmack des freisinnigen Spiehbürgers so sicher zu treffen wußte, ein Genie war.

Die auf dem städtischen Schlachthof vollbeschäftigten Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen haben sich abermals an die Stadtverordneten-Versammlung gewandt: 1. ihnen ein festes Einkommen zu gewähren und 2. ihre Beamten-eigenschaft anzuerkennen. Gleiche Anträge haben die Versammlung schon wiederholt beschäftigt. Der Petitionsausschuß hat das Gesuch um Gewährung eines festen Einkommens zur Sicherung der wirtschaftlichen Lage der Beamten für gerechtfertigt erachtet und empfiehlt es zur möglichsten Berücksichtigung schon beim nächsten Etat. Dagegen soll der zweite Teil der Petition durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt werden, da nach dem Reichsgerichts-Erkenntnis vom 7. März 1898 und Ober-Verwaltungsgerichts-Erkenntnis vom 8. Juli 1899 die Fleischbeschauer-Beamten ebenso wie die Tierärzte beim Schlachthof keine Beamten-Qualifikation haben und nur als Sachverständige angesprochen werden können. Eine feste Anstellung der Fleischbeschauer ist nicht möglich, weil bei ihrer Annahme und Beschäftigung das Polizeipräsidium mitzureden hat, welches vorkommendenfalls auch ihre Entlassung fordern könnte.

Aus dem städtischen Obdach in der Großefstraße geht uns eine Mitteilung zu, wonach bei dem jetzigen starken Andrang das Abendessen nicht immer ausreicht. Jedem Obdachlosen, der bis 11 Uhr acht zur Stelle ist, wird bekanntlich eine Portion Mehlsuppe und ein Stück Schwarzbrot spendet; die Verteilung erfolgt zwischen 8 und 8 1/4 Uhr. Die Suppe leidet an sich schon nicht an einem Ueberfluß an Fettgehalt; wo nun aber mehr Mägen kommen als vielleicht angenommen wurde, erscheint sie nach der und gewordenen Mitteilung so dünnflüssig, daß von einem Nährwert nur sehr bedingt die Rede sein kann. Auch soll die Suppe manchmal nur lauwarm verabreicht werden, so daß sie selbst den Zweck, den Körper ein wenig zu erwärmen, nicht erfüllt. Ebenso wird darüber geklagt, daß die Mehlsuppe kaum Salz enthalte und zuweilen grobe, fast rote Mehlschlumpen in sich verberge, gewiß eine Folge mangelhaften Durchgährens.

Eine weitere Klage geht dahin, daß die Wärme, die das Ähnl in den ersten Abendstunden durchzieht, nur kurze Zeit anhalte und in der Nacht einer Kälte Platz mache, die bei den dünnen Decken so empfindlich wirkt, daß ein Schlaf kaum zu denken sei.

Zum Schluß beklagen sich die Ähnl über das Ungeziefer, das selbst zur jetzigen Jahreszeit auch in den Schlaffallen haust. Sie schreiben dies Uebel zum Teil daher, daß die Pflichten im Gegensatz zu früher nicht mehr täglich abgepörrt werden.

Es ist wohl angebracht, den hier mitgeteilten Beschwerden auf den Grund zu gehen.

Gelegentlich der Beratungen des Stadtverordneten-Ausschusses über den Neubau der Adalbertbrücke machte Stadtbaurat Krause einige Mitteilungen, die sich auf den Teltower Kanal beziehen. Danach ist eine Verbindung des Teltower Kanals mit dem Landwehrkanal unter Benutzung des Rixdorfer Stichkanals seitens des Magistrats und der Verkehrsdeputation geplant gewesen. Dabei haben sich aber derartige Schwierigkeiten bei Rixdorf herausgestellt, daß zur Zeit von der Ausführung dieses Projekts Abstand genommen worden ist. — Ferner ist noch ein Zweigkanal von dem Teltower Kanal durch den Plänterwald nach der Spree projektiert, wo die Stadtgemeinde etwa 58 000 Quadratmeter städtisches Terrain unentgeltlich zur Verfügung stellen soll. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

Zur Eröffnung der Hochbahn. Für die heute, Dienstag, stattfindende allgemeine Eröffnung der elektrischen Hochbahn ist, wie geschrieben wird, daran zu erinnern, daß die Fahrartenlösung, der Schaffner-Kontrolldienst usw. ebenso sind wie bei der Stadtbahn. Auch wird es mit Hilfe der zahlreichen Begleiter leicht sein, sich mit der Neuordnung vertraut zu machen, daß für Abfahrt und Ankunft je ein besonderer Bahnsteig vorgesehen ist. Anders das Ein- und Aussteigen. Man steigt in die Hochbahnwagen durch Schiebetüren, die an den beiden Enden der Wagen angebracht sind. Der eigene Bahnkörper, der dem elektrischen Betrieb zum erstenmale in Berlin auf der Hochbahn zur Verfügung steht, ermöglicht ein ungewohnt schnelles Anfahren. Versuche, in einem anhaltenden Zug einzusteigen, sind somit lebensgefährlich. Da ferner die Wagen je nur zwei Ausgänge haben, ist der kurze Aufenthalt auf den Haltestellen ohne Hast, aber auch ohne Hast auszumachen.

72 000 Kubikmeter Schnee sind in der verfloffenen Woche aus den Straßen Berlins nach den städtischen Abladeplätzen gebracht worden, was einen Kostenaufwand von ca. 90 000 M. entspricht. Bezüglich der Schneefahrt war mitgeteilt worden, daß verschiedene städtischer einestell, um die weiten Wege nach den städtischen Abladeplätzen zu ersparen, um so mehrere Führer machen zu können, den unter Kontrolle von städtischen Beamten aufgeladenen Sämerei wieder abgeladen hätten. Diese Mitteilung entspricht jedoch, wie Nachforschungen ergeben haben, nicht der Wahrheit und ist bei der Eigenart der Kontrolle, welche die städtische Straßenreinigung durchführt, auch undenkbar. Jeder Kutscher erhält, sobald der Schnee auf den Wagen geladen, von einem Oberaufseher der städtischen Straßenreinigung eine Kontrollmarke und hat diese bei der Anfahrt an dem Abladeplatz einem dort postierten Beamten, der auch die Ladung kontrolliert, wieder abzugeben. Auf Grund der Zahl der abgelieferten Marken erfolgt die Feststellung der gemachten Führer und die Bezahlung derselben, wodurch ein Betrug natürlich vollständig zur Unmöglichkeit gemacht wird.

Der Pferdefleisch-Konsum kann als ziemlich sicherer Maßstab für das Elend angesehen werden. Von Einzelfällen abgesehen, läuft nur der Pferdefleisch, der mit dem besten Willen eine andre Fleischnahrung nicht erschwigen kann. Im letzten Jahre sind 12 929 Pferde in der Central-Motzschlachtereie in der Greifswalderstraße geschlachtet worden, gegen 11 610 Pferde im Jahre 1900. Im Januar 1902 hat die Zahl der geschlachteten Pferde noch eine erhebliche Vergrößerung gegen den gleichen Monat des Vorjahres erfahren. Von den geschlachteten Tieren diente nur der kleinere Teil als Futterfleisch für zoologische Institute, wie Zoologischer Garten, Aquarium usw., während die Mehrzahl zu Rohmaterial für Menschen verarbeitet wurde. Die meisten Pferde wurden in den Monaten Januar, Februar und Dezember dem städtischen Schlachthaus zugeführt, während die geringste Anzahl im Juni, Juli und August getötet wurde.

Ueber die Märchenbrunnen-Angelegenheit wurde in der letzten Sitzung des Grundbesitzer-Vereins von unterrichteter Seite mitgeteilt: Auf eine gelegentliche Anfrage habe Stadtbaurat Hoffmann verkündet, daß die Angelegenheit bald zu aller Zufriedenheit erledigt sein dürfte. Er habe gleich zwei Projekte ausgearbeitet, die demnach der städtischen Deputation für Kunstzwecke vorliegen würden. Es siehe zu erwarten, daß wenigstens eins von beiden auch höheren Orts auf Zustimmung rechnen könne. Ra also! In derselben Sitzung wurde mitgeteilt, daß den unhaltbaren Zuständen im Friedrichshain bezüglich des kleinen und großen Teichs binnen kurzen ein Ende bereitet werden wird. Die Teiche werden ausgegärrt, cementiert und mit reichlichem Wasser versehen. Besonders zur Verschönerung wird die geplante Anlage eines in Rasen abspringenden Wasserfalles beitragen.

Späte Liebe. Die seit fünf Jahren verwitwete Frau Anna Schönfeld, die in der Pappelallee 118 eine Küche bewohnt, unterhielt seit drei Jahren ein Liebesverhältnis mit dem um zehn Jahr jüngeren Maler Wilhelm Weich aus demselben Hause. Der Geliebte wurde ihrer überdrüssig und wandte seine Neigung einer Jüngerin zu. Das nahm sich die 48-jährige Witwe derart zu Herzen, daß sie zu sterben beschloß. Als sie am Montagmorgen einer Freundin auf der Straße begegnete, lud sie sie zur Besichtigung ihrer Leiche ein mit den Worten, daß sie die Antraue ihres Geliebten nicht überleben könne, die Freundin möge um 5 Uhr nachmittags in die Wohnung kommen, dann sei sie schon eine Leiche. Die Freundin wurde besorgt und kam schon um 12 Uhr mittags. Auf der Treppe fiel ihr schon ein Geruch auf. Als sie mit Nachbarn in den nicht verschlossenen Raum trat, war dieser völlig verqualmt. Frau Schönfeld hatte die Maschine mit Steinlohlen geheizt, den Schieber geschlossen und die Ringe abgenommen. Sie selbst lag, mit Hemd und Unterrock bekleidet, im Bett und hatte die Bestimmung bereits verloren. Auf ihrem Tisch stand eine Tasse mit einer Flüssigkeit, daneben lag ein Abschiedsbrief an den Verstorbenen. Das 97. Polizeirevier bestellte sofort einen Wägen, der die bedenklich kranke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain brachte, da ärztliche Hilfe nicht sogleich Erfolg hatte.

Ein erbitterter Kampf um einen Lotteriegewinn beschäftigt zur Zeit das Landgericht I. In der zweiten Ziehung der Weyer-Dombau-Lotterie, die am 9., 11. und 12. November v. J. stattfand, wurde das Los Nr. 284 782 mit dem dritten Hauptgewinn von 10 000 M. gezogen. Bald nach der Ziehung erschien bei dem hiesigen Hauptkollektor, eine Frau W., zeigte ein Notizbuch vor, in dem die erwähnte Nummer eingetragen war und erkundigte sich, ob sie gewonnen habe. Ihre Freude darüber, als sie erfuhr, daß es mit 10 000 M. gezogen war, erlitt einen Dämpfer, als der Kollektor die Vorzeigung des Loses verlangte und sie erklären mußte, daß es nicht mehr in ihrem Besitze sei. Sie wollte das Los von einem Herrn geschenkt erhalten und es in ihrer Handtasche aufbewahrt haben. Diese habe sie eines Tages kurz vor der zweiten Ziehung verloren. Der Kollektor weigerte sich natürlich, die 10 000 M. auszugeben, bevor ein Aufgebot erlassen und die Rechtmäßigkeit ihres Anspruchs festgestellt sei. Für die Glaubwürdigkeit der Angaben der Frau W. sprach der Umstand, daß der Finder ihrer Handtasche in der Person eines Lumpensammlers ermittelt wurde, der vor Gericht einräumte, sich den Inhalt der Tasche angeeignet, ein darin befindliches Los aber als vermeintlich wertlos fortgeworfen zu haben. Der Lumpensammler wurde wegen Fundunterdrückung bestraft. Nun beantragte Frau W. den Rechtsanwält Dr. Schöps mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Dieser erwirkte zunächst ein Aufgebot des verlorenen Loses beim Amtsgericht zu Reg. Da stellte sich der überraschende Umstand heraus, daß sich über zwanzig Personen meldeten, welche das Los verloren haben wollten. Das Gericht steht nun vor der schwierigen Aufgabe, alle die verschiedenen Ansprüche prüfen zu müssen. Die 10 000 Mark ruhen einstweilen wohlverwahrt im Tresor des Bankiers.

Schon wieder wird ein eusselisches Brandunglück gemeldet. In der Brunnenstraße 125 entlitt ein halbjähriges Kind gestern harte

Brandwunden am ganzen Körper bei einem Brande, der dort um Mittag in einer Wohnung ausgebrochen war. Das schwerverletzte kleine Wesen wurde sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus in der Bernauerstraße gebracht, wo man aber nur wenig Hoffnung hegte, es am Leben zu erhalten. — Etwas später kam in einem Keller der Wäckerstraße 82 Feuer aus. Es brannten dort Tapeten, Stoffe, Packmaterial u. a. Nach der Kronenstraße 10 wurde die Feuerwehre gerufen, um ein Pferd zu retten.

Uebel zugerichtet wurde am Sonntagabend angeblich bei einer Schlägerei auf dem Gesundbrunnen der 26-jährige Malergehilfe Rudolf Gutschow aus der Landsberger Allee 136. Er trug drei Wunden am Kopf und eine Wunde am rechten Arme davon. Die Verletzungen erwiesen sich bei der ersten ärztlichen Untersuchung als so schwer, daß G. in einem kuppeligen Rettungswagen nach einem Krankenhaus gebracht werden mußte. Die behördliche Vernehmung über den Hergang hat noch nicht stattgefunden, so daß ein genaues Urteil noch nicht abgegeben werden kann.

Beim Eislaufen verunglückte auf der Obersee in der Nähe der Liebesinsel ein junger Mann. Er brach ein und verlor vor den Augen der übrigen Schlittschuhläufer. Besser erging es einem Herrn, der auf der Dämme einbrach. Auf seine Hilferufe eilte ein Landwirt mit seinem Jagdhunde herbei, warf sich auf Eis und zog den Mann, den der Hund zunächst gehalten hatte, aus dem Wasser.

Ein schwerer Straßenbahn-Unfall hat sich in der Kiderstraße zugetragen. Die zehnjährige Elisabeth Bachholz aus der Liesenstraße stieg mit ihrem einjährigen Bruder Karl aus einem Straßenbahn-Wagen und nahm den Knaben auf den Arm, um ihn über den Fahrdamm zu tragen. In diesem Augenblick kam aus der entgegengesetzten Richtung noch ein „Elektrischer“ und erfasste die Kinder. Während das Mädchen zur Seite floh, geriet der Knabe unter den Wagen und wurde mitgeschleift. Schwer verletzt wurde er nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft, wo er hoffnungslos darniederliegt. Die Schwester hat harte Wehklagen an den Beinen davongetragen.

Ein vermutlich amerikanischer Schwindler, der sich den Namen Karl Friedrich Pöller aus Philadelphia beilegt, mißbraucht den Namen des Professors Joachim, des Direktors der königlichen Hochschule für Musik. Unter Vorzeigung einer gefälschten Empfehlung des Professors stellt sich der etwa 24 Jahre alte Betrüger als ein talentvoller Musikschüler vor und bittet um Unterstüzung. In zahlreichen Fällen ist ihm seine Absicht gelungen. Er hat das Aussehen eines Künstlers, dunkles Haar und einen kleinen dunklen Schnurrbart, trägt einen schwarzen Ueberzieher und einen schwarzen Schlapphut.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute die erste Aufführung von „König Harelui“, Maskenspiel in 4 Aufzügen von Rudolf Kothar, in folgender Besetzung der Hauptrollen: Königin Gertrud; Emma Gerbe; Bohemund; Georg Boesche; Laurenc; Max Patzig; Otto; Else Watz; Prinz Ezzo; Otto Kembe; Harelui; Rudolf Zeitinger; Pantalone; Max Kirchner; Colombine; Marianne Wulf; Scapino; Reinhold Köhler.

Neuer Verkehrsplan. Soeben erschien bei Meyers Verlag in Berlin SW, Kleindekenstraße 26, in sechster Auflage (Ausgabe 1902) die Broschüre „Neuer Verkehrsplan von Berlin mit allen A-Verkehrslinien 1:20 000, farbige 2 Pl., farbige 1/2 Pl., farbige 1 Pl.“ Mit allen Verkehrsplänen und Verzeichnis der Straßen und Schienenverläufe. Der in schönem Formdruck angefertigte Plan ist in allen Teilen bis auf die neueste Zeit ergänzt. Es hat darin das Straßennetz der Provinz Schöneberg, Blümlerstraße, Rixdorf und Pöhlchen-Bismarck, das im letzten Jahre bedeutende Änderungen erfuhr, eine ganz korrekte Darstellung gefunden.

Aus den Nachbarorten.

Die trennungswilligen Stadtbauer zu Potsdam beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung am 14. d. M. mit der von einer Arbeitslosen-Versammlung vorgebrachten Resolution mit der Arbeitslosigkeit am Orte. Der antisemitische Stadtverordnete Frölich hatte in dieser Versammlung den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Steuerung der Not befürwortet und vertret diesen Antrag auch im Stadtparlament. Darauf antwortete der Stadtverordnete und konservative Reichstags-Abgeordnete, Tischlermeister Pauli, daß die Arbeitslosen-Versammlung nicht als ein Lustspiel, eine Komödie und Possen sei, bei der jeder ein Kollege den Komiker gespielt habe. Er wüßte nicht, was von der Stadt zur Abhilfe des Arbeitsmangels gesehen solle, den Pöhlchenberg könne man doch nicht abblenden und aufs Dorfstedter Feld schaffen. Stadtverordnete Hoffmann, Bernhardt hob hervor, daß die Potsdamer Arbeiter sich weigerten beim Teltower Kanalbau mit den „Pöhlchen“ zusammen zu arbeiten. Oberbürgermeister Jähne konnte gleichfalls einen besondern Rat nicht anerkennen. Jeden, der bei der Stadt um Arbeit nachgesucht habe, sei solche gegen 1,25 M. pro Tag nachgewiesen worden. Die Berechtigung des in der Arbeitslosen-Versammlung aufgestellten Lohnsatzes von 3 M. pro Tag müsse er bestreiten. Nachdem noch andre Redner gegen den Frölich'schen Antrag, der den Zweck haben sollte, thunlichst schnellst bevorstehende städtische Arbeiten in Angriff zu nehmen, gesprochen hatten, wurde derselbe abgelehnt. Stadt. Frölich hatte zuvor erklärt, daß er persönlich dem Stadt. Pauli nicht antworten wolle, um sich nicht einer Ordnungsruf zuzugleichen.

So sieht es nun das soziale Empfinden einer in Monarchentreu fast vergehenden Stadtvorordneten-Versammlung aus!

Schöneberg. Der neue Vertragentwurf mit der Englischen Gas-Gesellschaft, wonach die seitens derselben vorgeschlagenen Bedingungen auf 20 Jahre verlängert werden sollen, wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtvorordneten nach heimatliche dreistündiger oft erregter Debatte einem eskalierenden Ausschuß überwiesen, dem auch Genosse Wajuch angehört.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin). Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal I: Versammlung.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitgliedsschaft Berlin). Abends 9 Uhr Rosenstraße 57 bei Bauer: Mitgliederversammlung.

Berein der Mineralwasser-Arbeiter. Dienstag, den 18. Februar: Vereinsversammlung. Schmidstr. 21 bei Hecht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

H. G. Wenden Sie sich an die Direction der städtischen Straßenreinigung Kleine Franzfurterstr. 8.

E. Z. Wenden Sie sich an den Reichstags-Abgeordneten Paul Singer, Lindenstr. 44.

Interessent. Der Zollfuß auf Kasse, roh, beträgt pro Doppelcentner 40 M.; gekaut, geröstet, gemahlen 50 M. Eichorten 4 M. Andre Kaffee-Erfolgstoffe 40 M.

Witterungsübersicht vom 17. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter, Temp. in C. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Weiterprognose für Dienstag, den 18. Februar 1902. Gemäßigtes trübe, zunächst etwas wärmer mit geringen Niederschlägen und mäßigen südöstlichen Winden.

Achtung! Achtung!
Socialdemokratischer Wahlverein
 für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
 in den Kurhallen, Goldener Ufer 19 (unter dem Bahnhof Bellevue):
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Politik der Socialdemokratie. Referent: Reichstags-Abgeordneter
 Dr. Herzfeld. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
 Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Granmann,
 Naunhoferstr. 27:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Molkenbühr über: Die
 erste Befugnis des Reichstages in der Kommission. 2. Diskussion.
 3. Vereinsangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Socialdemokratischer Verein
 im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Freitag, den 21. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr,
 in Schönb. Brauerei, Prenzlauer Allee 242:
Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. „Sozial- und Klassenpolitik.“ Referent: Schriftsteller Georg
 Bernhard. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Verschiedenes.
 Männer als Gäste willkommen.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
 für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Schönhauser Vorstadt.
 Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Wernaus
 Festsaal, Schwedterstraße 23:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Ledebour über:
 Die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Pflicht eines jeden Genossen ist zu erscheinen.
 6006 **Der Vorstand.** J. K. Karl Marx.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Dienstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelauer 15, Saal III:
Branchenversammlung
 der
Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosen-
 Unterfütterung. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig.
 79/7

Achtung! Achtung!
Stock- u. Celluloidarbeiter.
 Mittwoch, den 19. Februar 1902, abends 8 Uhr, bei Keller
 (oberer Saal), Koppenstr. 29:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Einführung der Arbeitslosen-Unterfütterung. Referent
 Kollege Jörn. 2. Diskussion. 3. Bericht der Gewerkschafts-Beisitzer.
 Referent Kollege Alinger. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitte ich sämtliche Kollegen
 zu erscheinen.
Der Vorstand.

Branchen-Versammlung
 der
Kammacher
 und aller in der Celluloid-Haarschmuck-Branche beschäft.
 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben der Organisation während der Krise
 und die Arbeitslosen-Unterfütterung. Referent Kollege Deuser. 2. Dis-
 kussion. 3. Die Differenzen bei Döbberin. 4. Verschiedenes.
 Kollegen! Da wir zur Arbeitslosen-Unterfütterung Stellung nehmen
 müssen, ist ein vollständiger Besuch dringend notwendig.

Achtung! Achtung!
Ginseker.
 Mittwoch, den 19. Februar er., abends 7 Uhr:
 Sitzung der Kommission und Vertrauensmänner
 bei Wühlmann, Engelauer.
 Erscheinen aller unbedingt notwendig.
Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Mittwoch, den 19. Februar er., abends 8 Uhr, im „Marienbad“,
 Badstraße Nr. 35/36:
Öffentliche Werkstatt-Versammlung
 aller bei der Firma Arndt, Badstr. 40, beschäftigt. Arbeiter.

Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Kollegen zu den fortgesetzten Lohnreduzierungen
 und der inhumanen Behandlung seitens der Vorgesetzten? 2. Diskussion.
 Die Betriebsleitung ist eingeladen.
 Erscheinen aller in der Firma beschäftigt. Kollegen erwartet.
 250/3 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
 Oertliche Verwaltung Berlin.
 Den Mitgliedern des dritten Bezirks zur Nachricht, daß in der Mit-
 gliederversammlung vom 7. Februar Max Zätsche, Weidenweg 71, II,
 zum Kassierer gewählt wurde.
 Beiträge werden Sonnabends von 8-10 Uhr abends und Sonntags
 vormittags von 9-12 Uhr bei Batschke, Krausenstr. 36, entgegen-
 genommen.
Der Vorstand. R. Schröder.

Berliner Konsum-Verein.
 Dienstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Armuthallen,
 Kommandantenstraße 20:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Tages-Ordnung: Festlegung der Statutenberatung.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
 für den
VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Heute, Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung

im „Marienbad“, Badstraße 36.
 Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Richard Fischer über: „Marine-
 politik und Socialpolitik.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.
 Heute, Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Vereins-Versammlung
 im Ob. d. d. Lokal, Weiningerstraße Nr. 8.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Unser technischer Fortschritt.“ Referent: Genosse Ingenieur Groppe.
 2. Diskussion. 3. Antrag Seibel betr. Vermehrung der Jobstellen. 4. Vereinstätigkeiten.
 Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen.
 15/4 **Der Vorstand.**

Gr. öffentl. Volksversammlung
 für Männer und Frauen
 Mittwoch, den 19. Februar 1902, abends 8 Uhr,
 im Kellers großem Saal, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:
Die logischen Gesundheitsbeter und ihre unlogischen Gegner!
 Referent: Stadtverordneter Adolph Hoffmann.

Der Austritt aus der Landeskirche. — Wahl der Revisoren. — Zur Deckung der Kosten wird ein
 Entree von 10 Pf. pro Person erhoben.
 Die Anhänger und Gegner der „Gesundbeter“ sind eingeladen.
 Audienzformulare sind unentgeltlich zu haben und werden auf Wunsch ausgestellt bei: G. Bohne,
 Bennenstr. 141. F. Budewitz, Weingartenstr. 16. E. Hoffmann, Blumenstr. 14. G. Jansch, Weidenweg 71.
 G. Lindemann, Moritzstr. 6.

Centralverband der Maurer etc.
 Zahlstelle Rixdorf.
 Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des
 Herrn Lauckner, Bergstraße 151-152:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Wahl der Verbandsleitung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Ver-
 schiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die örtliche Verwaltung.
 137/7

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engelauer 15, Zimmer 1-5. Sprechsprecher: Amt VII, 353.
 Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
 haus, Saal I, Engelauer 15:
Konferenz der Vertrauensleute
 für Süden, Süd-Osten und Rixdorf.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Berein deutscher Schuhmacher.
 Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
 im Saale des Englischen Gartens, Alexanderstr. 27c:
Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Stichwahl zur Räumlichen Generalversammlung.
 2. Bericht der Delegierten von der Brandenburger Provinzialkonferenz.
 3. Bericht der Delegierten der Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben.
 4. Antrag auf Aufhebung des 5 Pf.-Lohnfondsbeitrages.
 5. Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 22. Februar,
 hält der Verein deutscher Schuhmacher im Schweizer Garten, am Mühl-
 thor, und in Coburg Festsaal, Deutschstr. 19,
zwei Wiener Maskenbälle

ab. Eintritt 50 Pf. und bei den Vertrauensmännern, den Kassieren, in
 den Zahlstellen und dem Bureau, Dragonenstr. 19, zu haben.
 Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kleber!
 Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Jannasch,
 Finkenstraße 10:
Große öffentl. Versammlung sämtlicher Kleber
 Berlin und Umgebung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Lohnkommission über den Stand des Streiks. 101/6
 2. Diskussion.
 3. Entgegennahme der Streiklegitimationen resp. Arbeitsberechtigungskarten.
Die Lohnkommission.

Deutscher Senefelder-Bund. Mitgliedschaft
 Berlin.
 Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung.**
 im Restaurant Wiesel, Straalenstr. 57.
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung pro 4. Quartal 1901. 2. Neuwahl des
 Vorstandes und der Revisoren. 290/6
 Mitgliedsliste legitimiert. Paul Währing, Vorsitzender.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands
 (Verwaltungsstelle Berlin).
 Sonntag, den 23. Februar 1902:
Grosse karnevalistische Sitzung mit Damen
 in den gesamten oberen Räumen des Gewerkschaftshauses,
 mit darauffolgendem **Tanz.**
 Entree inkl. Tanz 0,43 Mk. Anfang Punkt 6 Uhr.
 Gäste willkommen.
 Billets sind zu haben beim Kollegen Greier, Köpenickerstr. 1,
 zweiter Aufgang 4 Tr., und im Bureau, Engelauer 15, Zimmer 27, und
 am Büffet im Gewerkschaftshaus-Restaurant.
 Ohne Kostüm. Narrenkappen sind am Eingang zu haben.
Der hohe Rat der Elfer.

Todes-Anzeige.
 Am 15. d. M. starb nach schweren
 Leiden meine liebe Frau, meine gute
 Mutter, **Helene Hintze** geb. Dick,
 im Alter von 82 Jahren.
 Die Beerdigung findet am 19. d. M.,
 nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
 stelle des Freiwilligen Friedhofes aus
 statt. Um stille Teilnahme bitten
 Der trauernde Gatte Paul Hintze
 6525 nebst Kindern.

**Offenbacher Frauen-
 und Mädchen-Krankenkasse.**
 Berlin IV.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 das Mitglied
Frau Hintze
 am 15. d. Mts. verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch,
 nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
 stelle des Freiwilligen Friedhofes in
 der Doppel-Allee aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 6709 **Der Vorstand.**

Am Sonnabend, den 15. Februar,
 entschlief infolge eines Gehirnanfalls
 unser lieber Kollege und treues Mitglied
Wilhelm Rudolph
 im 45. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 der
Verein Rixdorfer Tanzlehrer.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch,
 den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr,
 vom Trauerhause, Herzbergstraße 13,
 aus statt.

**Mitgl. Kranken- und Sterbe-
 kasse der Metallarbeiter.**
 (Kassale Rixdorf).
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß das Mitglied
Wilhelm Rudolph
 am 15. Februar verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch,
 den 19. d. Mts., nachmittags 4 Uhr,
 vom Trauerhause aus, Herzbergstr. 13,
 nach dem Rixdorfer Kirchhofe statt.
Die Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.
 am 16. d. M. verstorben ist.
 Ihre letzten Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 19. d. M., nachm. 4 Uhr,
 von der Wohnung Rixdorf, Herzberg-
 straße 13 aus statt. 111/17
 Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**Central-Kranken- u. Sterbe-
 kasse der deutschen Wagenbauer**
 Ortsverwaltung Stammesburg.
Todes-Anzeige.
 Am 15. Februar er. verstarb das
 Mitglied, der Schlosser
Johann Säbelfeld
 im 50. Lebensjahre.
 Ihre letzten Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag,
 den 18. Februar, nachm. 3 Uhr, vom
 Trauerhause, Lichtenberg, Rieher Weg
 Nr. 15, aus statt.
 5716 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
 Nach langen, schweren Leiden
 entschlief sanft am 15. Februar,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, mein innig-
 geliebter Mann, unser guter
 Vater, Schwieger- und Groß-
 vater, der Schmied
August Hönsch
 im vollendeten 50. Lebensjahre.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 18. Februar er.,
 nachmittags 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Georgen-Kirch-
 hofs, Sandberger Allee, statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Gänsefedern 60 Pf.
 re. Pfund (gehört zum Ankauf).
 Schafschaffern, wie sie u. d. Gänse
 fallen, mit allen Dingen III. 1,50,
 flüßiger Gänsefedern II. 2,00,
 bessere Gänsefedern III. 2,50,
 3,00, beste Gänsefedern III. 3,50,
 russische Gänsefedern III. 3,50, weiß-
 bühm. Gänsefedern III. 5,00, ge-
 reifere Gänsefedern III. 1,50, 2,00,
 2,50, Prima gereifene III. 3,00,
 3,50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S.,
 Erste Gänsefedernfabrik in einem
 Betriebe. Die Anerkennungs-schreib.

**Universalität, deutschen
 Bienenhonig, beste
 Qualität, versch. Sorten, netto
 zu 6,50 M., 5 Pf. 4 M. franco Nachn.
 Garant. Rückh. E. Reil, Nord-
 loh, Bahnhof Augustenb. Ufer.**

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
 Backware**
 6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Bäckereifirma:**
 Wrangeistraße 9, Krausenstraße 19,
 Falkensteinstr. 28, Tauferstr. 2.

Dr. Schünemann,
 Spezialarzt für Haut-, Horn- und
 Frauenleiden, Seydelstr. 9.
 Sprechstunden: 1/2-1/3, 1/4-1/8.

Dr. Simmel, Praxenstr. 59.
 Spezialarzt für 7/19
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. med. Schaper
 homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
**Haut- u. Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Königgrätzerstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbän-
 dagen, Leibbinden, Gerodenhältern,
 Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
 Artikel zur Krankenkasse.
Eigene Werkstatt.
 Eisen- u. Holz-Krankenträger
 Berlin C., [31735]

30. Finien-Straße 30.
Kranz- und Blumenbinderei
 von **Robert Meyer,**
 neue Mariannen-Straße 2.
 Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-
 Arrangements, Bouquets, Guirlandes
 usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Bureau für Gewerkschaften,
 Krankenkassen usw. sind billig zu
 vermitteln im Lokal von Vait 497b
Dragonerstraße 15.
Masken Garderobe
 von **Carl Ernst,**
 Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
 Größe und Wahl!
 Billigste Preise!
 Borgelegter dieser Annonce
 erh. 10 1/2 Preiderhöhung

**Ball- und Cottillon-
 Artikel.**
 Sämtlicher Festlichkeitsbedarf
 für Vereine, Masken, Dekorations-
 Gegenstände, Zauberei, Cottillon-Artikel in
 großer Auswahl. Billige Preise.
Paul Schimlck, Berlin,
 Friedrichstr. 235.
 Tel. VI. Nr. 11873. WM33472

Steppdecken
 kauft man am
 besten und billigsten
 nur direkt in der Fabrik
H. Strohmandel, Berlin S.
 72, Wallstr. 72, Rosenthalstr.,
 wo auch alte Decken angekauft
 werden. 33732